

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Water creates power

Eine Analyse der chilenischen Umwelt- und Ressourcenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Konflikte um Naturaneignung am Beispiel des Staudammprojekts Hidroaysén

Verfasser

Matthias Zitterbart

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 300
Politikwissenschaft
Univ.- Prof. Dr. Ulrich Brand

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	7
1.1 Fragestellung und Hypothesen.....	15
1.2 Gliederung der Arbeit.....	16
2. Theoretische Grundlagen und Begriffe.....	17
2.1 Politische Ökologie.....	18
2.1.1 Gesellschaftliche Produktion von Natur.....	20
2.1.2 Inwertsetzung von Natur.....	23
2.1.3 Politicized Environment.....	28
2.2 Historisch-materialistische Staatstheorie.....	31
2.2.1 Konflikt.....	33
2.2.2 Hegemonie.....	35
2.2.3 Staatsapparate.....	39
2.2.4 Strukturelle Selektivität.....	41
2.3 Zwischenfazit.....	44
3. Methoden.....	46
3.1 Policy-Analyse.....	46
3.2 Historisch-materialistische Policy-Analyse.....	49
3.3 Expert_inneninterview.....	52
3.4 Teilnehmende Beobachtung.....	54
4. Historisch-struktureller Kontext staatlicher Ressourcenpolitik.....	56
4.1 Verfassung 1980.....	56
5. Nexus Wasser und Energie	60
5.1 Wasserkraftentwicklung in Chile.....	61
5.2 Código de Aguas 1981 als Aneignungs- und Nutzungskonflikt.....	62
5.3 Ley de Servicio General de Electricidad 1982 als sozio-territorialer Konflikt	67
6. Staatliche Umweltpolitik.....	75
6.1 Entstehung und Transformation staatlicher Umweltpolitik.....	75
Exkurs: Nachhaltige Entwicklung.....	76
6.2 Institutionen.....	79
6.3 Nationale Biodiversitätsstrategie.....	82
6.4 Umweltverträglichkeitsprüfung.....	83
7. Hidroaysén.....	87
7.1 Narrative.....	90
7.2 Akteure, Interessen, Strategien.....	93
7.2.1 Befürworter_innen.....	94
7.2.2 Gegner_innen.....	96
7.2 SEIA.....	101
Exkurs: Environmental Justice.....	103
7.3 Korruption.....	106
7.4 Kooptation.....	108
7.5 Repression.....	110
8. Fazit und Ausblick.....	111
9. Literatur- und Interviewverzeichnis.....	117
10. Anhang.....	131
10.1 Abstract	131
10.2 Lebenslauf.....	132

DANKSAGUNG

Zunächst möchte ich mich bei meinem Betreuer Ulrich Brand bedanken, dessen Feedback diese Arbeit bereichert hat.

Mein Dank gilt auch meiner Tante Eva Zitterbart für das Lektorat.

Zudem möchte ich an dieser Stelle meinen Freunden in Chile danken, insbesondere Katharina, Felipe und Rodrigo, die mir bei der Recherche geholfen haben.

Ein besonderer Dank gebührt meiner Reisegefährtin Isy für die großartige Unterstützung!

1. Einleitung

Chiles Wirtschaftsmotor „brummt“. Die Prognosen für die nächsten Jahre weisen satte Zuwachsraten auf. Das liegt vor allem an den hohen Exportüberschüssen aus Kupfer (vgl. CEPAL 2011).

In der aktuellen Debatte in Lateinamerika taucht ein Begriff auf, der dieses Wirtschaftsmodell treffend beschreibt: Der Extraktivismus¹. Dieses Modell basiert auf „der Aneignung von Gemeingut, Übernutzung natürlicher Ressourcen, und kolonialer Plünderung“ (Martinez 2011). Darüber hinaus dehnt es sich auf Abbauregionen aus, die früher nicht als produktiv galten. Unter extraktivistische Aktivitäten fallen nicht nur klassische Formen wie Bergbau oder Ölförderung, sondern auch andere Bereiche wie Forsterei, Agro-Business und die Produktion von Agrartreibstoffen und darüber hinaus große Infrastrukturprojekte, wie Wasserkraftwerke, die Energie für den Abbau der natürlichen Ressourcen liefern (vgl. Svampa 2011). In Chile stammt ungefähr 1/3 der erzeugten Energie aus Wasserkraft (der Rest aus thermoelektrischer Produktion).

Ressourcenextraktivismus findet in Lateinamerika seit der Kolonialisierung statt (vgl. Galeano 2002). In Chile stiegen vor allem während der Diktatur Pinochets extraktivistische Aktivitäten an. Sozio-ökonomische Entwicklungen wie die Stärkung der Produktivsektoren und die Zunahme privater Investitionen wurden durch die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse auf institutioneller Ebene und besonders in den staatlichen Ressourcenpolicies begünstigt. Das durch die Diktatur gestützte neoliberale Wirtschaftsmodell der Chicago Boys, welches sich durch Eigentumsrechte an natürliche Ressourcen wie Wasser auszeichnet, trägt einen wesentlichen Teil zur gesellschaftlichen Entwicklung und zur Gestaltung der Naturverhältnisse bei.

Die für den Extraktivismus erforderliche Energie soll durch die Errichtung von mehreren Wasserkraftwerke (Projekt Hidroaysén) in einer Region gewonnen werden, die wirtschaftliche gesehen in die Kategorie „weniger produktiv“ fällt- die Region Aysén im Süden Chiles. Darüber hinaus ist geplant, die dort gewonnene Energie mittels einer 2250 km langen Stromtrasse in die bevölkerungsreichste Regionen (Metropolitana, Valparaiso), ins Zentrum Chiles zu transportieren.

¹ Ende 2009 wurde in Quito (Ecuador) ein Workshop zum Thema *Grenzen des Extraktivismus* abgehalten. An den von den Gruppen CAAP (Ecuador) und CLAES (Uruguay) organisierten und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützten Treffen nahmen Forscher_innen aus Ecuador, Peru, Bolivien und Uruguay teil (nähere Informationen: <http://www.extractivismo.com/>).

Weiter im Norden (nahe der Wüste Atacama) befinden sich groß angelegten Bergbaugebiete, in denen das für die chilenische Wirtschaft so wertvolle Kupfer abgebaut wird.

In geopolitischer Hinsicht ist der Extraktivismus ein Element der territorialen und globalen Arbeitstrennung zwischen Zentrum und Peripherie², wodurch den Ländern an der Peripherie die Ausbeutung ihrer natürlichen Güter zukommt, um damit den Konsum der Länder im Zentrum zu sichern.

Die multiple Krise³ des globalen Kapitalismus kann auch als Reproduktionskrise verstanden werden, in deren Mittelpunkt die Sicherung und Aufrechterhaltung einer fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise steht (vgl. Brand 2009: 2).

Die Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie kommt dadurch zustande, dass viele Ressourcen, die für das energie- und materialintensive Wirtschaftsmodell des Globalen Nordens nötig sind, aus dem Globalen Süden stammen. Allerdings verschwimmen die Grenzen zwischen Nord und Süd zunehmend durch den ökonomischen Aufstieg einiger Schwellenländer (v.a. China, Indien und Brasilien), wodurch sich nicht nur die internationalen, sondern auch die nationalen Kräfteverhältnisse ändern. Das äußert sich u.a. darin, dass trotz der anhaltend großen sozialen Ungleichheit in den aufstrebenden Ländern, auch dort Mittel- und Oberschicht entsteht, die zum ressourcenintensiven Lebensstil des globalen Nordens aufschließt.

Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (2008: 79ff) berechnet eine auf diese Weise entstehende „transnationale Verbraucherklasse“ auf 1,7 Milliarden Menschen im Jahr 2000 – damals - mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung.

Die Diskussionen um erneuerbare Energien sind weltweit in den letzten Jahren nicht zuletzt durch die wissenschaftliche Implementierung der Theorie eines anthropogenen Klimawandels, des peak-everything⁴ und des steigenden Energiebedarfs der sich aktuell wirtschaftlich entwickelnden Länder sowie durch die katastrophalen Folgen von Atomenergie (Fukushima) wiederbelebt worden. Wasserenergie gilt als wesentlicher Beitrag für den künftigen weltweiten Energiemix, sauber (CO₂ arm) und Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie. Das einhellige Credo lautet zumeist: Die Natur wird übernutzt, dieser Missstand muss durch kluges Ressourcenmanagement behoben werden. Anders gesagt: Zur Sicherstellung der fossilistisch-kapitalistischen Produktions-

² Die Zentrum-Peripherie-Metapher wird verwendet um die ungleichen strukturellen Bedingungen zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ zu verdeutlichen

³ „Der innere Zusammenhang der vielfältigen Krise liegt in der fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die in den letzten dreißig Jahren unter neoliberalen und imperialen Vorzeichen umgebaut wurde.“ (Brand 2009: 2).

⁴ Mit peak-everything wird das Maximum der Extraktion von natürlichen Ressourcen ausgedrückt (Öl, Wasser, Land).

und Lebensweise bedarf es neuer Bearbeitungsstrategien bzw. anderer Formen der Naturaneignung. Dem folgt der Nachsatz: je „nachhaltiger“, umso besser.

Meist erfolgt ein solcher Blick auf die Natur aus einer „Astronauten-Perspektive“ (Sachs 1992), die Natur als etwas versteht, was von der menschlichen Gesellschaft beliebig verändert werden kann. Dieser Blick von oben spiegelt sich auch im Konzept der „dauerhaften“ oder „nachhaltigen Entwicklung“ wieder, das auf den Bericht „Our Common Future“ der UN Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (1987) zurückzuführen ist. Dieses Konzept verabschiedet sich von der Wachstumskritik und Knappheitsfixierung der 1970er Jahre und fordert stattdessen eine positive Bewertung von Marktwirtschaft und Wachstum für die gesellschaftliche Entwicklung (vgl. Wissen 2011: 309).

Das Projekt Hidroaysén reiht sich laut Selbstbeschreibung⁵ in diese Konzeption ein und wird als sauberer (CO₂ arm) und erneuerbarer (Wasserenergie) Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie angepriesen. Betreiber sind die sich zu einem Joint Venture zusammengefunden habenden Elektrizitätsfirmen ENDESA Chile (eine Tochter der spanischen ENDESA, die sich seit 2007 im Mehrheitseigentum von ENEL Italien befindet) und Colbún (die zur Hälfte in den Händen der einflussreichen chilenischen Unternehmergruppe Matte ist). Die damalige Regierung Bachelet (2006-2010) unterstützte das Projekt mit der Voraussetzung, dass es die notwendigen Kriterien der Umweltverträglichkeitsprüfung erfüllen müsse. Hidroaysén wurde in der Folge allerdings zweimal aufgrund von Mängeln im Rahmen dieser Prüfung abgewiesen. Die aktuelle Regierung unter Sebastian Piñera stellt sich offen hinter das Projekt und bezeichnet es als unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. In einem dritten Anlauf von Hidroaysén erteilte die aus Regierungsvertretern bestehende regionale Umweltkommission schließlich die Baugenehmigung. Zahlreiche soziale und ökologische Organisationen (unter dem Dach der Kampagne Patagonia sin Represas) kritisieren die destruktiven Auswirkungen der Staudämme auf die Umwelt und Sozialstruktur der Region. Stattdessen fordern sie die Steigerung von Energieeffizienz und den Ausbau von Wind- und Solarenergie.

Entlang dieses Projekts lassen sich mehrere Konfliktlinien erkennen. Zum einen hinsichtlich der privatwirtschaftlichen Aneignung und Nutzung von Wasser. Die Wassernutzungsrechte der beiden Flüsse Ralco und Pangué, die im Zuge der Errichtung des Wasserkraftwerkes aufgestaut werden sollen, befinden sich in den Händen von Endesa Chile, die damit die alleinigen Rechte über den Zugang zu und die Nutzung von Wasser halten. Diese Eigentumsrechte sind durch das 1981

⁵ Siehe dazu die Website des Projekts: www.hidroaysen.cl

verabschiedete Wassergesetz Código de Aguas 1981 abgesichert worden. Die staatliche Wasserbehörde (DGA) kann Wassernutzungsrechte an private Investoren vergeben. Im Gegensatz dazu fordern soziale und ökologische Gruppen seit langem die Rückführung des Wassers in ein öffentliches Gut.

Eine weiterer Konfliktlinie lässt sich anhand der territorialen und sozialen Verteilung der ökonomischen und ökologischen Kosten und Erträge dieses Projekts erkennen. Die Bewohner_innen der Region tragen zwar den Großteil der ökologischen Kosten dieses Projekts, die ökonomischen Vorteile kommen jedoch wirtschaftlichen Sektoren zugute (Bergbau, Industrie). Der Begriff „environmental justice“⁶ analysiert diese Folgen der ungleichen Verteilung von Umweltschäden. Zwar wird den Bürger_innen der betreffenden Regionen im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung ein Recht auf Meinungsäußerung (*participación ciudadana*) eingeräumt, die im Zuge dieser durchgeführten *observaciones* (im Fall von Hidroaysén gibt es mehr als 2000 solcher „Anmerkungen“) sind jedoch für den Staat und die Betreiber nicht bindend und können das Projekt nicht verhindern, wie umstritten es auch sei.

All diese Konflikte werden durch die staatliche Umweltpolitik bearbeitet:

Gesetze und Institutionen bilden den Rahmen, in dem gesellschaftliche Prozesse ausverhandelt werden. Dabei bestimmt die Art und Weise, der Darstellung eines Problems bereits seine gesellschaftliche Bearbeitung. Im Fall von Hidroaysén wird das anhand des Arguments der Entwicklung deutlich: Befürworter_innen zufolge, stellt der Bau der Kraftwerke eine unabdingbare Notwendigkeit dar, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und den Wohlstand der Bevölkerung zu sichern. Laut Gegner_innen erfüllt dieses Projekt nur den Zweck der Profitmaximierung transnationaler Unternehmen und der korrumpierten politischen Klasse.

Auf dem Terrain der Umweltpolitik werden nicht nur die Kämpfe um die Gestaltung der Umwelt ausgetragen, sondern hier findet demokratische Gesellschaftspolitik statt.

Oder wie Bob Jessop sagt: "Heute ist es nahezu unmöglich zu ignorieren, dass die Umwelt eine grundlegende Rolle in den ökonomischen, politischen und ideologischen Kämpfen eingenommen hat" (Jessop 2010: 44).

⁶ Der Begriff wird im Kapitel 7 (Exkurs Environmental Justice) erläutert.

Untersuchungsgegenstand

Gegenstand meiner Untersuchung ist die chilenische Umwelt- und Ressourcenpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Konflikten um Wasser. Auf den ersten Blick lassen sich Umwelt und Ressourcen als zusammenhängendes Paar postulieren. Die Nutzung natürlicher Ressourcen hat unweigerlich Auswirkungen auf die Umwelt und umgekehrt beeinflussen z.B. Klimaveränderungen die Ressourcen selbst. Wie später im theoretischen Teil meiner Arbeit näher ausgeführt wird, lässt sich die Beziehung zwischen gesellschaftlicher Nutzung natürlicher Ressourcen und der Umwelt als miteinander wechselseitig, konstitutiv vermittelt beschreiben. Die soziale und ökologische Beziehung von Ressourcen und Umwelt führt auch politisch zur Überschneidung von Ressourcen- und Umweltbelangen. Allerdings existiert für beides selten ein gemeinsames öffentliches Politikfeld. Ressourcenpolitische Entscheidungen werden zumeist in Wirtschafts- oder Energieministerien getroffen. Ressourcenpolitik umfasst dabei den Zugang zu Ressourcen, ihre Nutzung und die politische Gestaltung des Umgangs mit ihnen (vgl. Bauhardt 2009: 1).

Die Auswirkungen auf die Umwelt werden über die staatliche Umweltpolitik geregelt. Insofern wäre Ressourcenpolitik bereits implizite Umweltpolitik. Explizit finden die Auseinandersetzungen um die spezifischen Formen der Naturaneignung auf dem Feld der Umweltpolitik statt.

Die vorliegende Arbeit behandelt sowohl Ressourcen- als auch Umweltpolitik, betrachtet sie aber analytisch getrennt.

Der Bereich der Ressourcenpolitik fokussiert auf den historischen Kontext (Kap. 4) und hier insbesondere auf Eigentumsrechte über Wasser und Elektrizität. Diese Eigentumsrechte wirken über staatliche policies auf die Gesellschaft ein und formen deren Naturverhältnis. Aufgrund dessen kommt es zu Aneignungs- und Nutzungskonflikten (Kap. 5.2) und sozio-territorialen Konflikten (Kap. 5.3).

Im Bereich der Umweltpolitik liegt mein Hauptaugenmerk auf der in Chile im Jahr 1994 entstandenen staatlichen Umweltpolitik. Diese sollte die seit dem Beginn der 1990er Jahre und dem Übergang zur Demokratie zugenommenen Konflikte um Naturaneignung (Celco Valdivia, Pascua Lama, La Farfana, Ralco und Pangué) lösen. Der Fokus liegt demnach auf den Formen der (versuchten) Bearbeitung durch die staatlicher Umweltpolitik.

Persönliche Motivation

Mit Chile verbindet mich eine besondere Beziehung. Der Versuch eines sozialistischen Projekts auf demokratischem Weg hat besonderes Interesse in mir hervorgerufen.

Gut 40 Jahre nach dem Scheitern dieses Projekts und 20 Jahre nach dem Ende der darauf folgenden Diktatur, konnte ich mir ein eigenes Bild der gegenwärtigen Situation in Chile verschaffen (erste Chile Reise 2005).

Ich erwartete, eine politisch vitale und kämpferische, politische Linke vorzufinden. Ich wurde enttäuscht. Bis auf die zahlreichen Kämpfe der Mapuche um kulturelle und territoriale Anerkennung, fand ich kaum aktive politische Bewegungen vor. Zu starr und wie eingefroren wirkten die sozialen Gruppierungen unter der Regierung der Concertación⁷, die - 20 Jahren an der Macht - den erhofften gesellschaftlichen Veränderungen nicht gerecht geworden war.

Stattdessen führte sie die neoliberale Wirtschaftspolitik Pinochets fort und unternahm keine Schritte, um wichtige strukturellen Reformen durchzuführen (v.a. eine Reform der aus der Diktatur stammenden Verfassung).

Als ich im Jahr 2010 das zweite Mal – diesmal bereits zu konkreten Forschungsarbeiten - nach Chile reiste, änderte sich das Bild, das auf meiner ersten Reise entstanden war. Es schien, als hätte die Regierungsübernahme durch den neu gewählten Präsidenten Sebastian Piñera (Renovación Nacional) die chilenische Linke aus einem langjährigen Schlaf erweckt und sich der Unmut der letzten 20 Jahre entladen. Vor dem Hintergrund einer Einkommensverteilung, die zu den ungerechtesten der Welt zählt, eines total privatisierten Bildungssystems und der zerstörerischen Nutzung der biologischen Vielfalt mehren sich die Proteste in den Bereichen Soziales, Bildung und Umwelt an. So gingen im Mai 2010 über mehrere Wochen lang hunderttausende Menschen in ganz Chile auf die Straße, um gegen das geplante Staudammprojekt Hidroaysén zu demonstrieren. Kurze Zeit später entzündeten sich Massenproteste gegen das neoliberale Bildungssystem, getragen von jungen Menschen beteiligt, die nicht mehr unter der Diktatur aufgewachsen waren und denen lange Zeit nachgesagt wurde, dass sie keine politischen Forderungen zu stellen.

⁷ Die Concertación ist ein Regierungsbündnis, bestehend aus sozialistischen, sozialdemokratischen und christlich-konservativen Parteien, das aus dem Plebiszit 1999 (gegen eine Verlängerung der Diktatur) hervorgegangen ist und von 1990 bis 2010 regierte.

Ziel der Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist eine Analyse der chilenischen Umweltpolitik, unter besonderer Berücksichtigung der Konflikte um Wasser.

Als Ziel steht die Verbindung theoretischer Ansätze und Konzepte mit der empirischen Untersuchung eines konkreten Konfliktes (Fallstudie) im Vordergrund. Die daraus gewonnen Erkenntnisse sollen zur Beantwortung meiner Fragestellung(en) dienen. Darüber hinaus will diese Arbeit zur Entwicklung von Strategien subalternen Kräfte für die politische Praxis beitragen.

Cui Bono

Die Darstellung der am konkreten Konflikt beteiligten Akteur_innen (mitsamt ihrer Interessen und Strategien), lässt generelle Schlüsse auf das Demokratiepotehtial von Handlungsstrategien zivilgesellschaftlicher Akteur_innen⁸ zu. Die Analyse öffentlicher Politikfelder vernachlässigt häufig lokale Kämpfe.

Die Ergebnisse meiner Arbeit sollen insbesondere jenen Menschen und Organisationen dienen, die sich in zahlreichen Protesten gegen dieses Staudammprojekt engagieren. Im Zuge meiner Interviews lernte ich viele Menschen aus sozialen und ökologischen Organisationen kennen, die sich gegen das Projekt Hidroaysén aussprechen. Einige dieser Personen baten mich darum, ihnen die Ergebnisse meiner Arbeit zukommen zu lassen. Innerhalb der wissenschaftlichen Beschäftigung mit sozial-ökologischen Fragen hoffe ich, dass meine empirischen Untersuchungen bisherige theoretische Konzepte bereichern und wertvolle Schlüsse für zukünftige Überlegungen liefern.

⁸ Mein Begriff von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen ist sehr breit gefasst und meint all jene, die konkret gegen dieses Staudammprojekt und im Allgemeinen gegen eine soziale und ökologische destruktive Ressourcenpolitik auf die Straße gehen oder in sonstiger Form an den Protesten beteiligt waren und sind.

Relevanz dieser Arbeit

Seit einigen Jahren stehen Ressourcenkonflikte häufiger im Zentrum wissenschaftlicher Betrachtungen. Vor allem die *political ecology* im angelsächsischen Bereich liefert fruchtbare Arbeiten zu diesem Thema (vgl. Peet/Robbins/Watts 2011).

Im deutschsprachigen Raum liefern die Konzepte der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. Görg 1999) und der sozialen Ökologie (vgl. Becker/Jahn 2006, Fischer-Kowalski et al. 1997) wertvolle Beiträge zur Debatte⁹. Vor allem Bettina Köhler (2005) und Christina Dietz (2011) seien an dieser Stelle erwähnt. Sie beschäftigen sich in ihren Arbeiten explizit mit lokalen Ressourcenkonflikten (auch solchen in Lateinamerika) und kombinieren dabei Denkansätze aus dem deutschsprachigen mit denen des anglo-amerikanischen Raumes. Während sich zwar viele dieser Arbeiten mit politökonomischen Prozessen, konkreten Kämpfen und materiellen Verhältnissen im weitesten Sinne beschäftigen, wird die Rolle des Staates in den meisten Untersuchungen nicht ausreichend beleuchtet. Deshalb fokussiert diese Arbeit in der Betrachtung von Ressourcenkonflikten speziell auf dieser staatlichen Rolle. Den theoretischen Analyserahmen dafür entnehme ich den Arbeiten von Ulrich Brand zum Entwurf einer historisch-materialistischen Policy Analyse (siehe Kapitel *Methoden*).

⁹ Im April 2011 fand in Wien eine Tagung zu sozialwissenschaftlicher Forschung in der ökologischen Krise statt. Ziel war es, Weichen für die zukünftige Beschäftigung mit einer Politischen Ökologie im deutschsprachigen Raum zu stellen. Siehe: http://www.oegpw.at/about_us/downloads/Tagung_Politische_Oekologie.pdf

1.1 Fragestellung und Hypothesen

Meine zentrale Fragestellung lautet: Wie hängen die sozialen Konflikte um natürliche Ressourcen in Chile mit der staatlichen Umweltpolitik zusammen? Zur besseren Operationalisierung teile ich diese Frage in zwei analytisch getrennte (aber inhaltliche ineinandergreifende) Blöcke: a) staatliche Umwelt- und Ressourcenpolitik, und b) soziale Konflikte um Wasser. Die Fragen des ersten Blocks beziehen sich auf zwei Dimensionen staatlicher Umwelt- und Ressourcenpolitik; einerseits als Konfliktverursacher und andererseits als -terrain. Die konkreten Fragen lauten:

- Wie ist die chilenische Umwelt- und Ressourcenpolitik strukturiert und welche Auswirkungen hat sie auf die Konflikte um die Nutzung von und den Zugang zu Wasser?
- Wie werden die innerhalb des Konflikts entstehenden Probleme und Forderungen institutionell bearbeitet?

Folgenden Hypothesen werden für diesen Block formuliert:

- Durch staatliche Umwelt- und Ressourcenpolitik schreiben sich gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse in die Naturverhältnisse ein.
- Die Konflikte werden durch strukturelle Selektionsleistungen bearbeitet

Die Fragen des zweiten Blocks fokussieren auf die Konfliktträchtigkeit der Aneignung und Nutzung von Wasser am Fallbeispiel Hidroaysén und nehmen die darin involvierten Akteur_innen, Interessen und Strategien in den Blick. Mit dem Begriff der Hegemonie sollen sowohl die Reichweite als auch die konkreten Formen der Konfliktaustragung untersucht werden.

- Um welche Konflikte handelt es sich?
- In welchem Verhältnis befinden sich die verschiedenen Akteure zueinander und welche dominanten Machtverhältnisse bilden sich zwischen ihnen heraus?

Die Hypothesen für diesen Block lauten:

- Ressourcenkonflikte sind sozial wie historisch produziert, multidimensional und wirken auf verräumlichte soziale Verhältnisse zurück.
- Trotz entgegengesetzter Interessen und Strategien der Akteur_innen entwickelt sich ein hegemoniales Inwertsetzungsparadigma heraus.

1.2 Gliederung der Arbeit

Die Arbeit ist in mehrere thematische Teile gegliedert: Der erste Teil, Theoretische Grundlagen und Begriffe (Kapitel 2), stellt die theoretischen Konzepte und Begriffe dar und verfolgt zwei zentrale Ziele: die Entwicklung eines dialektischen Verständnisses von Gesellschaft und Natur (2.1 Politische Ökologie) und eine Theoretisierung des Staates (2.2 Historisch-materialistische Staatstheorie) mit der Policy-Prozesse aus historisch-materialistischer Perspektive analysiert werden können. Es werden Begriffe wie Konflikt (2.2.1), Hegemonie (2.2.2), Staatsapparate (2.2.3) und strukturelle Selektivität (2.2.4) erläutert. Im Anschluss daran wird ein Zwischenfazit (2.3) der theoretischen Überlegungen gezogen.

Im zweiten Teil, Methoden (Kapitel 3), fließen diese theoretischen Überlegungen im methodischen Konzept der historisch-materialistischen Policy-Analyse (3.2) zusammen. Diese bildet den analytischen Rahmen meiner Untersuchung. Empirisch stützen sich meine Ergebnisse auf durchgeführte ExpertInneninterviews (3.3) und die teilnehmende Beobachtung (3.4).

Im dritten Teil, Historisch-struktureller Kontext von Ressourcenpolitik (Kapitel 4), werden die politischen Kräfteverhältnisse und das in der Verfassung (4.1) verdichtete Wirtschaftsmodell unter die Lupe genommen. Das Inwertsetzungsparadigma, so die These, stellt den Rahmen von Ressourcenpolitik dar.

Im vierten Teil wird ein Zusammenhang zwischen Wasser- und Elektrizitätssektor hergestellt (Kapitel 5) und dargestellt wie sich das hegemoniale Inwertsetzungsparadigma in die sektoralen policies einschreibt sowie den Rahmen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses bildet. Zudem werden zwei wesentliche Konflikte (5.2 und 5.3), die dadurch entstehen, untersucht.

Im fünften Teil, Staatliche Umweltpolitik (Kapitel 6), wird ein Blick auf das Bearbeitungsfeld von Konflikten geworfen. Neben Struktur (6.2) und Konzeption (6.3) wird auch das konkrete Bearbeitungsinstrument (6.4) dargestellt.

Im abschließenden Kapitel, Hidroaysén (Kapitel 7), in das meine empirische Fallstudie eingearbeitet wird, gilt das Interesse der diskursiven (7.1), wie institutionellen Bearbeitung (7.2 – 7.5) des Konflikts um ein großes Energieprojekt. Darüber hinaus werden die involvierten Akteur_innen, deren Interessen und Strategien (7.2) genauer untersucht.

Am Ende der Arbeit wird ein Fazit meiner Untersuchungen gezogen und ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen gegeben (Kapitel 8).

2. Theoretische Grundlagen und Begriffe

In diesem Kapitel möchte ich ein theoretisches Verständnis entwickeln, mit dessen Hilfe mein Forschungsgegenstand untersucht wird. Zwar handelt es sich bei meiner Arbeit um keine rein theoretische Arbeit, doch ist empirische Forschung ohne zugrundeliegender Theorie nicht praktikabel. Theorie und Empirie werden nicht als getrennt voneinander verstanden, denn „jede politische Praxis scheint in irgendeiner Art auch theoriegeleitet, wie es umgekehrt gilt, theoretische Konzepte an Realitäten und Erfahrungen zu prüfen“ (Kreisky 2010: 4).

Theoriearbeit soll als eine Brille dienen, um die „komplexe Vielfalt gesellschaftlicher und politischer Entscheidungen zu verstehen, zu deuten und zu systematisieren“ (ebd. 4). Allerdings müssen wissenschaftliche Theorien mit den Worten Poppers (Popper 1934/2002: 31, zit. nach Kreisky) „an der Erfahrung scheitern können“. Das bedeutet auch, dass sie ständigen Veränderungen unterliegen (vgl. ebd. 4). Ferner sind Theorien immer selektiv. Sie behandeln Ausschnitte der Wirklichkeit in jeweils eigener Weise. Damit ermöglichen sie uns, „Aspekte eines Phänomens in den Blick zu nehmen, andere aber gezielt außer Acht zu lassen“ (ebd. 22).

Gerade die Untersuchung bestimmter Politikbereiche (Policy-Analyse) wird im Zuge deskriptiver Politikforschung oftmals zu wenig begriffskritisch und im Grunde theorieelos geführt. (vgl. ebd. 6) Darum erhebt meine Arbeit den Anspruch eine theoretisch und begrifflich fundierte Analyse zu bieten. Begriffe haben zum einen den Vorteil, dass sie als „Griffe“ dienen, „mit denen Dinge und Verhältnisse in Bewegung gesetzt werden“ (Bertolt Brecht, zit. nach Kreisky: 5), andererseits den Nachteil, dass in Folge von Grenzziehungen (Definitionen) soziale Gegebenheiten, Gruppen oder Subjekte ausgesondert werden. Im Kern würde ich meinen Zugang als neo-marxistisch bezeichnen, da er auf einem materialistischen Fundament aufgebaut ist. Durch die Hinzunahme von Konzepten wie *politicized environment* und des spezifischen Machtbegriffes über Natur nehme ich Bezug auf poststrukturalistische Zugänge. Dieser „Mix“ ergibt sich aus sowohl auf ökonomische, staatliche als auch akteursbezogene Problemstellungen im Untersuchungsgegenstand.

2.1 Politische Ökologie

„All ecological projects (and arguments) are simultaneously political-economic projects (and arguments) and vice versa. Ecological arguments are never socially neutral any more than socio-political arguments are ecologically neutral.”

(Harvey 1996: 182)

Der Begriff der Politischen Ökologie¹⁰ wird in dieser Arbeit als Sammelbegriff verwendet, unter dem die einzelnen Ansätze der Analyse von Gesellschaft-Natur-Beziehungen zusammengefasst werden.

Die im anglo-amerikanischen Raum und in manchen Ländern des globalen Südens etablierte *political ecology* untersucht ökologische Fragen vor dem Hintergrund von Macht und Herrschaft (vgl. Bryant/Bailey 1997, Peet/Watts 2004, Robbins 2004). Statt einer einheitlichen theoretischen Tradition, lassen sich innerhalb der *political ecology* vielmehr einzelne Stränge beobachten (marxistische, feministische, poststrukturalistische). Forsyth (2003) unterscheidet grundsätzlich zwischen neo-marxistischen und post-marxistischen Ansätzen. Im deutschsprachigen Raum existiert neben der Sozialen Ökologie (Becker/Jahn 2006), die Sozial-Ökologische Forschung (Becker et al. 2000) und vor allem das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Görg 1999). Theoretisch unterfüttert wird dieses durch die aus der kritischen Theorie der Frankfurter Schule stammende These der „äußeren Naturbeherrschung“ (vgl. Kraemer 2008: 139).

Alle Ansätze verbindet eine Kritik an neo-malthusianischen Konzepten¹¹, die Knappheit und „natürliche Grenzen“ als Ursache für Umweltveränderungen und Ressourcenkonflikte anführen.

Im malthusianischen Sinn wird Umwelt als „endliche Quelle grundsätzlich unveränderlicher und wesentlicher Elemente, die dem menschlichen Handeln absolute Grenzen setzen“ postuliert (Robbins 2004: 8). Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich in Natur einschreiben, werden

¹⁰ Politische Ökologie bezeichnet den Sammelbegriff, während *political ecology* den anglo-amerikanischen Ansatz innerhalb der Politischen Ökologie gemeint.

¹¹ So wird z. B. das Tragfähigkeits-Argument im Zusammenhang mit einem Überbevölkerung-Diskurs genannt, wonach die Erde hinsichtlich der Bevölkerungszahl und des Ressourcenverbrauchs an ihre Tragfähigkeitsgrenzen gerate und auf eine Katastrophe zusteure (vgl. Köhler/Wissen 2010: 219).

dadurch naturalisiert und ausgeklammert. Insofern wird Natur aus malthusianischer Sicht als a-historische, der Gesellschaft äußerliche Größe verstanden.

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels kritisierten Malthus mithilfe einer doppelten Strategie: „das Bestreiten von natürlichen gesetzten Grenzen, aber das Anerkennen von historisch veränderlichen sozial gesetzten Grenzen“ (Benton 1989: 60, zit. nach Dietz/Wissen 2009: 2). Marx entwirft in seinen Frühschriften einen Humanismus, der sich von naturalistischen Vorstellungen verabschiedet und stattdessen die Einheit von Gesellschaft und Natur betont (vgl. Görg 1999: 45).

Dietz und Wissen diskutieren in ihrem Aufsatz „Kapitalismus und natürliche Grenzen“ (2009) ökomarxistische¹² Ansätze zur ökologischen Krise und nehmen auf das - von Marx später entwickelte und vor allem in seinen ökonomischen Schriften entfaltete - Naturverständnis Bezug: Dieses fußt primär auf dem im „Kapital“ beschriebenen Doppelcharakter der Arbeit, wonach die kapitalistische Produktion gleichzeitig Arbeits- und Verwertungsprozess darstellt: abstrakte, Wert schaffende Arbeit und konkrete, Natur transformierende und Gebrauchswert schaffende Arbeit. Obwohl von ökomarxistischen Autor_innen auf zahlreiche Probleme in dieser Theorie hingewiesen wird¹³, habe Marx sehr wohl einen Begriff der ökologischen Krise entwickelt, so Dietz und Wissen (ebd. 5). So thematisiert er im *Kapital* die Unterbrechung des Bodennährstoffkreislaufes im Zuge der industriellen Landwirtschaft – wegen der Trennung der Orte der Erzeugung (Land) von den Orten des Verbrauchs (Stadt) als ernsthaftes Problem (vgl. MEW 23: 528). Die Materialistische Theorie geht daher von „dem historischen Vermittlungszusammenhang von Mensch und Natur in der gesellschaftlichen Produktion aus“ (Schmidt 1972 [1961], zit. nach Wissen 2008: 79).

Neuere ökomarxistische Arbeiten knüpfen an materialistische Vorstellungen von Natur an.

Neil Smith kritisiert in seinem Werk „Uneven Development“ (1984) eine dualistische Konzeption von Natur, der zufolge Natur einerseits äußerlich beschrieben wird - im Sinne einer von Gott geschaffenen Materie, auf dem die Gesellschaft aufgebaut ist; und andererseits als gemeinsames Ganzes, das sowohl Mensch und nicht-menschliche Dinge umfasst (vgl. ebd. 11). Ähnlich argumentiert Noel Castree (1995, 2000, 2001), der einen Dualismus im bürgerlichen Technozentrismus, wie auch im radikalen Ökozentrismus verortet (vgl. 2000: 11). Er fügt hinzu, dass in beiden Kategorien (äußerlich und universell) Natur als starr und unveränderlich

¹² Der Ökomarxismus betrachtet die ökologische Krise vor dem Hintergrund der Grenze der kapitalistischen Produktionsweisen.

¹³ Benton und Lipietz kritisieren, dass Marx der konkreten Arbeit zu wenig Bedeutung geschenkt habe und sein Verständnis mehr der Herrschaft von Menschen über Menschen und weniger der Herrschaft der Menschen über die Natur gegolten habe (vgl. Dietz/Wissen 2009: 4).

charakterisiert wird. In einer solchen Betrachtungsweise rechtfertige Natur rassistische und malthusianische Ideen und diene zur Deklaration von Überschwemmungen oder Erdbeben als „natürliche“ Ereignisse. (vgl. Castree 2001: 6, 7) Ideologische Implikationen hat dieser Dualismus insofern, als dadurch nicht-menschliche Objekte als schier unüberwindbare Grenzen dargestellt werden, denen gegenüber die Menschheit machtlos ausgesetzt ist. Gleichzeitig werden soziale Beziehungen mit der Natur verneint. (vgl. Castree 1995: 16-17) Anstelle des dualistischen Verständnisses von Natur entwirft Smith (1984: 49 f.) ein Konzept, dass Marx' Vorstellung einer Einheit von Gesellschaft und Natur gerecht wird und Natur als soziales Verhältnis begreift.

2.1.1 Gesellschaftliche Produktion von Natur

Ausgangspunkt dieses Konzepts ist die Feststellung, dass Gesellschaften zum Überleben eine stoffliche Grundlage, also Natur, brauchen und diese gleichzeitig gebrauchen. Durch diesen Gebrauch wird nicht nur die Natur an sich verändert, sondern auch die Gesellschaft (vgl. Smith 1990: 36). Eine solche materialistische Konzeption des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft „is founded on the ontological principle that living organisms, including humans, need to transform and metabolise 'nature' and, through that, both humans and 'nature' are changed” (Swyngedouw 2004: 130)

Castree (1995) knüpft an das Konzept von Smith (1990) an und erkennt darin wesentliche Vorteile. Erstens, weil es über die äußerliche und universelle Konzeption von Natur hinausgeht und dadurch die Idee von Natur als unberührte Einheit widerlegt. Zweitens, weil es den internen Zusammenhang zwischen Natur und Gesellschaft betont. Drittens lässt sich dadurch die dem Kapitalismus innewohnende profitgesteuerte Tendenz zur Kommodifizierung des gesamten Naturraums erklären. Und viertens kann damit das Verhältnis von Mensch zu Natur als historisches betrachtet werden, was den Blick auf politische Prozesse und Möglichkeiten der Transformation von Natur und Gesellschaft lenkt (vgl. Castree 1995: 19). Das Konzept der Produktion von Natur bringt also die soziale Vermittlung von Natur zum Ausdruck und stellt einen unaufhebbaren Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Natur her. Natur wird gesellschaftlich produziert.

Diese Annahme findet sich auch im Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. Köhler/Wissen 2010, Wissen 2008). Dort wird Natur sowohl in physisch-materieller als auch in

sprachlich-symbolischer Hinsicht als sozial produziert verstanden. Physisch-materielle Produktion meint, dass Menschen ohne Naturaneignung ihre grundlegenden Bedürfnisse nicht befriedigen und daher nicht existieren können. (vgl. Köhler/Wissen 2010: 220). Die Natur, wie wir sie heute wahrnehmen, ist zu weiten Teilen von Menschen gestaltet worden, z.B. durch Flussbegradigungen, das Austrocknen von Sümpfen oder Aufforstungen. Selbst der vorgeblich unberührte patagonische Regenwald ist jahrhundertlang von indigenen Gemeinschaften bewirtschaftet worden. David Harvey formulierte diese Erkenntnis treffend: „[...] there is nothing unnatural about New York City [...]“ (Harvey 1996: 186).

Neben der physisch-materiellen Form der Produktion existiert die (davon analytisch getrennte) sprachlich-symbolische Produktion von Natur (vgl. Köhler/Wissen 2010: 220). Damit ist gemeint, dass Natur eine gesellschaftliche Bedeutung erst in Bezug auf spezifische Konzepte und Deutungen bekommt.

Das lässt sich anhand des Begriffs der „natürlichen Ressourcen“ zeigen.

Wasser, Holz, Erdöl, Steinkohle sind nicht an sich „natürliche Ressourcen“, sondern werden solche erst durch Bezug auf bestimmte gesellschaftliche Interessen und Bedürfnisse. Mit anderen Worten: Erst, wenn spezifische Interessen in einem konkreten Verwertungskontext oder in Bezug auf bestimmte Produktionsweisen vorliegen, wird etwas zu einer Ressource, also in Wert gesetzt (vgl. Köhler 2005: 22). Konkret: die beiden Flüsse Rio Baker und Rio Pascua im chilenischen Patagonien sind eo ipso nicht natürliche Ressourcen. Der Begriff Ressource bezeichnet nicht eine Materie, sondern ein soziales Verhältnis.

Das Konzept der gesellschaftlichen Produktion von Natur berücksichtigt jedoch nicht ausreichend, was Chrisoph Görg (2003) im Anschluss an Theodor Adorno die „*Nichtidentität von Natur*“ nennt. Dieser Begriff bezeichnet die Eigenständigkeit bzw. die eigene Materialität von Natur. Mit den Worten Görgs bedeutet das, „dass man von den ökologischen Bedingungen sozialer Reproduktion nicht beliebig abstrahieren kann“ (ebd. 124).

Kurz: Natur ist nicht beliebig produzierbar. Eine Nicht-Berücksichtigung dieser eigenen Materialität hat laut Markus Wissen (2008) zwei problematische Konsequenzen: Erstens kann sich dadurch kein adäquates Verständnis der ökologischen Krise entwickeln, das den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und Eigenständigkeit von Natur beschreibt. Beispielsweise könnten die ökologischen Auswirkungen des Staudammprojekts Hidroaysen so negativ sein, dass der Bau gestoppt werden müsste. Zweitens kann der falsche Eindruck entstehen, dass Natur außerhalb der kapitalistischen Produktionsweise beliebig transformierbar wäre. (vgl. ebd. 80)

Die Grenzen der gesellschaftlichen Produktion von Natur

Im seinem Aufsatz „Marxism and the Production of Natur“ (2000) greift Castree Smith's Konzept der sozialen Produktion auf und verknüpft es mit den Vorstellungen der Nichtidentität von Natur. „[...] Nature may indeed be 'produced' but produced nature, in turn, cannot be exploited indefinitely: it has a materiality which cannot be ignored“ (ebd. 29). Sowohl Natur als auch produzierte Natur können also nicht beliebig sozial produziert werden. Dass diese Tatsache anhaltend ignoriert wird, zeigt sich anhand der ökologischen Krise. Wissen und Dietz führen diese Ignoranz gegenüber den Grenzen der gesellschaftlichen Produktion von Natur auf den Umstand zurück, dass der Zweck kapitalistischer Produktion nicht in der Herstellung von Gebrauchswerten, sondern in der Produktion und Realisierung von Mehrwert besteht (vgl. Köhler/Wissen 2010: 222).

Daraus ergibt sich ein widersprüchliches Verhältnis von kapitalistischer Produktionsweise und Natur. Einerseits transformiert kapitalistische Produktionsweise Natur in einem hohen Ausmaß (Arbeitsprozess) und ist in stofflicher Hinsicht hochgradig von derselben abhängig, andererseits löst sie sich von dieser Abhängigkeit, durch abstrakte, Wert schaffende Arbeit (Verwertungsprozess). Mit den Worten Elmar Altvaters ist „kapitalistische Produktion als Arbeitsprozess auf genau jene sozial-ökologischen Voraussetzungen angewiesen, die sie als Verwertungsprozess beständig unterminiert“ (vgl. Altvater 1987, 100 f., zit. nach Köhler/Wissen 2010: 222). Köhler und Wissen folgern daraus: „die immanenten Schranken der kapitalistischen Produktionsweise liegen nicht in den Reproduktionsnotwendigkeiten der menschlichen und außermenschlichen Natur, sondern allein in den Krisen des Verwertungsprozesses“ (Köhler/Wissen 2010: 222).

Herrschaft innerhalb der gesellschaftlichen Produktion von Natur

Der Begriff der Naturbeherrschung stammt aus dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und ist nicht gleichzusetzen mit „Naturaneignung“.

Während es sich bei „Naturaneignung“ um eine menschliche Existenzbedingung handelt, welche sich auf ein Mindestmaß beschränkt, gerade soviel um den Metabolismus, den biologischen Zyklus und die Reproduktion des Menschseins und seiner soziokulturellen Beziehung zu sichern, bezieht sich die „Naturbeherrschung“ auf eine spezifische Form der Naturaneignung, „die sich durch die Abstrahierung von den 'besonderen Qualitäten' von Natur auszeichnet und dadurch immer neue Probleme der Beherrschbarkeit hervorruft“ (Köhler/Wissen 2010: 223). Sie hat eine „vollständige

Subsumption der Natur unter gesellschaftlichen Zwecksetzungen“ (Görg 2004: 222/ zit. nach Köhler/Wissen 2010: 223) zum Ziel. Dabei wird die eigene Materialität der Natur vollständig ignoriert. Der Extraktivismus stellt meines Erachtens eine Naturbeherrschung dar. Wie im Konkreten Naturbeherrschung erfolgt, beschreibt der Prozess der Inwertsetzung von Natur.

2.1.2 Inwertsetzung von Natur

Der Begriff der Inwertsetzung stammt ursprünglich aus der bürgerlichen Ressourcenökonomie und wird seit den späten 1980er Jahren vermehrt im Zusammenhang mit ökologischen Themen gebraucht. Wie im Folgenden gezeigt wird, spielt er innerhalb der marxistischen Debatte eine wichtige Rolle für die Diagnose der Beziehung von Gesellschaft zu Natur.

Der Zweck von Inwertsetzung liegt laut marxistischer Vorstellung nicht in der Nutzung besonderer stofflicher Qualitäten (bürgerliche Vorstellung), sondern in der Nutzung zur Verwertung des Wertes¹⁴. Das bedeutet, dass nicht nur die geldförmige Bewertung von Gegenständen analysiert wird, sondern die „*tatsächliche Einbeziehung von Gegenständen oder sozialen Prozessen in den Prozess der Kapitalakkumulation*“ (Görg 2004: 1501).

Rosa Luxemburg hat mit ihrer Imperialismustheorie einen wichtigen Beitrag für die Analyse von Inwertsetzung von Natur geleistet, indem sie den Blick auf nicht-kapitalistische Produktionsformen gelegt hat. Diese erachtete sie als Grundlage für die Existenz und Fortentwicklung des Kapitalismus.¹⁵

Im Zuge der kapitalistischen Globalisierung bekommt die Inwertsetzung von Natur eine gesteigerte Dynamik. Dadurch werden neue Räume und Ressourcen systematisch in den Weltmarkt integriert, d.h. nicht-kapitalistische Produktionsweisen werden den dominanten kapitalistischen untergeordnet. (vgl. Görg 2004: 1502). Dieser Aspekt spiegelt jene Entwicklung wieder, welche Maristella Svampa als Ausdehnung extraktivistischer Aktivitäten in vormals „unproduktive“ Abbauregionen versteht.

¹⁴ Diese Vorstellung geht auf den von Marx analysierten Prozess des „Zur-Ware-Werdens“ zurück, welcher die „Unterordnung von Gegenständen unter die Gesetze der Wertform und deren spezifische gesellschaftlichen Gegenständlichkeit unter kapitalistische Bedingungen erfasst“ (Görg 2004: 1501).

¹⁵ Luxemburg unterscheidet zwischen zwei Formen der Kapitalakkumulation: Eine im ökonomischen Prozess zwischen Kapital und Arbeit und eine im Prozess zwischen dem Kapital und nicht-kapitalistischen Produktionsformen (vgl. ebd. 1502).

In Anlehnung an Altvater (1991) lässt sich der Inwertsetzungsprozess von natürlichen Ressourcen in vier Etappen einteilen:

Im ersten Schritt wird eine Ressource als solche identifiziert. Ein Ding, wie im Fall von Wasser, ein Rohstoff, wird diskursiv aus seinem Kontext isoliert und in Bezug auf seinen materiellen Nutzen bestimmt. Damit werden andere mögliche Verwendungen ausgeschlossen. Auf meine Fallstudie bezogen, bedeutet dies, dass Wasser nicht mehr als integraler Bestandteil eines Ökosystems bzw. als Beitrag zu sozialen Lebensgrundlagen (für die Bewässerung von Weiden und Vieh) definiert, sondern stattdessen als Treibstoff zur Erzeugung von Elektrizität betrachtet wird. In diesem Bereich können Deutungskonflikte zwischen verschiedenen Akteuren über die generelle Nutzung von Wasser entstehen. (vgl. ebd. 321)

In einem zweiten Schritt erfolgt die tatsächliche Extraktion, d.h. die physische Isolierung aus dem materiellen Kontext. Dies hat im Fall der Errichtung von Stauseen erhebliche Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem. Werden nämlich gewisse Landstriche (Flora und Fauna) von der Wasserzufuhr getrennt, sterben sie ab oder werden zumindest tiefgreifend verändert. Dies führt dazu, dass zwei ursprünglich gegensätzliche Nutzungen plötzlich miteinander konkurrieren. (vgl. ebd. 321)

Im dritten Schritt passiert die Kommodifizierung, also das Zur-Ware-Werden des extrahierten Guts. In vielen Fällen erfolgt vor dem Prozess der Kommodifizierung eine Privatisierung. Damit ist die legale Verleihung von Eigentum an Personen, Gruppen oder Institutionen gemeint. Für Castree (2003: 279) stellt die Privatisierung eine Vorbedingung zur kapitalistischen Kommodifizierung dar. Weiters, betont Altvater (1991), ist die Umstrukturierung des Umfeldes erforderlich: Zur „Verbringung [der Ware] an die Berührungspunkte des Weltmarktes“ muss ein „der Technologie des Transports angemessenes Kommunikationssystem errichtet werden“ (ebd. 321). Damit meint er in erster Linie Straßen bzw. Transportwege. Im Fall von Hidroaysén ist für den Transport des erzeugten Stroms aus den Wasserkraftwerken eine Stromtrasse geplant. Über sie erfolgt „die Integration in den nationalen Wirtschaftsraum und in das politische System sowie die Öffnung zum Weltmarkt“ (ebd. 321), so Altvater weiter.

Dieser Prozess geht mit einer tiefgreifenden Umgestaltung des sozio-ökonomischen und kulturellen Umfelds einher.

Im vierten und letzten Schritt erfolgt die Monetarisierung, d.h. „qualitativ unterschiedliche Dinge werden durch das Zirkulationsmittel Geld vergleichbar und tauschbar gemacht“ (Köhler 2005: 5).

Diesen vier auf Altvater zurückgehende Etappen möchte ich noch eine fünfte hinzufügen. Und zwar

die von Castree (2003) beschriebene Phase der Entfremdung (displacement). Damit bezeichnet er – in Anlehnung an Marx - den Fetischcharakter eines Produkts. Durch die zeitliche und örtliche Trennung der Waren von ihren Konsument_innen erkennen diese nicht mehr deren eigentlich zugrunde liegenden herrschaftsförmigen Charakter (vgl. ebd. 282). Auf mein Beispiel der Erzeugung von Strom durch Wasserkraft übertragen heißt das, dass die Konsument_innen nicht mehr die Verbindung der sozial-ökologischen Auswirkungen der Stromerzeugung mit seiner Produktion erkennen.

Jede einzelne Phase dieses Prozesses birgt in sich erhebliches Konfliktpotenzial. Insofern stellt die „Inwertsetzung der Natur den strukturellen Rahmen dar, in dem sich die Konflikte um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bewegen“ (Brand/Görg 2003: 297). Darüber hinaus werden lokale, nationale und globale Räume durch die Inwertsetzung des Raumes in „neue widersprüchliche Verhältnisse zueinander gebracht“ (Görg 2004: 1505), was wiederum Auswirkungen auf die Kräfteverhältnisse hat.

David Harveys Konzept der spatio-temporal fixes beschreibt Inwertsetzung als strukturellen Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise.

Spatio-temporal-fixes

Das Konzept der spatio-temporal-fixes (vgl. Harvey 2004: 184 f.) geht davon aus, dass der Kapitalismus strukturell dazu tendiert Überakkumulationskrisen hervorzurufen. Diese entstehen immer dann, wenn innerhalb eines territorialen Systems Überschüsse an Arbeit und Kapital nicht mehr verwertet werden können. Der Kapitalismus trachtet nun danach, durch die „Mobilisierung und Fixierung von Kapital [...] Überschüsse von Kapital und Arbeit zu absorbieren“ (Zeller 2004: 17): zeitlich (temporal) gesehen, durch Investitionen in langfristige Kapitalprojekte und räumlich gesehen (spatial), im Sinne der Erschließung neuer (Absatz-)Märkte und Produktionskapazitäten, sowie Ressourcen. Den spatio-temporal-fixes kommt eine besondere Bedeutung zu, wenn es sich um Investitionen in gebaute Umwelt handelt.

Exkurs: gebaute Umwelt

Gebaute Umwelt sind für David Harvey jene immobilen Elemente, „die zusammen die allgemeinen Produktions- und Konsumbedingungen bilden bzw. als fixes Kapital im Produktionsprozess zum Einsatz kommen“ (Wissen 2008: 75) – also:

„factories, dams, offices, shops, warehouses, roads, railways, docks, power stations, water supply and sewage disposal systems, schools, hospitals, parks, cinemas, restaurants – the list ist endless“ (Harvey 1999: 233, zit. nach Wissen 2008: 75)

Investitionen in die gebaute Umwelt sind Bestandteil des von Harvey beschriebenen „sekundären Kapitalkreislaufes“. In diesem hat das Kapital in der Regel eine längere Umschlagzeit als bei Investitionen im primären Kapitalkreislaufes¹⁶ (ebd. 75-76).

Für die gebaute Umwelt hat dieser Vorgang laut Wissen folgende Bedeutung: „*In ihr materialisieren sich bestimmte Produktions- und Konsummuster und werden auf diese Weise verstetigt*“ (ebd. 76-77). Damit ist die gebaute Umwelt „die physisch-materielle Grundlage der gesellschaftlichen Aneignung und Transformation von Natur“ (ebd.). In diesem Zusammenhang ist auch die symbolische Verbindung zwischen Natur und gebauter Umwelt von Bedeutung. Große Staudämme verwandeln nicht nur Wasser in Strom, sondern repräsentieren überdies die Beherrschung der Natur und den technischen Fortschritt der Menschheit. Als drittes spielt die institutionelle Dimension von gebauter Umwelt eine Rolle. In der Privatisierung des Wasser- und Stromsektors manifestiert sich ein bestimmtes Naturverständnis und -verhältnis. Auf der einen Seite wird die Knappheit von benötigter Energie diskursiv vermittelt und auf der anderen Seite Wasser als natürliche, saubere und erneuerbare Ressource für die Energieerzeugung stilisiert.

Wissen folgert daraus:

„*In ihren physisch-materiellen, symbolischen und institutionellen Dimensionen ist die gebaute Umwelt ebenso Ausdruck wie Medium bestimmter gesellschaftlicher Naturverhältnisse. An ihrer Gestaltung entscheidet sich, wer zu welchen Bedingungen Zugang zu natürlichen Ressourcen hat*“ (Wissen 2008: 78).

Für die spatio-temporal-fixes bedeutet dies, dass durch den Bau von riesigen Wasserkraftwerken (gebauter Umwelt) und die Erschließung neuer, vormals als „unproduktiv“ geltender Regionen (siehe Fallstudie) freigesetzte Arbeitskraft an eine große Menge Kapital für einen langen Zeitraum gebunden wird. Der englische Begriff *fix* hat jedoch eine doppelte Bedeutung: Einerseits wird damit die bereits geschilderte räumliche Bindung von Überschüssen aus Arbeitskraft und Kapital für einen längeren Zeitraum bezeichnet, andererseits dient der Begriff *spatio-temporal fix* als „Metapher für Lösungen der kapitalistischen Krisen durch zeitliche Verschiebungen und geographische Expansionen“ (Harvey 2004: 186). Diese Lösungen sind freilich oft widersprüchlich. So können

¹⁶ Zum Vergleich zwischen primärem und sekundärem Kapitalkreislauf siehe Wissen 2009: 75-76.

riesige Mengen von standortgebundenem Kapital ein Hemmschuh für die räumliche Mobilisierung und Fixierung von Kapital sein. Auf den Bau eines Riesen-Wasserkraftwerks angewendet, bedeutet das, dass der zu einem bestimmten Zeitpunkt vermeintlich notwendige Eingriff in die physische Landschaft, sich zu einem späteren Zeitpunkt als nutzlos, ja sogar schädlich erweisen könnte, da immanente Akkumulationskrisen neuerliche räumliche Expansion und temporäre Verschiebungen erzeugen. Im Hinblick auf das Projekt Hidroaysén und zukünftige Technologien und Formen der Energiegewinnung (Solar, Wind) scheint es mit seinem zerstörerischen Ausmaß ein Auslaufmodell eines überkommenen Akkumulationsregimes zu sein. Die geschilderte räumliche und zeitliche Ausweitung und Umschichtung von Überschüssen an Kapital und Arbeit erfolgt laut Harvey durch „gewaltbasierte, enteignete Formen der ursprünglichen Akkumulation“ (Harvey 2004: 194 ff.).

Harvey bezieht sich auf Brenner¹⁷ (2003) und dessen Argument einer chronischen und anhaltenden Überakkumulation seit den 1970er Jahren (vgl. Harvey 2004: 184). Die Unfähigkeit, eine „nachhaltige Akkumulation im Sinne einer erweiterten Reproduktion in Gang zu setzen“ (ebd. 184) und die im Gefolge der Expansion neu entstandenen „dynamischen Räume kapitalistischer Akkumulation“, deren Überschüsse auch nicht absorbiert werden konnten (ebd. 188) führen seines Erachtens zu Dynamiken und Mechanismen der Akkumulation durch Enteignung (vgl. ebd. 197). Dazu gehört „der eskalierende Raubbau an den globalen Gemeingütern der Umwelt (Land, Luft und Wasser) und die rasch voranschreitende Degradierung von Lebensräumen“ (ebd: 197). Die „Einhegung“ von Gemeingütern, die Kommodifizierung, Kontrolle und Aneignung natürlicher Ressourcen wie Wasser sind Prozesse einer permanenten ursprünglichen Akkumulation. Für Harvey sind derartige Produktionsprozesse für das Überleben des Kapitalismus notwendig. (vgl. Zeller 2004: 14)

Im Zentrum der „Akkumulation durch Enteignung“ steht laut Harvey „die Inwertsetzung und Aneignung nicht-kapitalistischer Milieus oder Produktionsformen durch das Kapital auf der Basis von Gewalt, Raub und Betrug“ (Harvey 2004: 195f.). Görg, der Harvey's Kriminalisierung des Begriffs der Enteignung kritisiert, setzt dem Enteignung auf der Basis simpler Ausweitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die unter den vermeintlichen Vorzeichen von Frieden, Eigentumsschutz und Gleichheit durchgeführt wird, entgegen. (vgl. Köhler 2005: 27).

¹⁷ Laut Brenner führte die Überakkumulation (Überschuss von Kapital und Arbeit) zu Krisenprozessen des Fordismus. Die Folge waren Aufbau von Überkapazitäten und Nachfrage- und Akkumulationsschwächen (vgl. Bader/Becker/Demirovic/Dück 2011: 14).

2.1.3 Politicized Environment

Wurde in der bisherigen Analyse der Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur das Hauptaugenmerk auf kapitalistische Dynamiken gelegt, soll im Folgenden das „widersprüchliche Verhältnis zwischen politökonomischen Prozessen, konkreten Kämpfen und materiellen Verhältnissen im weitesten Sinne“ im Zentrum der Betrachtung stehen (Köhler 2005: 28). Ein Konzept, welches neben politökonomischen Analysekatoren auf ökologische Fragen und jene von Machtverhältnissen im Kontext der sogenannten Dritten Welt fokussiert, ist das in der anglo-amerikanischen Tradition verwurzelte Konzept des *politicized environment* (Bryant/Bailey 1997).

Dieses Konzept geht von einer ökologischen Krise aus und fragt insbesondere nach den Interessen und Praktiken der Akteure, die sich innerhalb dieser Krise in einem Konflikt miteinander befinden. Umweltveränderungen stellen, laut Repräsentant_innen der *political ecology*, nicht einen neutralen Prozess dar, der sich durch technisches Management bearbeiten ließe. Vielmehr liegen den Veränderungen politische Ursachen zugrunde, die auf bestehende sozio-ökonomische Ungleichheiten und politische Prozesse einwirken. Es wird davon ausgegangen, dass ökologische Kosten und ökonomische Vorteile von Umweltveränderungen zum Großteil ungleich zwischen den unterschiedlichen Akteur_innen verteilt sind (vgl. Bryant/Bailey 1997: 28). Diese ungleiche Verteilung der ökologischen Kosten und ökonomischen Vorteile fördert oder reduziert existierende soziale und ökonomische Ungleichheiten (vgl. ebd. 29). Dies wiederum wirkt sich Auswirkungen auf die Macht einzelner Akteur_innen über andere aus.

Scale

Wichtiger Bestandteil dieses Konzepts ist der Begriff Scales.¹⁸

Über die politische Umwelt nachzudenken bedeutet nach diesem Konzept immer auch zu überlegen, „how that environment is constituted and how it changes at different scales in relation to both physical problems and actors“ (Bryant/Bailey 1997: 33). Der Begriff Scale stammt aus der Radical Geography und wird dort in der sogenannten „Scale-Debatte“ verwendet, um den Prozess

¹⁸ Der englisch Begriff Scale lässt sich nur schwer ins Deutsch übersetzen. Er bezeichnet sowohl die einzelnen räumlichen Maßstabebenen (lokaler Scale, nationaler Scale, globaler Scale etc.), als auch das Verhältnis verschiedener Maßstabebenen zueinander (vgl. Wissen 2008a: 26 Fußnote 4) In meiner Arbeit wird der Begriff Scale für eine räumliche Maßstabebene verwendet und der Ausdruck Politics of Scales (siehe Kapitel 2.2.2. Hegemonie) beschreibt die Maßstäblichkeit sozialer Prozesse.

der raum-zeitlichen Reorganisation kapitalistischer Gesellschaften zu beschreiben. Im Konzept des politicized environment wird der Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und Akteuren auf verschiedenen Ebenen (Scales) bezeichnet: „[...] different actors contribute to, are affected by, or seek to resolve, environmental problems at different scales.“ (ebd.) Dieses Verhältnis wirkt sich vor allem auf die durch Umweltprobleme entstehenden Kosten und Vorteile aus (vgl. table 2.2 Bryant/Bailey 1997: 35). Aber auch hinsichtlich der Lösung von Umweltproblemen ist eine Interaktion von Akteur_innen auf lokaler, nationaler oder globaler Ebene feststellbar. Dabei wird deutlich, dass die Akteur_innen auf lokaler bzw. regionaler Ebene, die von den Umweltproblemen am meisten betroffen sind, eine marginale Rolle für die Problemlösung spielen (vgl. ebd. 37). Zur genaueren Bestimmung dieser (räumlich) ungleichen Beziehung zwischen den Akteuren und deren Umwelt bedarf es eines spezifischen Begriffes von Macht.

Power

Für Bryant und Bailey (1997) üben Akteur_innen Macht aus, indem sie nicht nur auf ihre eigene Umwelt einwirken, sondern auch über jene anderer Akteur_innen. „It is above all the control that one party has over the environment of another party“ (ebd. 39).

Um die Rolle von Macht im Zusammenspiel von Gesellschaft und Umwelt zu begreifen, „it is necessary to adopt a more inclusive understanding of power that encompasses material and non-material considerations as well as the apparent fluidity of power itself.“ (ebd.) Drei Fragen sind dafür entscheidend: 1) Auf welche Art und Weise übt ein Akteur Kontrolle über die Umwelt eines anderen aus? 2) Wie manifestieren sich Machtverhältnisse in Bezug auf die materielle Umwelt? Und 3) Warum gelingt es schwächeren Akteuren sich gegen stärkere durchzusetzen?

In meiner empirischen Analyse versuche ich auf diese Fragen zu antworten, indem ich 1) die Strategien der einzelnen Akteure (Regierung, Transnationale Akteur_innen und Projektgegner_innen) untersuche, 2) die Verdichtung der Machtverhältnisse in Staatsapparaten aufdecke und 3) die Handlungsmöglichkeiten und Kämpfe der lokalen Bevölkerung (Politics of Scales) in Betracht ziehe. Akteure können auf unterschiedliche Weise Kontrolle über die Umwelt anderer Beteiligter ausüben. Bei Wasserkraftwerken manifestieren sich Machtverhältnisse im Streit um, den Zugang zu und der Nutzung von Wasser. Des Weiteren kann sich Macht auch in einer ungleichen Verteilung von ökologischen Kosten bzw. ökonomischen Vorteilen von Umweltveränderungen (environmental justice) ausdrücken. Außerdem lässt sich Kontrolle über die Umwelt auch über politische Einflussnahme ausüben. Gefragt wird danach,

„how actors inside and outside the state can influence the environmental management priorities of state agencies so as to favour the allocation of financial and human resources to certain environmental projects and problems, as opposed to other projects“ (ebd. 41).

Zu guter Letzt kann Macht auch über diskursive Praktiken ausgeübt werden. Dies lässt sich am besten über dominante Argumentationslinien (siehe Kapitel 7.1) zeigen. Denn „Power is about control over material practices, but it is also linked to the attempted regulation of ideas.“ (ebd) Wie am Konzept von gebauter Umwelt gezeigt wurde, lassen sich ungleiche Machtverhältnisse in die materielle Umwelt einschreiben. Ein wichtiger Aspekt von politicized environment ist, die Rückwirkung der in die Natur eingeschriebenen Machtverhältnisse auf soziale Verhältnisse.

„Thus, nodes of control can be conceived of an infrastructural projects that facilitate wealth creating and the maintenance of political 'order': large hydro-electric dams (energy), industrial plants (manufactured goods) or roads (security) all serve to reinforce, and in some cases even symbolise, the power of stronger actors.“ (ebd. 43)

Auffallend ist, dass die Stärke anglo-amerikanischer Ansätze Politischer Ökologie im Vergleich zur deutschsprachigen Debatte (v.a. Der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse) zusammenfassend darin liegt, dass sie sich expliziter mit Macht und Herrschaft auseinandersetzen. Sie fragen danach, wie sich gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse in die Naturverhältnisse einschreiben, wie sich Gesellschaft über die Konzeption von Naturverhältnissen konstituiert und wie durch diese Konzeption soziale Ungleichheiten zementiert werden.

2.2 Historisch-materialistische Staatstheorie

Kernpunkt der historisch-materialistischen Staatstheorie¹⁹ drückt sich in den Fragen aus, wie sich soziale Herrschaft in kapitalistischen Gesellschaften reproduziert und weshalb sich politische Herrschaft in einer besonderen Form, d.h. im Staat, organisiert. In einem Satz zusammengefasst, fragt sie nach den gesellschaftlichen Voraussetzung von Staat und Politik. Historisch betrachtet waren ökonomische und politische Herrschaft in feudalen Gesellschaften nicht getrennt. Mit der Entstehung des Kapitalismus erfolgt im Zuge der Industrialisierung die Trennung in ökonomisch herrschenden Klassen und politische Herrschaft. Denn: Der ökonomische Verwertungsprozess allein war fürs Überleben bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften nicht ausreichend. Daher bildete sich der Staat als eine eigene Form politischer Herrschaft heraus, weil die ökonomische Überlegenheit allein die unterdrückten Massen nicht im Zaum hätte halten können. Es brauchte zur Absicherung der ökonomischen Überlegenheit also legitime Institutionen. In den Worten von Joachim Hirsch: „Die materialistische Staatstheorie unterscheidet zwischen Staat und anderen historischen Formen der politischer Herrschaft (Hirsch 2005: 18).

Ausgangspunkt der materialistischen Staatstheorie sind die materiellen Produktionsverhältnisse, „d.h. die Art und Weise, wie sich die Menschen im Prozess der Produktion zueinander verhalten“ (ebd: 16). In den 70er Jahren schrieb Nicos Poulantzas eine wesentliche Abhandlung zur materialistischen Staatstheorie. Poulantzas (1975) zufolge, umfassen die Produktionsverhältnisse – analog zur juristischen Definition - zwei Aspekte: ökonomisches Eigentum und Besitz. Unter ökonomischem Eigentum versteht man die Macht der Eigentümer_innen die Produktionsmittel für ihnen genehme Zwecke zu verwenden (z.B. Wasser für die Elektrizitätsgewinnung) und über die Produkte der Arbeit, im konkreten Fall: Elektrizität zu verfügen. Der Besitz regelt die Beziehung der Produzenten zu ihren Produktionsmitteln, d.h. die Naturbeherrschung. Während im Feudalismus Eigentum und Besitz auseinander fielen (Lehnherr ist Eigentümer des Bodens, dieser befindet sich aber im Besitz des Bauern), ist die kapitalistische Produktionsweise durch die Einheit von Eigentum und Besitz gekennzeichnet. Die Nutzer_innen der Produktionsmittel verfügen weder über die Produktionsmittel selbst, noch können sie entscheiden was damit produziert wird. (vgl. Karl Marx, *Das Kapital*) Die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und somit die Sicherung von Eigentumsverhältnissen erfolgt durch „außerökonomische, unmittelbare Gewalt“ (MEW 23:

¹⁹ Die Materialistische Staatstheorie ist allerdings kein geschlossenes Theoriegebäude, sondern umfasst durchaus unterschiedliche Ansätze, die inter alia auf die historischen Entwicklungen und den Verlauf des Kapitalismus replizieren (vgl. Hirsch 2005).

765). Diese Gewalt stellen die kapitalistischen Reproduktionsbedingungen dar, die im konkreten in meiner Fallstudie über sektorale, staatliche Ressourcenpolicies geregelt werden. Fragen bezüglich Besitz und Eigentum finden sich in sektoralen Gesetzen wieder (Kapitel 5.2 und 5.3).

Neben seinen ökonomischen, stark an Marx angelehnten Überlegungen wandte sich Poulantzas – beeinflusst von Gramscis Hegemoniethorie - vor allem den politischen Prozessen zu.

Er machte die Beziehung des Staates zum Klassenkampf²⁰ zum eigentlichen Gegenstand materialistischer Staatstheorie. Poulantzas folgend findet der Klassenkampf in Kräfteverhältnissen statt, „die sich in der Vielzahl konkreter Praktiken der gesellschaftlichen Reproduktion materialisieren“ (Demirovic 2007: 63). Dabei repräsentieren die Produktionsverhältnisse die ökonomische Seite diesbezüglichen Kräfteverhältnis. Der Staat ist bei Poulantzas nicht Instrument, und nicht Subjekt, sondern als gesellschaftliches Verhältnis, das sich ständig in Abhängigkeit von den sozialen Kräfteverhältnissen verändert. Der Staat ist das Terrain, auf dem die Kämpfe um Hegemonie ausgetragen werden (vgl. ebd. 2007: 64).

Poulantzas Auffassung vom Staat als gesellschaftliches Verhältnis veränderte die Perspektive auf ein grundlegendes Problem innerhalb der marxistischen Diskussion: das Verhältnis von Struktur und Handeln. Zuvor tendierten marxistische Analysen dazu, die ökonomische Sphäre als Struktur zu begreifen, die gesellschaftliches Handeln determinierte. Alex Demirovic zufolge, leistete Poulantzas einen wesentlichen Beitrag zur Lösung dieses Dilemmas,

„weil damit eine „Struktur“ selbst als eine bestimmte Form des Klassenkampfes verstanden kann [sic!], also eine soziale Beziehung, die in den sozialen Auseinandersetzungen durch das Handeln der Akteure reproduziert werden muss.“ (Demirovic 2007: 99).

Als gesellschaftliches Verhältnis definiert der Staat auch eine „spezifische Form der gesellschaftlichen Konfliktaustragung“ (Brand 2010: 244).

²⁰ Klassen befinden sich laut Poulantzas immer im Kampf, sie existieren nicht außerhalb ihres Kampfes und nicht unabhängig von ihm (Demirovic 2007:63).

2.2.1 Konflikt

Der Konfliktbegriff lässt sich nicht einheitlich bestimmen, sondern hängt immer mit der gewählten Theorie zusammen (vgl. Bonacker 2008: 13). Grundsätzlich sind Konflikte in allen sozialen Beziehungen angelegt. Sie entstehen durch menschliches Handeln, das gleichzeitig immer auch in übergeordnete gesellschaftliche Strukturen - wie Arbeitsteilung oder Machtverteilung - eingebunden ist (vgl. Dietz/Engels 2011: 7). Diese gesellschaftlichen Strukturen sind – aus einer historisch-materialistischen Perspektive betrachtet – von spezifischen Formen geprägt, die das gesellschaftliche Leben unter kapitalistischen Bedingungen hervorbringt - u.a. Lohnarbeit, Waren, Geld und kapitalistischer Staat (vgl. Brand 2010: 240).

Auf diesen Formen gründen widersprüchliche Verhältnisse (z.B. Naturbeherrschung contra Umweltschutz), die den Rahmen für Konflikthandlungen bilden. Als solches stellen die Verhältnisse jedoch noch keinen Konflikt dar, sondern ein Konflikt besteht per definitionem erst dann, wenn die Akteur_innen handeln (wobei dies aktives Handeln genauso einschließt wie Dulden bzw. Unterlassen (vgl. Weber 1972: 1, zit nach Dietz/Engels 2011: 8). Erst durch die Bearbeitung widersprüchlicher Verhältnisse wird das gesellschaftliche Leben reproduziert, „d.h. Gesellschaft wird prozessierbar gemacht und institutionell stabilisiert“ (Brand 2010: 240). Wie Brand konstatiert, muss das nicht immer über Konflikte ausgetragen werden. Oftmals werden Widersprüche durch Konsens, Kompromiss oder Kooperation bearbeitet - dazu mehr im nächsten Kapitel 2.2.2 Hegemonie.

Wie bereits anhand des Konzepts der gesellschaftlichen Produktion von Natur gezeigt, ist die Naturbeherrschung vom Kapitalverhältnis geprägt (siehe ursprüngliche Akkumulation) und nimmt innerhalb bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung räumliche und zeitliche Formen an (spatio-temporal fixes). Aus historisch-materialistischer Sicht ist der Akkumulationsimperativ in kapitalistischen Gesellschaften die zentrale Antriebskraft, „der nicht nur ökonomische, sondern auch politische und kulturelle Prozesse entscheidend formt (nicht determiniert).“ (Brand 2010: 241).

Generell entwickeln sich Konflikte dann, wenn bestehende und institutionalisierte gesellschaftliche Verhältnisse für die soziale Dynamik dysfunktional werden und zueinander in Widerspruch geraten (vgl. ebd.). Man unterscheidet zwischen latenten und manifesten Konflikten: Latente Konflikte

beschreiben eine Situation, in denen inhärente Widersprüche zum Vorschein kommen, als solche von den Akteuren jedoch nicht wahrgenommen werden (vgl. Dietz/Engels 2011: 6). Während innerhalb der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung lange Zeit die Frage nach Konfliktursachen als zentrale galt, konzentrieren sich neuere Ansätze auf die Kontextbedingungen, unter denen die latenten Konflikte manifest werden (vgl. Bonacker 2008). Es wird also nicht nur (moralisch) danach gefragt wer für bestimmte Konflikte verantwortlich ist, sondern unter welchen Bedingungen (Legitimität) diese Konflikte ausgetragen werden. Solche Konflikte werden nach Brand dort manifest, „wo (kollektive) Akteure in der Lage sind, sich gegen bestehende Verhältnisse zu artikulieren und sie zu verändern versuchen – und andere Akteure eben die bestehenden Verhältnisse verteidigen oder in eine andere Richtung verändern wollen“ (Brand 2010: 241)

Dabei können soziale Konflikte im engeren Sinn nicht mehr als Klassenkonflikte (Marx) verstanden werden (vgl. Demirovic 2008: 49 f.); vielmehr muss der Begriff des Antagonismus weiter gefasst werden und darf nicht mehr als vorentscheidend über den Inhalt des Konflikts gelten (vgl. Auer 2008: 252).

Konfliktfeld Natur

Ein gesellschaftstheoretisch fundierter Konfliktbegriff (in Analogie zu einem dialektischen Verständnis von Gesellschaft und Natur), wie er in dieser Arbeit verwendet wird, sieht Natur nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Strukturen, sondern richtet den Blick auf die gesellschaftliche Verfasstheit von Natur und verortet darin die „politische Umkämpftheit um Zugang zu, Verteilung von und Kontrolle über natürliche Ressourcen“ (Dietz/Engels 2011: 9).

Wie sich nun latente Konflikte zu manifesten entwickeln und welche Inhalte und Formen sie dabei durchlaufen, ist eine empirisch zu beantwortende Frage.

Bevor dieser Frage im nächsten Schritt nachgegangen wird, möchte ich zunächst die historische Situiertheit und konkrete Bearbeitungsmodi von Konflikten definieren.

Christoph Görg kritisiert – wie zuvor erwähnt – an Harvey's Enteignungsbegriff die Betonung auf „Raub und Gewalt“ und verweist auf Möglichkeiten und Bedingungen der Naturbeherrschung durch Kooperation und Konsens. Mit dem Begriff der Hegemonie lassen sich die Reichweite von Konflikten und die konkreten Formen (Verhältnis zu Konsens und Kooperation) der Konfliktaustragung untersuchen (vgl. Brand 2010: 242).

2.2.2 Hegemonie

Antonio Gramsci beschreibt *Hegemonie* im Allgemeinen als eine Form bürgerlicher Herrschaft, die weniger auf Zwangselementen, sondern auf Konsens²¹ beruht. Hegemonie bedeutet aber auch immer politische Führung²².

Die Erlangung von Hegemonie wird von Gramsci als Prozess in drei Phasen beschrieben:

In der ersten, der *ökonomisch-korporativen Phase*, „entdecken die Mitglieder einer Klasse ihre Interessenidentitäten auf der Grundlage ihrer Stellung in der Produktion und beginnen, sich entsprechend zu organisieren“ (Scherrer 2007: 73). Hier spielen ausschließlich die eigenen ökonomischen Interessen eine Rolle. In der zweiten der *ethisch-politischen Phase* beginnen sie Zugeständnisse an die Beherrschten zu machen um dadurch ihre eigenen Interessen zu verallgemeinern. Dies erfolgt meistens durch ein „national-populäres Programm“, in dem auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen Platz finden. In der dritten, der *hegemonialen bzw. staatlichen Phase* wird über eine staatliche Ausformung Hegemonie erlangt und abgesichert.

Hegemonie wird als Begriff sehr unterschiedlich verwendet und gerät dadurch in Gefahr, unscharf zu werden. Christoph Scherrer (2007) plädiert für eine Präzisierung des Begriffs, indem „deutlicher als bisher der sachliche, der räumliche und zeitliche Horizont hegemonialer Konstellationen ausgewiesen werden“ (ebd. 72) Diesem Vorschlag komme ich in meiner Arbeit nach und untersuche meinen Forschungsgegenstand anhand der sachlichen, räumlichen und zeitlichen Ebene.

Die sachliche Ebene kann sich nach Scherrer „in einem Fall auf den 'Kitt' von Akkumulations- und Regulationsstruktur (Hirsch 1992) beziehen, in einem anderen Fall lediglich auf die Fähigkeit einer Gruppe, in einem spezifischen Feld ihre Interessen recht umfassend zu universalisieren“ (Scherrer 2007, 76). Brand (2008) greift diese Überlegungen auf und betrachtet sie aus einer konflikttheoretischen Perspektive: Dazu schlägt er vor, zwischen *Konflikten um Hegemonie* und jenen *innerhalb einer hegemonialen Konstellation* zu unterscheiden.

Bei ersterem handelt es sich um Konflikte, welche „die breit akzeptierten Formen oder Regeln gesellschaftlichen Zusammenleben[s]“ betreffen (Brand 2010: 242). Diese Formen – zu denen u.a.

²¹ Konsens meint nicht harmonischer Interessenausgleich. Soziale Kämpfe und im politischen Prozess sich artikulierende Interessen müssen mitgedacht werden (vgl. Brand 2008: 177).

²² Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die Bourgeoisie nur als Führungsgruppe im ökonomischen Bereich zur nationalen und staatlichen Klasse werden kann.

auch der Umgang mit natürlichen Ressourcen gehört – entstehen durch hegemoniale Projekte bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Wenn sich nun diese hegemoniale Projekte innerhalb eines breiten gesellschaftlichen Spektrums etablieren, kann von einem „historischen Block“ (Gramsci 1991 f.: 1045) gesprochen werden. Damit ist jener, von Scherrer im Anschluss an Hirsch (1992) genannte „Kitt“ von Akkumulations- und Regulationsstruktur gemeint.

In einer konkreten Strukturanalyse konzentriere ich mich zunächst auf die hegemonialen Projekte bestimmter gesellschaftlicher Gruppen (Kapitel 4). Damit ist die Untersuchung auf ein spezifisches Politikfeld, die Ressourcenpolitik, eingegrenzt. Um eine Verflachung des Hegemoniebegriffs (indem lediglich Interessen und Handlungen bestimmter Akteure in den Blick genommen werden) zu vermeiden und gleichzeitig meine These der Inwertsetzung von Natur als hegemoniales Projekt innerhalb der chilenischen Ressourcenpolitik zu untermauern, folgen im anschließenden Kapitel 2.2 (Historisch-materialistische Staatstheorie) einige strukturtheoretische Überlegungen.

In meiner Fallstudie fokussiere ich mich auf Konflikte innerhalb einer hegemonialen Konstellation. Das etablierte hegemoniale Verhältnis oder Projekt ist in meinem Fall die weiter oben beschriebene (Kapitel 2.1.2) Inwertsetzung von Natur.

Zeitlich gesehen konzentriere ich mich auf den Zeitraum 1994-2011 (Entstehung und Transformation staatlicher Umweltpolitik), benötige dafür freilich Rückgriffe auf den historisch-strukturellen Kontext der Ressourcenpolitik in den 80er Jahren und der Diktatur Augusto Pinochets.

Die räumliche Ebene von Hegemonie bildet der Nationalstaat²³ Chile. Dabei wird der Nationalstaat nicht starr, als einziger Ort, wo sich Prozesse der Verallgemeinerung von Interessen abspielen, verstanden. Vielmehr finden diese Prozesse auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen statt – in (trans-)nationalen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und alltäglichen Praxen. Und auch innerhalb der eigenen Materialität des Staates kommt es zu strukturellen Selektivitäten (siehe Kapitel 2.2.4). Ein wichtiges Konzept, welches Konflikte um Hegemonie als mehrdimensionalen Prozess fasst, ist jenes der Politics of Scale.

²³ Wegen der notwendigen thematischen Eingrenzung meiner Arbeit, muss auf eine nähere Analyse internationaler Ressourcenpolitik verzichtet werden. So finden sich hier zwar immer wieder Verweise auf die internationale Ebene, sie können aber nicht explizit ausgeführt werden.

Politics of Scale

Die im Umfeld der *Radical Geography* entstandenen Debatte um Politics of Scale gehen von der zentralen Feststellung aus, dass Scales sozial konstruiert oder produziert werden (vgl. Swyngedouw 2004). Daraus folgt, dass Scales historisch veränderbar sind, sie ihre Bedeutung erst im Verhältnis verschiedener skalarer Dimensionen zueinander gewinnen und Prozesse der Neudimensionierung politisch umstritten sind (vgl. Köhler 2008).

Wie passt nun das Konzept der Politischen Ökologie (siehe Kapitel 2.1) mit dem der Politics of Scale zusammen? Kreuzungspunkte gibt es dort, wo die Produktion von Natur auch räumlich verstanden wird. Dazu meint Swyngedouw: „[e]veryday life is necessarily 'placed' or 'situated' by virtue of the need to transform and metabolise (produced) nature“ (Swyngedouw 2004: 131, zit. nach Köhler 2008: 217) Das bedeutet, dass jede Art von sozio-ökonomischer skalarer Reorganisation, wie im Falle der Veränderung öffentlicher Ressourcenpolitik, auch neue ökologische Scales produziert. Swyngedouw schreibt weiter:

„[...] „I insist that nature and environmental transformation are also integral parts of the social and material production of scale. More importantly, scalar re-configurations also produce new socio-physical ecological scales“ (Swyngedouw 2004: 132, zit. nach Köhler 2008: 217).

Das Konzept der Politics of Scale findet in dieser Arbeit Anwendung für die konkrete Analyse der skalaren Reorganisation von Ressourcenpolitik, um Dynamiken der ungleichen Entwicklung und Machtverhältnisse zu untersuchen. Dabei liefert die materielle Verknüpfung der Produktion von Scales und jener von Natur einen wichtigen Hinweis auf den „strategischen“ Gehalt von Reskalierungsprozessen (vgl. Köhler 2008: 218). Vor dem Hintergrund, der Veränderung von Zugang und Kontrolle über Ressourcen als strategisches Ziel, weil „*scalar re-configuration [...] shape in important ways who will have access to what kind of nature, and the particular trajectories of environmental change*“ (Swyngedouw 2004: 132, zit. nach Köhler 2008: 218), lassen sich Skalierungsprozesse als Machtstrategien identifizieren. Dass sie aber nicht nur Machtstrategien sind, sondern „Teil des Kampfes um gesellschaftliche Hegemonie“ (Brand 2008: 174), braucht es den Begriff der multiskalaren Hegemonie.

Multiskalare Hegemonie

Brand (2008) konstatiert, dass innerhalb der Scale-Debatte der Zusammenhang zwischen Strategie und Regulation zu wenig beleuchtet würde. Demnach sagen die räumlichen Machtstrategien bestimmter Akteure noch nichts über ihr Funktionieren dieser Strategien aus.

Mit dem Konzept der multiskalaren Hegemonie lassen sich die unterschiedlichen räumlichen Ebenen untersuchen, in denen die Verallgemeinerung von Interessen stattfindet. Was bedeuten diese Überlegungen in weiterer Folge für die Analyse meines Forschungsgegenstands, der öffentlichen Ressourcenpolitik in Chile?

Ich erinnere an die zentrale Fragestellungen: Um wessen Probleme handelt es sich? Wie werden diese hegemonial begründet? Wie machtförmig erfolgt die Problembearbeitung? Was für Folgen hat das für die jeweiligen Akteur_innen (vgl. Brand 2008: 172). Es wird davon ausgegangen, dass gesellschaftliche Konflikte um Natur über den Staat geregelt werden, weil der Staat die allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft regelt und sich der Kampf um die Zustimmung zu strategischen Projekten aus hegemonietheoretischer Sicht in der Zivilgesellschaft (als Teil des integralen Staates) abspielt. Dies bedeutet, dass der Fokus des Konzepts der multiskalaren Hegemonie nicht nur sich verändernde Kräfteverhältnisse und neu entstehende Handlungsspielräume im Zuge der Restrukturierung kapitalistischer Verhältnisse erfasst, sondern der Frage nachgeht, wie sich diese in die staatliche Struktur einschreiben.

„Mit der Restrukturierung kapitalistischer Verhältnisse transformiert sich auch der Staat und rekonfiguriert sich entlang unterschiedlicher Scales (Brand 2008: 172). Das heißt auch, dass es keinen homogenen Staat gibt, sondern asymmetrische Apparate, die sich entlang von „Staatsprojekten“ (Jessop 1990: 315 f.) organisieren.

2.2.3 Staatsapparate

Der Terminus *Apparat* spielt innerhalb der materialistischen Staatstheorie eine wesentliche Rolle. Ausgehend davon, dass der Staat nicht nur das Terrain bildet, auf dem die gesellschaftlichen Kämpfe ausgetragen werden, hat eine Veränderung der Kräfteverhältnisse im institutionelle Gerüst des Staates. Diese Veränderung macht sich allerdings nicht direkt und unmittelbar bemerkbar, sondern, so Poulantzas, „*paßt [sic] sich der Materialität der verschiedenen Apparate an und kristallisiert sich im Staat nur in gebrochener und differenzierter, den Apparaten entsprechender Form.*“ (Poulantzas 2002: 162)

Neben der Kategorie Staat als gesellschaftliches Verhältnis verfügt der Staat also auch über eine eigene Materialität, in Form seiner Staatsapparate, in die sich die Konflikte einschreiben. Mit diesen zwei Kategorien lässt sich (analytische) zwischen Struktur und Handlung innerhalb des Staates unterscheiden, ohne dabei in die Gefahr zu gelangen im Sinne eines Instrumentalismus oder Institutionalismus zu argumentieren. Diese Unterscheidung ist für die vorliegende Arbeit insofern wichtig, weil sie Ressourcenpolitik vermittels beider Kategorien untersucht: zum einen wird staatliche Ressourcenpolitik als Konfliktverursacher (Staatsapparate) aufgefasst und zum anderen als gesellschaftliches Terrain, auf dem die Konflikte ausgetragen und bearbeitet werden.

Die einzelnen Apparate erfüllen die Funktionen des Staates. Zu den wesentlichen Funktionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates gehört die Regulation der Eigentumsverhältnisse, die Sicherung der sozio-ökonomischen Dynamik und die Organisierung und Desorganisation subalternen Kräfte. (vgl. Brand 2008: 181 f.)

Die analytische Stärke des staatstheoretischen Konzepts von Poulantzas liegt u.a. darin, diese Funktionen nicht als feststehend oder fixiert zu betrachten, sondern als umkämpft und konjunkturell veränderbare Prozesse zu begreifen.

Poulantzas führt zum besseren Verständnis die Begriffe *Verdichtung* und *Verschieben* ein und definiert den Staat als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Demzufolge werden die Kräfteverhältnisse, die sich auf dem Terrain des Staates befinden und in den Staatsapparaten materialisiert haben, permanent verschoben und in immer neuen Konstellationen verdichtet (vgl. Demirovic 2007: 111). „Im Verdichtungsprozess bildet sich ein Konsens unter den Fraktionen des Machtblocks, sich unter der Führung einer hegemonialen Fraktion zu organisieren und ein relativ dauerhaftes Dispositiv zu schaffen [...]“ (ebd. 126). Die einzelnen Staatsapparate sind allerdings

weder in sich geschlossen noch homogen, sondern stellen „Kreuzungspunkte des Verhältnisses mehrerer Fraktionen“ (ebd. 112) dar, die sich in ihren Strukturen, ihrer Organisation und den einzelnen Policies verdichten. Insofern ist es auch möglich, dass *„die Apparate ineinander übergehen, sektoral verschmelzen, sich überlagern, sich auflösen oder ganz bedeutungslos weiterexistieren.“* (ebd.)

Mit dem Begriff des Staates als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen wird *Staat* jedoch nicht nur als strukturierter und selektiver Apparat beschrieben, sondern auch als strategisches Feld bzw. Prozess, in dem neben den Kämpfen zwischen den herrschenden Kräften (Staatsapparaten) auch Kämpfe zwischen diesen und den Beherrschten ausgetragen werden. Auf diesem strategischen Feld, würden „sich Machtknoten und Machtnetze kreuzen“ so Poulantzas (2002: 167) und unterschiedliche Akteur_innen ihre Interessen stärken wollen. (vgl. Brand 2009: 4)

Alex Demirovic (2007) kritisiert an Poulantzas, dass dieser sein Verständnis von Staat als gesellschaftliches Verhältnis nicht ganz zu Ende denke. Obwohl er sich auf Gramsci beziehe, nach welchem das Staatsleben

„als ein ständiges sich Bilden und Überwinden von unstabilen Gleichgewichtszuständen“ aufzufassen sei, ziehe er nicht *„die entsprechende Schlußfolgerung, die darin bestünde, den Staat insgesamt als ein jeweiliges instabiles Kompromißgleichgewicht zu verstehen.“* (ebd. 102)

Dies und die Zurückweisung des Begriffs der Zivilgesellschaft (vgl. ebd. 122) führen dazu, dass die Beziehung von Kräfteverhältnissen und gesellschaftlichen Kräften zu den Staatsapparaten unterbelichtet bleibt. Demirovic konkretisiert in seiner Kritik an Poulantzas, dass dieser das materielle Gerüst der Staatsapparate als Verdichtung von Kräfteverhältnissen analysieren hätte müssen (vgl. ebd. 120). Gemeint ist hiermit der harte Kern in den Staatsapparaten, der nicht unmittelbar in einem Kräfteverhältnis aufgeht, ein Phänomen, das Poulantzas als strukturelle Selektivität bezeichnete.

2.2.4 Strukturelle Selektivität

Wenn der Staat die materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen ist, wie lässt es sich dann erklären, dass diese Kräfteverhältnisse das materielle Gerüst des Staates (Apparate) nicht berühren? (vgl. Demirovic 2007: 99).

Anders gefragt: Warum ist der Staat grundsätzlich zu Kompromissen bereit, ändert allerdings seine Struktur nicht? Poulantzas Antwort darauf lautet, dass eine Veränderung der Staatsmacht allein die Materialität der Staatsapparate nicht transformiere. (vgl. Poulantzas 2002: 162). Es gibt, laut Poulantzas, „eine spezifische materielle Existenzweise (Materialität) des Staatsapparats (disziplinierend autoritäre Strukturen, Bürokratisierung, etc.), die nicht auf die eine oder andere Form von Klassenverhältnissen reduzierbar ist“ (Poulantzas 1983: 101, zit. nach Demirovic 2007: 119). Mit anderen Worten scheint es einen harten Kern innerhalb der Staatsapparate zu geben, der über eine gewisse Widerstandskraft verfügt und kein gesellschaftliches Verhältnis darstellt. Poulantzas zufolge stellt die Verwaltung eine „spezifische Realität des Apparats (dar), die nicht radikal dadurch geändert wird, daß [sic] man einfach das Kräfteverhältnis ändert“ (ebd. 1980: 174, zit. nach ebd.).

Schon vor Poulantzas beschrieb der renommierte deutsche Staatstheoretiker Claus Offe (1980) die Selektionsleistungen staatlicher Apparate gegenüber politischen Kräften. Der Ausgangspunkt seiner Untersuchungen war die Frage auf welche Art und Weise öffentliche Politikfelder (policies) auf Grundlage bestimmter gesellschaftlicher Probleme und deren ökonomische Strukturen entstehen und welche Funktionen diese öffentlichen Politikfelder erfüllen.

Offe interessierte vor allem das „Verhältnis von Staatsapparat und kapitalistischen Verwertungsinteressen“ (ebd. 65)²⁴, d.h. die Bedeutung der Staatstätigkeit für die Reproduktion der kapitalistischen Ökonomie. Der Ausgangspunkt seiner Untersuchungen ist das Problem des Klassencharakters des Staates: „*die Auflösung der zumindest scheinbaren Inkonsistenz, daß der Staat, obwohl nicht selbst Kapitalist, dennoch als kapitalistischer Staat – und nicht etwa nur als 'Staat in der kapitalistischen Gesellschaft' - aufgefasst wird* (ebd. 65-66).

Weder Einfluss-theorien (die eine Instrumentalisierung des Staatsapparates durch Verwertungsinteressen sehen) noch Constraint-Theorien (welche strukturell begrenzte Handlungsmöglichkeiten politischer Institutionen und Prozesse annehmen) seien in der Lage den

²⁴ Offe zufolge wird dieses Verhältnis mit dem Begriff des „idealen Gesamtkapitalisten“ unzureichend erklärt. (vgl. Offe 1980: 65)

Klassencharakter des Staates nachzuweisen, da diese nur die äußerlichen Determinationsverhältnisse untersuchen (ebd. 68). Weiters argumentiert Offe, dass das gemeinsame Interesse der herrschenden Klasse „in legislatorischen und administrativen Strategien des Staatsapparates“ zum Ausdruck kommt, die nicht von außen induziert werden, sondern „von eigenen Routinen und Formalstrukturen der staatlichen Organisation entspringen.“ (ebd. 72). Insofern kann man nur von einem „kapitalistischen Staat“ ausgehen, „wenn der Nachweis gelingt, daß [sic!] das politische Institutionensystem eine eigene, klassenspezifische Selektivität aufweist, die den [sic!] Interessen des Verwertungsprozesses korrespondiert.“ (ebd. 73-74). Unter Selektivität versteht Offe institutionalisierte Ausschlussregeln, bzw. die „nicht zufällige (d.h. systematische) Restriktion eines Möglichkeitsraumes“ (ebd. 78).

Diese dienen dazu, eine „Vereinheitlichung und Bereinigung eines 'gesamtkapitalistischen Interesses' gegen den Widerspruch von einzelnen Interessengruppen herzustellen“ (ebd. 76-77).

Zusätzlich zur Fähigkeit die vereinzelt Interessen integrieren zu können, bedarf es laut Offe einer komplementären Selektivität, welche das Gesamtkapital gegen antikapitalistische Interessen und Konflikte abschirmt, eine Selektivität, „die es dem Staat erlaubt, das von ihm erst konstituierte, auf seinen rationellen Kern gebrachte Klasseninteresse nun auch praktisch-politisch zu behaupten und ihm eine prinzipiell privilegierte Durchsetzungschance zu verschaffen.“ (ebd. 77).

Beide Selektionsleistungen zusammen machen, schreibt Offe, den Klassencharakter des Staates aus. Denn staatliche Herrschaft hat nur dann Klassencharakter, wenn es ihr gelingt, „das Kapital sowohl vor seinem eigenen Falschen wie vor einem antikapitalistischen Bewußtsein [sic] der Massen in Schutz zu nehmen.“ (ebd. 77). Ziel jedes kapitalistischen Staates ist es demnach eine „ihm eigentümliche Selektivität“ zu konstruieren, der er selbst unterliegt. (ebd. 78)

Wo lassen sich nun institutionell verankerte Auswahlmechanismen (Selektivitäten) im politischen System analytisch identifizieren? Offe nennt vier Ebenen: Neben Ideologie, Prozess und Repression, die Struktur. Auf der Strukturebene verfügt jedes politische Institutionensystem über einen „definitiven – rechtlich und faktisch festgelegten Aktionsradius“ (ebd. 79). Dieser bestimmt welche Sachverhalte überhaupt zum Gegenstand staatlicher Politik werden. Dieser Aspekt – und das begründet meine Ausführung zu Offe – ist für meine empirische Untersuchung bedeutsam, lässt sich nämlich damit untersuchen, wie und ob überhaupt gesellschaftliche Probleme in politische übersetzt werden. Dies geschieht entsprechend der Fragestellungen: Wie sehen sozial-ökologische Probleme innerhalb der Gesellschaft aus? Wie verhält sich der Staat ihnen gegenüber? Und welches sind die konkreten Antworten (policies) darauf?

Als Beispiel für strukturelle Selektivität nennt Offe die Garantie des privaten Eigentums, also eine wesentliche Funktion des kapitalistischen Staates. Auf meinen konkreten Forschungsgegenstand übertragen, besetzt die Kapitalakkumulation (wirtschaftliches Wachstum) diese Funktion. Eine weitere Bedingung für die Auswahl bestimmter gesellschaftlicher Bereiche als „politische“ sieht Offe „im Vorhandensein und in der Wirksamkeit bürokratischer Organisationen“. Damit meint er das, was Poulantzas später als Verwaltung bezeichnete.

Allerdings reicht der Nachweis einer allgemeinen Selektivität (Formulierung als auch Durchsetzung eines kapitalistischen Gesamtinteresses) des politischen Institutionensystems nicht aus, um die politische Herrschaft als Klassenherrschaft zu rekonstruieren (ebd. 81).

Um das Verhältnis des Interesses eines Staatsapparates zum kapitalistischen Gesamtinteresse festzustellen, müssen Offes Meinung nach auch jene systematisch ausgeblendeten „Nicht-Realitäten“ (non-events) untersucht werden, jene Ereignisse also, die von der Reichweite staatlicher Politik unberührt bleiben (ebd. 83).²⁵ Damit weist Offe explizit auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung sozialer Kämpfe in der Analyse hin.

Offe meint auch, dass koordinative und repressive Steuerungsleistungen nicht ausreichen, um staatliche Herrschaft im Sinne von Klassenherrschaft auszuüben. Denn nur unter der Bedingung, dass die oberste Staatsfunktion, das Interesse am Verwertungsprozess, verborgen bleibe, könne der Vollzug dieser Funktion ausgeführt werden. Diese vermeintlich paradoxe Formel hängt mit dem Strukturproblem des kapitalistischen Staates zusammen, wonach er seinen Klassencharakter zugleich praktizieren und unsichtbar machen muss (ebd. 92). Deshalb müssen die oben genannten Selektionsleistungen durch eine dritte, die verschleiende Selektionsleistung, dementiert werden. Denn „nur der gewährte Anschein der Klassenneutralität erlaubt die Ausübung politischer Herrschaft als Klassenherrschaft“ (ebd. 92-93). Als Beispiel für eine verschleiende Selektionsleistung soll hier die Kooptation gelten. (Kapitel 7.4)

Der Prozess gegenläufiger Selektionsleistungen eines politischen Systems, das klassengebundene Funktionen ausübt und sie zugleich als solche verleugnet, kann zu „krisenhaften Kollisionen, zur wechselseitigen Behinderung von legitimatorischen und Steuerungsleistungen und damit tendenziell zum Legitimationsbruch“ führen (ebd. 100). Um diese Konflikte vorbeugend einzudämmen, betont Offe die Bedeutung von Strategien, die die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Konflikten bzw. deren Intensität reduzieren versuchen.

²⁵ Diese Aufgabe kann, so Offe, die Theorie nicht lösen. Denn das Problem einer Staatstheorie, die den Klassencharakter politischer Herrschaft mit dem Interesse des Gesamtkapitals nachweisen will, besteht darin, dass sie als Theorie, als objektivierende Darstellung von Staatsfunktionen und ihres Interessenbezugs, überhaupt nicht durchführbar ist (ebd. 90-919).

2.3 Zwischenfazit

Ziel der theoretischen Ausführungen zur politischen Ökologie war es, ein dialektisches Verständnis von Gesellschaft und Natur zu entwickeln, in dem beide Einheiten nicht als getrennt voneinander aufgefasst werden, sondern als wechselseitig konstitutiv vermittelt.

Dieser historische Vermittlungszusammenhang zeigt in der Tatsache, dass Menschen sich immer schon Natur aneignen mussten, um ihr Überleben zu sichern. Zu dieser physischen (materiellen) Produktion von Natur, lässt sich auch eine sprachlich-symbolische feststellen. Was bedeutet, dass Menschen ein bestimmtes Bild von Natur haben, und ihr dementsprechend eine Bedeutung geben haben. So wird z.B. Wasser als „Treibstoff zur Erzeugung von Energie“ definiert.

Die sowohl materielle, als auch diskursiv-symbolische Produktion von Natur ist allerdings kein kapitalistisches Spezifikum. Auch außerhalb der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise eignen sich Menschen Natur an. Zum kapitalistischen Merkmal wird die Aneignung von Natur erst durch die Einbettung in eine konkrete Verwertungslogik bzw. in Bezug auf eine bestimmte Produktionsweise. Der Begriff, der diese spezielle Form der Naturaneignung beschreibt, ist die Inwertsetzung von Natur. Dabei liegt der Zweck nicht in der Nutzung der stofflichen Qualitäten von Ressourcen, sondern in der Nutzung der Verwertung. Dieses spezifische gesellschaftliche Naturverhältnis schreibt sich in die gebaute Umwelt (z.B. Staudamm) ein. Um bei diesem Beispiel und damit beim Thema der vorliegenden Arbeit zu bleiben, ist ein Staudamm nicht nur Ausdruck dieses Verhältnisses, sondern auch Medium, was heißen soll, dass sich durch die gebaute Umwelt auch entscheidet, wer zu welchen Bedingungen Zugang zu natürlichen Ressourcen hat. Daraus folgt, dass die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in Gestalt der gebauten Umwelt auch auf soziale Verhältnisse zurückwirken.

Aus einer dialektischen Perspektive der Beziehung von Gesellschaft zur Natur, lassen sich Nutzungs- und Verteilungskonflikte um Natur als Ausdruck von Macht- und Herrschaftsverhältnissen begreifen. Wie diese Verhältnisse konkret ausschauen, kann durch das Konzept des politicized environment analysiert werden. Damit geraten auch, neben den herrschaftsförmigen ökonomischen Aneignungsprozessen, Akteur_innen und deren Handeln auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen ins Blickfeld.

Dieses Handeln findet immer an einem bestimmten Ort statt. Das Terrain für die Akteur_innen und ihr Handeln ist der Staat. Die Heranziehung der materialistischen Staatstheorie zur Analyse des Wirkens dieser gesellschaftlichen Kräfte gründet auf der Annahme, dass die in die Natur eingeschriebenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse immer wieder hergestellt werden müssen. Der Staat ist das soziale Verhältnis, das Terrain, in dem die Konflikte um Naturaneignung ausgetragen werden. Er ist weder Subjekt noch Instrument, sondern Verdichtung eines materiellen Kräfteverhältnisses. Konflikte werden zwar von Inwertsetzungsprozessen geformt, aber niemals determiniert, d.h. ihre Entwicklung und ihr Ausgang sind veränderbar. Bei Konflikten um Natur stehen die Kämpfe um den Zugang, die Nutzung oder die Kontrolle natürlicher Ressourcen im Vordergrund. Konflikte laufen nicht zwangsläufig gewalttätig ab, sondern können auch durch Kooperation bzw. Konsens gelöst werden.

Um ein Bild davon zu bekommen, wie Konflikte ausgetragen werden, wird der Begriff der Hegemonie herangezogen. Er ermöglicht die Untersuchung, ob es gelingt, partikuläre Interessen einzelner Akteure zu verallgemeinern und auf Dauer zu stellen. Da im Zuge der Globalisierung ständig neue Räume geschaffen oder vernichtet werden, ergeben sich auch immer neue Konflikte. Dabei ist wichtig, dass es sich bei diesen veränderten Maßstabsebenen (Scales) nicht einfach um „räumliche Konflikte“ handelt, sondern um räumliche Dimensionen sozialer Konflikte. Die räumliche Re-dimensionierung ist vor dem Hintergrund sozialer Strategien zur Erlangung von Kontrolle und Macht zu sehen. Genau diese Perspektive vermittelt das Konzept der Politics of Scale. Da diese Strategien gesellschaftlich umkämpft sind, können sie auch scheitern.

Weiter: Der Staat ist nicht nur das Terrain, auf dem gesellschaftliche Kämpfe ausgetragen werden und auf dessen verschiedenen Ebenen (multiskalar) um Hegemonie gerungen wird. Er verfügt über eine eigene Dichte (relative Autonomie), die sich in Form von Staatsapparaten (Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen) abbildet. Verkürzt gesagt: Der Staat selbst ist auch ein Akteur, der handelt. Er wirkt auf bestimmte politische Prozesse ein, so auch auf gesellschaftliche Naturverhältnisse, und formt sie dauerhaft. Seine Apparate bilden bestimmte Selektionsleistungen aus (koordinativ, repressiv oder versteckt), die den Raum für Veränderungen eingrenzen. Auf die politische Praxis bezogen heißt das, dass sich trotz veränderter Kräfteverhältnisse die konkreten Inhalte staatlicher Politik (policies) nicht ändern. Das hat - mit Offe gesprochen - damit zu tun, dass das institutionelle Grundgerüst des Staates (der Apparat) jegliche Angriffe (kommen sie aus den eigenen Reihen, z.B. einzelner Staatsapparate, oder von „außen“) nicht duldet, weil damit die zentrale Staatsfunktion, der Verwertungsprozess gefährdet würde.

3. Methoden

Welchen Stellenwert nimmt die Methodik innerhalb der Politikwissenschaft ein? Nach den Politikwissenschaftlern Von Alemann und Patzelt einen zu geringen. Der eine betrachtet die Methodik als ein Stiefkind der Politikwissenschaft und der andere konstatiert die Methodenreflexion in der Politikwissenschaft als irrelevant erachtet (vgl. Schöne 2005: 168-169). Dieses Urteil wird insbesondere den qualitativ orientierten Forschungsmethoden ausgestellt. Obwohl für eine ausführliche Methodendiskussion hier kein Platz ist, möchte ich für mein Forschungsvorhaben ihre Relevanz unterstreichen. Das führt mich zuerst zur Entwicklung einer analytischen Perspektive auf meinen Untersuchungsgegenstand. Anschließend erläutere ich die zwei, in der vorliegenden Arbeit angewandten Datenerhebungsmethoden (ExpertInneninterview und teilnehmende Beobachtung).

3.1 Policy-Analyse

Als Untersuchungsgegenstand meiner Arbeit habe ich das Politikfeld (policy) Umwelt- und Ressourcenpolitik gewählt. Daher läge methodisch eine Policy-Analyse am nächsten. Innerhalb dieser Methode bieten sich unterschiedliche Ansätze an, die je nach Analysefokus unterschiedliche Aspekte untersuchen. Meine Wahl fiel auf eine Verbindung Materialistischer Staatstheorie mit der Policy-Analyse, die ich noch eingehend erläutern werde. Zunächst aber ein kurzer Überblick über klassische methodische Ansätze.

Was heißt Policy-Analyse?

Die Policy-Forschung geht auf die in den 1950er Jahren in den USA entstandene Forschungsrichtung Policy Science hervor, die eine nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs „gesellschaftliche Problemlösungswissenschaft“ begründen wollte.²⁶

Diese zeichnete sich durch eine betont normative Orientierung aus (vgl. Schneider/Janning 2006: 19). In den 1960er Jahren wurde die Policy-Analyse im Zuge der verstärkten Rolle der Sozialwissenschaften zur Politikberatungsinstanz. Sie beschäftigte sich vor allem mit der Identifizierung gesellschaftlicher Problemen und der Formulierung adäquater Lösungen dafür bis hin zu deren Implementierung (vgl. Torgerson 1986). Die Policy-Analyse teilt den Begriff des Politischen in drei Dimensionen: *polity* (Institutionen), *policy* (Politikinhalt, die zB in Gesetzen zum Ausdruck kommen) und *politics* (Politische Prozesse, zB Konflikt) (vgl. Schneider/Janning 2006: 15). Im politikwissenschaftlichen Mainstream galt die Annahme, „politics (and polity) determine policies“ (ebd. 23) - also politische Prozesse und Institutionen bestimmen die Politikinhalt. Dagegen wandte einer der „Väter“ der Policy-Analyse (Lowi 1972) ein, dass - im Gegenteil - der Inhalt den Politikprozess bestimme, also „policies determine politics“ (ebd. 299).

Genug vom Wissenschaftshistorischen. Die Policy-Analyse verwendet häufig den Policy-Cycle zur Beschreibung der Politikentwicklung. Der läuft ab nach Schema: Problem - Problemdefinition - Agenda-Setting - Formulierung - Implementierung - Evaluation - und - wieder von vorne beginnend - mit - der Identifizierung des - nächsten - Problems (vgl. Schneider/Janning 2006: 48 f.). In der Forschungspraxis zeichnet die Policy-Analyse ihre „problemorientierte, multimethodische und interdisziplinäre Orientierung“ (ebd. 40) aus. Außerdem ermöglicht ihrer Ausrichtung auf Probleme und Problemlösungen eine starke Anwendungsorientierung (vgl. Saretzki 2003: 391).

Im Zuge von Globalisierung und der damit verbundenen wachsenden Komplexität von Entscheidungsfindung verliert der Staat seine Rolle als zentraler Ort der Politik und damit auch die ihm zugeschriebene alleinige Fähigkeit zur Steuerung und Problemlösung. Stattdessen nimmt die Bedeutung politischer Netzwerke und neuer Akteur_innen innerhalb der Policy-Forschung zu. Diese neuen Aspekte prägt auch die Debatten über *governance*.²⁷ In der Empirie dominieren qualitative Methoden - neben Interviews und teilnehmender Beobachtung auch Fallstudien.

²⁶ Als Geburtsstunde dieser Forschungseinrichtung gilt das Erscheinen des Buches „The Politics Sciences“ (vgl. Schneider/Janning 2003: 18).

²⁷ Unter *governance* wird das Entstehen neuer politischer Räume, Akteure, Strategien und Praktiken verstanden, die neben der klassischen Form des Staates, in politischen Steuerungs- und Entscheidungsprozessen eine zunehmende Rolle spielen (vgl. Hayer und Wagenaar 2003: 3).

Kritik an klassischen Ansätzen

An der klassischen Policy-Analyse wird bemängelt, dass sie den komplexen, kontroversiellen, konfliktiven und kontingenten Gehalt von Politikthemen zu wenig berücksichtigt (vgl. Dryzek 1989: 101). Vor allem von diskursanalytischer Seite wird kritisiert, dass aus einer klassischen Perspektive die Produktion von Wissen nicht erfasst werden kann. Eine machttheoretische Perspektive kritisiert zudem das Ausblenden von Fragen der Macht und Herrschaft im policy-making Prozess. Die diskursanalytisch geprägten Interpretative Ansätze²⁸ gehen von der Annahme aus, dass „all actions, objects, and practices are socially meaningful and that these meanings are shaped by the social and political struggles in specific historic periods“ (Fischer 2003: 73). Die Annahme einer „Dichotomie zwischen Wissen und Policy“ (Brand 2010) wird abgelehnt. Stattdessen fokussieren interpretative Ansätze auf Diskurse, Narrative, Sprache und Argumentation. Vor allem Sprache spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Sie wird nicht nur als Instrument oder Spiegelbild der Realität, sondern als Erzeugerin unseres Weltbilds verstanden (vgl. Fischer/Forester 1993: 1).

Die zweite kritische Perspektive, jene der machttheoretischen Ansätze, bezieht sich darauf, dass klassische Analysen die Frage von Macht komplett außer acht lassen oder in manchen Fällen sogar herunterspielen (vgl. Greven 2008: 29). Zugleich kritisieren die machttheoretischen Ansätze naturgemäß auch die übermäßige Orientierung an Diskurs, Narrative und Sprache des interpretativen Ansatzes. Der Prozess des Policy-Making gehe nämlich „auch mit der Allokation von ökonomischen Ressourcen, der Setzung von sanktionsbewehrten rechtlichen Regeln und anderen 'materiellen' Umstrukturierungen einher, die nicht nur aus Sprache bestehen“ (Saretzki 2009: 452, zit. nach Bartenberger 2010: 47). Schneider und Janning (2006) kritisieren am klassischen Policy-Zyklus, dass dieser politische Prozesse im Rahmen öffentlicher Politikfelder ausblende. „Aus einer sozialtechnologischen Perspektive wird leicht vergessen, dass öffentliche Politik dominant machtvermittelt ist und dass in ihr Machtkämpfe, Machtressourcen und Machtstrukturen weiterhin eine zentrale Rolle spielen.“ (ebd. 217). Anstatt sich auf die zentrale Frage der public policy analysis „finding out, what governments choose to do or not to do“ (Dye 1972: 1, zit. nach ebd. 16) zu konzentrieren, schlägt Greven (2003) vor, sich auf einen weiteren „Urvater der policy-analyse, nämlich Harold Lasswell zu berufen, der danach fragte „who gets what, when and how? (vgl. ebd. 13). Für eine wirklich kritische Policy-Forschung schlägt Greven noch die Fragen nach dem „why“ vor (vgl. ebd. 32).

²⁸ Unter interpretative Policy-Analyse fasse ich alle Ansätze zusammen, die durch eine diskursanalytische Perspektive geprägt sind, also auch verwandte Ansätze wie die narrative bzw. deliberative Policy-Analyse.

3.2 Historisch-materialistische Policy-Analyse

Nun zur Verbindung von Theorie und Methode: Wie können bestimmte policy-making-Prozesse mit einer historisch-materialistischen Brille betrachtet werden? Hier greife ich auf Überlegungen von Ulrich Brand (2010) über den Grundriss einer historisch-materialistischen Policy-Analyse (HMPA) zurück.

Brands entwickelt die HMPA aus einer doppelten Kritik an historisch-materialistischen Ansätzen. Diese konzeptualisieren *policy* oft auf funktionalistische Weise als Ergebnis sozio-ökonomischer Prozesse und sozialer Klassenverhältnisse. Das Problem dabei ist, die Unterbewertung des offenen Ausgangs und der eigenen Logik von policy-Prozessen. Mit eigener Logik meint Brand, dass policy-Prozesse selbst Teil von umkämpften gesellschaftlichen und sozialen Prozessen sind (politics) und gleichzeitig von diesen konstituiert werden. Um diese Schwachstelle historisch-materialistischer Ansätze zu überwinden, müsse, so Brand, der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Reproduktion und *policy* näher untersucht werden (vgl. ebd. 1-2).

Zwischen den zuvor geschilderten interpretativen Ansätzen der Policy Analyse (IPA) und der HMPA gibt es sowohl Gemeinsamkeiten, als auch Differenzen. Beide begreifen etwa Geschichte nicht als linearen, sondern als offenen konfliktiven Prozess. Darüber hinaus kritisieren –beide das institutionelle Gerüst und die im gesellschaftlichen Kontext eingebetteten Machtverhältnisse bestehender Politikgestaltung (policy making). Sowohl IPA, als auch HMPA interessieren sich mehr für die machtförmige und konfliktive Konstruktion von Policy, als für deren Effizienz. Auch bewerten beide Ansätze weder Staat, noch öffentliche Institutionen als Kontrollzentren moderner Gesellschaft und sind skeptisch bezüglich der Steuerungsfähigkeit von Politikfeldern. In beiden Ansätzen wird, zudem die Bedeutung von Wissen für gesellschaftliche und politische Prozesse betont (vgl. ebd. 8-9).

Neben diesen Gemeinsamkeiten lassen sich auch Unterschiede festmachen: Die HMPA bezieht sich nicht exklusiv auf diskursanalytische Kategorien (Wissen, Bedeutung, Argumente und Diskurs), sondern fragt nach den hinter dem Diskurs stehenden materiellen Reproduktionsbedingungen. Während sich die IPA auf die Mikroprozesse gesellschaftlicher Reproduktion konzentriert, versucht die HMPA diese mit einer Makroperspektive zu verbinden. Zu guter Letzt lassen sich durch eine

HMPA die Multiskalarität von policies und damit auch der Kampf um sie (vgl. ebd. 9).

Die von Brand entworfene historisch-materialistische Perspektive auf policy-making Prozesse verbindet materialistische Staatstheorie (v.a. Poulantzas) mit der Hegemonietheorie Antonio Gramscis, der Regulationstheorie und dem Politics of Scale-Ansatz.

Staatstheoretische Überlegungen fließen insofern in das Konzept einer HMPA ein, als policies als Ergebnis sektoraler Kräfteverhältnisse (Poulantzas' Staatsapparate) gesehen werden:

„[...] specific policies can be understood as instable compromises among social forces which are formulated through specific state apparatuses or even groups or alliances in particular apparatuses” (Brand 2009:10).

Der hegemonietheoretische Einfluss dient dazu, die Frage zu beantworten, wie es im Konflikt gelingt, Partikularinteressen einzelner Akteure zu verallgemeinern:

„HMPA analyses the specific contexts of a particular policy field and their overlaps with others and, additionally, considers if there are mechanisms through which certain social forces are able to generalise their interests.” (Brand 2009: 7).

Zudem betont ein HMPA-Ansatz die Relevanz der Analyse unterschiedlicher scales:

“Insofar, one route of research in HMPA should deal with concrete spatial and especially political scales of action, i.e. policies of scale as part of politics of scale – the policies which lead to a reconfiguration of scale as well as the effects of institutionalized scalar reconfiguration.” (Brand 2010: 9).

Die zentrale Fragestellung der HMPA lässt all diese Aspekte zusammenfließen und fragt danach, wie gesellschaftliche Verhältnisse und Prozesse (Probleme, Forderungen) in staatliche Politikfelder übersetzt werden.

Am besten lässt sich dies anhand „konkreter Manifestationen von *policymaking* und *politics*“ (Hayer/Wagenaar 2005: 5, zit. nach ebd. 18) beantworten. Die Aufgabe bestehe Ulrich Brand zufolge darin, die Analyse konkreter Konflikte mit der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Grammatik von hegemonialen Verhältnissen zu verbinden, ohne dabei jedoch den Ausgang als determiniert zu betrachten (vgl. ebd. 18).

Zur Erläuterung des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Veränderungen und Politikbereichen, beziehe ich mich auf zwei zentrale Konzepte der HMPA: Verdichtung und Wissensproduktion.

Mit dem Konzept der Verdichtung lässt sich beschreiben, wie sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und natürlichen Ressourcen in staatliche Institutionen übersetzt und entsprechende policies formt. „It helps us to understand how historically concrete societal power relations are inscribed into the state and how they shape policy making.“ (Brand 2010: 19).

Gesellschaftliche Veränderungen übersetzen sich jedoch nicht nur in öffentliche Politikfelder, sondern fließen auch in die vielfältigen sozialen Praxen ein und üben Einfluss auf soziale Verhältnisse (vgl. Poulantzas 2002: 164). Ferner ist der historisch-strukturelle Kontext (Kapitel 4) wichtig, um die konkrete Form der Verdichtung festzustellen.

Das zweite Konzept der HMPA bezieht sich auf die Wissensproduktion. Konkret geht es um die Produktion von Policy-Wissen. Hintergrund dieser Überlegung ist die Annahme, dass politische Steuerung in Form von Umwelt- und Ressourcenpolitik über ein entsprechendes Ausmaß an Wissen verfügen muss, wie der Umgang mit natürlichen Ressourcen geregelt werden soll. Sozio-ökologische Probleme werden zwar im Rahmen staatlicher Umweltpolitik bearbeitet, dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass sich der Staat der tatsächlichen Ausmaße der Probleme bewusst ist. Wie später anhand staatlicher Bearbeitungsmodi gezeigt werden, selektiert der Staat entlang dominanter Narrative (7.1) und berücksichtigt nur jene, die seinen eigenen Interesse adäquat sind.

3.3 Expert_inneninterview

Das Expert_inneninterview ist neben der – im nächsten Kapitel beschriebenen – teilnehmenden Beobachtung mein zweites Instrument zur Erhebung von Daten, mit deren Hilfe Strukturen und Strukturzusammenhänge des Expert_innenwissens und -handelns analysiert werden. Ich orientiere mich am Modell von Meuser und Nagels (Meuser/Nagel: 1991), die eine konkrete Methodik des ExpertInneninterviews entwickeln haben. Expert_innen werden in diesem Modell nicht als absolute Größe definiert, sondern als Teil des Handlungsfeldes begriffen. Je nach Forschungsinteresse definiert der/die Untersuchende eine Auskunftsperson als Experten/Expertin (vgl. ebd. 443). In der vorliegenden Arbeit sind das z.B. sowohl die Umweltministerin und der Konzernchef als auch diverse NGO-Vertreter_innen und soziale Aktivist_innen. Meuser und Nagel unterscheiden beim Erfahrungswissen von Expert_innen *Betriebswissen* und *Kontextwissen* ein. Das ist vor allem für die Ausarbeitung eines Interviewleitfadens und die anschließende Auswertung von Bedeutung (vgl. ebd. 445).

Das Betriebswissen wird in meiner Untersuchung für die Fragen nach strukturellen Anwendungsprozessen (Staatsapparate) und akteursspezifischen Handlungsmodi (gesellschaftliche Kämpfe) herangezogen. Meuser und Nagel zufolge, setzt die empirische Analyse des Betriebswissens ein kategorisches Gerüst als Bezugsrahmen voraus. Damit meinen sie die Entwicklung eines offenen Leitfadens, der nicht Einschränkung sein soll, sondern dabei helfen, kompetente Gesprächspartner_innen für die Beantwortung des Forschungsinteresses ausfindig zu machen. Die im Leitfaden verdichteten theoretisch-analytischen Forschungsansätze helfen auch bei der Abfrage von Betriebswissen (vgl. ebd. 448 f.).

Ich habe die Leitfäden für die Interviews teilweise standardisiert damit Expert_innen aus verwandten Bereichen ähnliche Fragen beantworten mussten und zugleich auch offen erstellt, sodass jeder/jede Expert/in auch nur für sie/ihn formulierte Fragen beantworten musste.

Kontextwissen bezieht sich – anders als das Betriebswissen, das auf den individuellen Erfahrungen der Expert_innen beruht – auf ihre Funktion und hilft den generellen Handlungsspielraum einer Akteur_innengruppe zu erkunden. Bei der Erforschung von Kontextwissen wird „*von der Betrachtung eines überbetrieblichen sozialen Systems ausgegangen, dessen Funktionieren durch die ExpertInnen mitbedingt ist*“ (ebd. 454). Das Ziel ist also nicht - wie bei der Abfrage des

Betriebswissens, eine theoretische Erklärung der empirischen Tatsachen zu finden, sondern empirisches Wissens unmittelbar abzuschöpfen (vgl. ebd. 455). An einem Beispiel meiner Arbeit wird das deutlich: Im Rahmen der Recherchen fand ein Interview mit einem Mitarbeiter des chilenischen Umweltministeriums statt. Daraus ergab sich ein Überblick über das Feld der Umwelt- und Ressourcenpolitik; es führte aber darüber hinaus zu zusätzlichen Interviewpartner_innen.

Für die Auswertung der Interviews müssen die Ergebnisse vergleichbar sein. Meusner und Nagel schlagen dafür eine interpretative Strategie für leitfadenorientierte Expert_inneninterviews vor. Diese orientiert sich an thematischen Einheiten und an inhaltlich zusammengehörigen, über die Texte verstreuten Passagen. Ziel sei es, *„im Vergleich mit den anderen ExpertInnen texten das Überindividuell-Gemeinsame herauszuarbeiten, Aussagen über Repräsentatives, über gemeinsam geteilte Wissensbestände, Relevanzstrukturen, Wirklichkeitskonstruktionen, Interpretationen und Deutungsmuster zu treffen“* (ebd. 452).

Während bei Interviews, die auf das Kontextwissen einzelner Expert_innen abzielten, manche transkribierten Texte aufgrund der „Realitätssättigung“ ihrer Themen und Hypothesen nur partiell ausgewertet auswertbar waren, wurde versucht, die hinter dem Betriebswissen stehenden Wissens- und Handlungsstrukturen, Einstellungen und Prinzipien zu theoretisieren und zu generalisieren. So habe ich Interviews in einen gemeinsam institutionell-organisatorischen Kontext (vgl. ebd. 453) gestellt, das heißt Redundanzen getilgt und Kurzschlüsse bei der Interpretation wegen unterschiedlich gebrauchter Begriffe (z.B. nachhaltige Entwicklung) vermieden (vgl. ebd. 461).

Die Transkription der Interviews erfolgte je nach Idealform des Gelingens (vgl. ebd. 455) und die Paraphrasierung je nach Wichtigkeit des Themas. Ich habe den einzelnen Textabschnitten mit Hilfe des Programms *Atlas.ti* Codes zugeordnet, die anschließenden einer thematischen Verdichtung dienen. Eine weitere Hilfe für die Vergleichbarkeit von Interviews ist das „cross checking“ (ebd. 467). Dabei werden Interviews mit mehreren Expert_innen einer Institution themenbezogen miteinander verglichen.

3.4 Teilnehmende Beobachtung

Die Teilnehmende Beobachtung ist historisch in der Anthropologie und Ethnologie verwurzelt und wurde Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhundert angewandt, um ethnische sowie verteilungs- und migrationsbedingte Konflikte in urbanen Industriezentren der USA und Großbritanniens, sowie das Entstehen neuer Formen von Armut zu untersuchen. Anfang der 1960er Jahre etablierte sich die Teilnehmende Beobachtung in den USA als eigenständige empirische Methode. Sie wird seitdem als wichtiger Zugang zur sozialwissenschaftlichen Beschreibung von Wirklichkeit verstanden, weil ihre Ergebnisse sowohl reproduzierbar wie intersubjektiv nachvollziehbar sind (vgl. Schöne 2005: 171). Die teilnehmende Beobachtung wird oft in Kombination mit anderen Methoden angewandt. Sie ist als Feldstrategie, „*die gleichzeitig Dokumentenanalyse, Interviews mit Interviewpartnern und Informanten, direkte Teilnahme und Beobachtung sowie Introspektion kombiniert.*“ (Flick 1995: 175, zit. nach Schöne 2005: 172) optimal für mein Forschungsvorhaben geeignet.

In diesem wissenschaftlichen Beobachtungsverfahren werden im Allgemeinen fünf Gegensatzpaare unterschieden: a) verdeckt - offen b) nicht-teilnehmend – teilnehmend c) systematisch – unsystematisch, d) natürlich – künstlich und e) selbst – fremd (vgl. Schöne 2005: 171). Der Untersuchungsverlauf erfolgt in drei Phasen: deskriptive, fokussierte und selektive Beobachtung (vgl. ebd. 172). Ich habe darüber hinaus – wegen der Untersuchung skalarer Ebenen – noch die Kategorie *national* und *lokal* eingefügt. Zum Technischen: ich führte ein Forschungstagebuch, in dem ich meine Beobachtungen ebenso festhielt wie Überlegungen zu Theorie und Methodik.

In Santiago de Chile lief die Beobachtung, die sich zeitlich über ein Monat erstreckte, unter folgenden Gesichtspunkten ab: offen, nicht-teilnehmend, unsystematisch, natürlich und fremd. Konkret beobachtete ich in der deskriptiven Phase den Stellenwert bzw. die symbolische Bedeutung, die der 3000 km entfernt stattfindende Konflikt, den ich ins Zentrum meiner Forschung gestellt hatte, für die Bewohner_innen der Hauptstadt hat und wie damit umgegangen wird. Ich sammelte zunächst Material über die mediale Berichterstattung, ging zu öffentlichen Informationsveranstaltungen und unterhielt mich mit Passant_innen über das Projekt. In der fokussierten Beobachtung, besuchte öffentliche Informationsveranstaltungen und unterhielt mich mit Passant_innen über das Projekt. In einem nächsten Schritt – der fokussierten Beobachtung –

lenkte ich meine Aufmerksamkeit auf konkrete Probleme und Prozesse nationaler Ressourcenpolitik und wählte kompetente Interviewpartner_innen aus.

Im Vergleich dazu, die Beobachtung in der Region Aysén, in der ich ebenfalls ein Monat verbrachte und wesentlich intensiver am Geschehen teilnahm. In der deskriptiven Phase verschaffte ich mir ein erstes Bild über die lokale Konflikt- und Akteursstruktur. Ich mischte mich unter die lokale Bevölkerung, unterhielt mich mit den Betroffenen und nahm an Demonstrationen und Informationsveranstaltungen von NGOs teil. Im der darauffolgenden fokussierten Beobachtung, untersuchte ich die konfliktbezogene Beziehung der einzelnen Akteur_innen zueinander. Damit konnte ich präzisere Einschätzungen über interne Organisations- und Machtverhältnisse treffen.

Durch das erhöhte Maß an Teilnahme war ich mit dem Dilemma des teilnehmenden Beobachters konfrontiert: einerseits, als distanzierter Beobachter wissenschaftlichen Standards und Aufgaben verpflichtet zu sein und andererseits, in gewissen Situationen nach persönlichen Überzeugungen handeln zu müssen (vgl. Lüders 2003: 386). Anders gesagt: Meine Rolle als wissenschaftlicher Beobachter wurde auf den Prüfstand gestellt. Diese Problematik wurde so gut es möglich ist, in der Auswertung der Interviews berücksichtigt.

4. Historisch-struktureller Kontext staatlicher Ressourcenpolitik

In diesem Kapitel sind die strukturellen Rahmenbedingungen skizziert, unter denen sich staatliche Ressourcenpolitik in Chile entwickelte. Zu diesem Zweck analysiere ich das sozio-ökonomische Modell der Verfassung von 1980, die die politischen Kräfteverhältnisse der Diktatur abbildete.

4.1 Verfassung 1980

Sowohl die Verfassung als auch das Wasser- und Elektrizitätsgesetz wurden zu einem Zeitpunkt verabschiedet, an dem die Macht Augusto Pinochets am Höhepunkt angelangt war. Das Ziel des Militärregimes war es, soziale und politische, darüber hinaus aber vor allem auch die neue ökonomische Ordnung in einem institutionellen Gerüst zu zementieren.²⁹ Die Ausarbeitung der Verfassung und wesentlicher sektoraler Gesetze erfolgte als gemeinsames Projekt der Militärjunta und zivilen Berater_innen. Das bedeutet allerdings nicht, dass der legislative Prozess konfliktfrei abgelaufen wäre. Die zwei zentralen Konfliktlinien verliefen entlang der Liberalisierung des politischen Systems und der Anwendung der freien Marktlogik auf soziale und ökonomische Bereiche (policies).

Ideologische Einflüsse

Im wesentlichen waren drei ideologische Gruppierungen an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt: Autoritäre Nationalisten (*duros*, hardliner), katholische Korporatisten (cooperatistas), sowie Juristen (gremialistas) und neoliberale Ökonomen. (vgl. Bauer 1998: 12)

Neoliberale und gremialistas (*blandos* oder softliner) hatten es sich zum Ziel gesetzt, durch tiefgreifende Veränderungen auf institutioneller Ebene die *duros* zu überzeugen, dass eine Militärregierung auf längere Sicht nicht notwendig sei. Die durch die Verfassung schließlich

²⁹ Analysen der 1980er Verfassung konzentrieren sich meist auf politische Aspekte, speziell in Bezug auf ihren autoritären und antidemokratischen Charakter. Die ökonomischen Dimensionen blieben hingegen oftmals ausgespart.

geschaffene, neue institutionelle Ordnung wirkte sich tiefgreifend auf das politische System aus: Der Einfluss der Parteien wurde durch die Aufwertung der Exekutive (in der Person des Präsidenten) und die Schwächung des Kongresses zurückgedrängt. Das Gegengewicht zum Präsidenten bildeten mehrere Institutionen, die sich gegenseitig absicherten: das Militär, das Verfassungsgericht, der Nationale Sicherheitsrat und die Zentralbank. Die Schaffung dieser Institutionen war auf den Einfluss der autoritären Nationalisten zurückzuführen, die damit argumentierten, dass starke staatliche Strukturen notwendig wären, um die soziale Ordnung zu gewährleisten und nationale Einheit herzustellen. (vgl. ebd. 13)

Den *gremialistas*³⁰ wiederum ging es darum, dem Staat eine moralische und soziale Färbung zu geben. Beeinflusst durch die katholische Sozialdoktrin wollten sie Individuen und Familien natürliche Rechte innerhalb des Staates einräumen. Sie vertraten die Ansicht, dass die Gesellschaft entlang sogenannter *grupos intermedios* („Zwischengruppen“)³¹, strukturiert werden sollte, die frei von politischem Einfluss sein würden. Zu diesen *grupos intermedios* wurden nicht nur Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände gezählt, sondern auch Universitäten, Kirchen, etc. Das strategische Ziel *gremialistas* war es, diese Gruppen vor staatlicher Einflussnahme zu bewahren. Tatsächlich wurde durch das politische Programm der *gremialistas* und die Unterstützung von neoliberalen Ökonomen die Rolle des Staates auf bestimmte Funktionen festgelegt. In Art. 1 der Verfassung heißt es hierzu: „[...] Die Familie ist der fundamentale Kern der Gesellschaft. Der Staat erkennt die *grupos intermedios* an und schützt sie. Entlang dieser organisiert sich die Gesellschaft und wird durch sie strukturiert. Darüber hinaus sorgt der Staat für die Sicherung des Gemeinwohls (*bien común*) und schützt nationale Sicherheit und Familie.“ (Verfassung Chile 1980: Art. 1 Übersetzung durch den Verfasser)

Die in der Verfassung festgehaltene Vorstellung von Gemeinwohl negiert sowohl die marxistische Ansicht vom Klassenkonflikt als auch jene liberaldemokratischer Ansätze, wie Bauer treffend festhält. Statt dessen drückt sie ein Verständnis von Gesellschaft aus, das auf einer harmonischen Einheit von unterschiedlichen sozialen Interessen beruht. Neoliberale Strömungen opponierten gegen das historisch gewachsene staatsorientierte wirtschaftliche Entwicklungsmodell, das

³⁰ Das Wort *gremio* heißt so viel wie Gremium/Innung und bezeichnet eine private Interessensgemeinschaft. Als politische Bewegung organisierten sich konservative Jurastudierende in den späten 1960 und protestierten gegen den zunehmenden Einfluss linker Parteien in universitäre Angelegenheiten (vgl. Bauer 1998: 14).

³¹ Unter „Zwischengruppen“ verstanden die *gremialistas* eine Gruppe zwischen Staat und Individuum, die frei von politischen Einfluss wäre.

wiederum von weiten Teilen der Nationalisten und gremialistas bevorzugt wurde. In einem Dokument mit dem Namen „*el ladrillo*“ (der Ziegelstein) hatten sie Anfang der 1970er Jahre – also noch zu Zeiten der Regierung von Salvador Allende - ihr Programm für Chiles Weg in die freie Marktwirtschaft formuliert. Nach dem Putsch von 1973 diente dieses Dokument als Basis für die künftige Wirtschaftspolitik der Militärjunta³². In *el ladrillo* ist die Handschrift Milton Friedmans und Friedrich August von Hayeks erkennbar: Als höchstes gesellschaftliches und wirtschaftliches Prinzip gilt die individuelle Freiheit. Nur der freie Markt sicherte, mit seinen objektiven Regeln auch politische Freiheit. Demgegenüber führen staatliche Interventionen nur zu Sonderregelungen und Förderung von Partikularinteressen (vgl. ebd. 16)

Grundpfeiler der Verfassung

Die Grundpfeiler der Verfassung von 1980 sind: a) die Ausweitung der privatwirtschaftlichen Rechte und Freiheiten, b) die Beschränkung staatlicher Wirtschaftsaktivitäten und Steuerungsmacht sowie c) die Stärkung der Macht von Gerichtshöfen und deren Prinzipien (vgl. ebd: 12). Entsprechend meinem Untersuchungsgegenstand konzentriere ich mich in der folgenden detaillierten Betrachtung auf das in der Verfassung verankerte Wirtschaftsmodell. Im Fokus stehen dabei jene rechtlichen Bestimmungen, welche die ökonomischen Sphären der Privaten und des Staates betreffen (*orden público económico*). Den Kern bilden vor allem die Absätze 21 bis 26 des Artikels 19. Zusammen mit Artikel 1 wird in ihnen das Subsidiaritätsprinzip deutlich.

Art. 19, Absatz 21 garantiert ökonomische Freiheit als objektives Gesetz: „Das Recht zur Ausübung sämtlicher ökonomischer Aktivitäten, welche weder gegen die Moral, die öffentliche Ordnung, noch die nationalen Sicherheit verstoßen.“ (Verfassung Chile 1980: Art. 19/21 eigene Übersetzung)

Die Freiheit des privaten Sektors ist zusätzlich in Artikel 1, unter der Autonomie der *grupos intermedios*, verankert. Demgegenüber sind die wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates eingeschränkt: „Der Staat und seine Organe dürfen wirtschaftliche Aktivitäten nur dann ausführen oder an ihnen teilnehmen, wenn eine qualifizierte Mehrheit (*quórum calificado*) sie dazu autorisiert.“ (Verfassung Chile 1980: Art. 1 Übersetzung durch den Verfasser) Ist das der Fall, dürfen öffentliche Stellen nicht privilegiert werden und müssen unter gleichen Bedingungen mit

³² Viele Neoliberale wurden Teil des Wirtschaftsteams um Pinochets.

privaten Unternehmen konkurrieren.

Artikel 19 Absatz 22 untersagt dem Staat „willkürliche Diskriminierung“ in wirtschaftlichen Belangen. (vgl. ebd: Art. 12/ 22 Übersetzung durch den Verfasser)

In Artikel 19 Absatz 23 ist das Recht zur Aneignung von Privateigentum geregelt. Hinter diesem Recht verbirgt sich die Absicht, das staatliche Eigentum an bestimmten öffentlichen Ressourcen einzuschränken. (vgl. Bauer 1998: 17)

Artikel 19 Absatz 24 konkretisiert dies und garantiert Eigentumsrechte „auf vielseitige Weise über alle Arten von materiellen oder immateriellen Gütern“ (Verfassung Chile 1980: Art. 12/ 24 Übersetzung durch den Verfasser). Interessant daran ist, dass dadurch zwar private Eigentumsrechte ausgeweitet und verstärkt werden, allerdings auf ihre „soziale Funktion“³³ verpflichtet bleiben.

Artikel 19 Absatz 25 behandelt geistige Eigentumsrechte, Urheberrechte, Patente und garantiert deren Bestand.

Die Formulierungen in Absatz 26 setzen der Legislative Grenzen und determinieren eine offene Garantie: künftige gesetzliche Beschränkungen und Regulierungen „dürfen die Essenz der Rechte nicht angreifen, geschweige denn Bedingungen, Steuern oder Anforderungen auferlegen, die deren freie Ausübung hindern könnten“ (ebd. Art. 19/ 26 Übersetzung durch den Verfasser) Diese Bestimmung wurde hinzugefügt, um künftigen Gesetzgebern, die Hände bei der Schaffung bzw. Änderung von Rechtsnormen zu binden. (vgl. Bauer 1998: 18)

Insgesamt strukturiert die Verfassung von 1980 die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen eines marktwirtschaftlichen Modells, das auf privatem Eigentum basiert, kombiniert mit einem autoritären, paternalistischen Staat, dessen wirtschaftliche Macht und legislative Regulierungsmöglichkeiten eingeschränkt wurden. Sie stellt das verdichtete politische Kräfteverhältnis zu Zeiten der Diktatur dar. Dies bedeutet zwar nicht, dass sich ihre Inhalte automatisch in spezifische Politikfelder übertragen und sie in alle Ewigkeit determinieren. Doch formt die Verfassung wesentlich die Gestaltung der öffentlichen Ressourcenpolicy, wie in weiterer Folge nachgewiesen werden kann.

³³ Im Jahr 1967 hatte die Regierung von Eduardo Frei die Eigentumsklausel der Verfassung von 1925 geändert um die noch im selben Jahr verabschiedete Agrarreform durchführen zu können. Der Artikel deklarierte fortan eine „soziale Funktion“ der Verfassung, die eine Verteilung des Eigentums innerhalb der Gesellschaft vorsieht. Dies ermöglichte der Regierung: die Entschädigung der enteigneten Landbesitzer durch die Ausgabe von langfristigen Anleihen hinauszuschieben. Die Verfassung von 1980 definierte diese sogenannte „soziale Funktion“ um, indem sie den Verteilungscharakter von Privateigentum eliminierte und durch ein „allgemeines Interesse der Nation, nationale Sicherheit, öffentlichen Nutzen und Gesundheit, und der Konservierung des Umwelterbes“ ersetzte. (vgl. Bauer 1998: 17-18)

5. Nexus Wasser und Energie

„Tu te das cuenta, que todo el sistema constitucional y juridico esta orientado para la captura cooperativa del nexo agua, energia, mineria- una tesis mia pero me parece que es bastante correcta”³⁴
(I-3 Juan Pablo Orrego)

In diesem Kapitel werde ich untersuchen, wie sich der Staat, durch Eingriffe in die Verwendung oder Bereitstellung von Ressourcen, Natur aneignet. Den Fokus bildet die Wasserkraftentwicklung Chiles. Diese wird allgemein über den Bereich der Ressourcenpolitik und konkret über sektorale Gesetze (Wassergesetz, Elektrizitätsgesetz) reguliert.

Mithilfe einer historisch-materialistischen Perspektive werden policies nicht als Ergebnis sozio-ökonomischer Prozesse und sozialer Klassenverhältnisse betrachtet, sondern als Teil von Kämpfen zwischen sektoralen Kräften.

Ziel dieses Kapitels ist es, zu zeigen, welche konkrete Form die Verdichtung der sektoralen Kräfteverhältnisse angenommen hat und wie sich diese policies auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auswirken.

Meine These lautet, dass das Ergebnis der sektoralen Kräfteverhältnisse ein Kompromiss in Form eines Inwertsetzungsparadigmas ist. Dieser Kompromiss verdichtet sich in den Staatsapparaten und formt die Gestaltung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen.

³⁴ „Es wird deutlich, dass das ganze konstitutionelle und juristische System sich an der Verbindung im kooperativen Fang Wasser-Energie-Berbau befindet. Eine These von mir, die mir äußerst zutreffend erscheint.“ (Übersetzung durch den Verfasser)

5.1 Wasserkraftentwicklung in Chile

Carl Bauer, Associate Professor and Faculty Associate am Forschungszentrum für Wasserressourcen des Instituts für Geografie an der University of Arizona, beschreibt 3 historische Phasen der Entwicklung der Wasserkraftnutzung in Chile: a) von 1940 bis 1960 b) von 1960 bis 1990 und c) von 1990 bis heute. Generell lässt sich darlegen, dass die Gewinnung von Elektrizität aus Wasserkraft sich fortlaufend regional ausdehnt und sich dabei von der Mitte Chiles ausgehend, in den Süden bewegt.

Phase 1: 1940-1960

Die chilenische Regierung gründete 1943 die nationale Elektrizitätsgesellschaft ENDESA³⁵. Und betraute sie mit der Ausführung eines langfristigen, nationalen Entwicklungsplans. Dieser Elektrizitätsplan für Chile baute vor allem auf die Nutzung von Wasserkraft auf und förderte die Errichtung eines Elektrizitätsnetzes (Sistema Interconectado Central, kurz: SIC), das ganz Chile versorgen sollte. Die größten Wasserkraftressourcen liegen im Süden des Landes, während 90 % der Bevölkerung in den zentralen Regionen leben. Am Anfang stand die Errichtung kleiner bis mittelgroßer Kraftwerke an den Flüssen Maule und Laja im südlichen Zentrum und der Ausbau des nationalen Elektrizitätsnetzes. (vgl. ebd. 610-612)

Phase 2: 1960-1980

Die zweite Phase kennzeichnet der Bau der großen Wasserkraftwerke, die den steigenden Bedarf an Elektrizität im Land decken sollten. Sie wurden, wie in den Jahren zuvor entlang von Flüssen im Zentrum des Landes errichtet. Der Süden Chiles (speziell Patagonien) blieb bis dahin unberührt. Zusätzlich baute ENDESA neben den Wasserkraftwerken auch thermoelektrische Kraftwerke. Das Verhältnis zwischen Energie aus Wasserkraft und Thermoelektrizität betrug in diesen Jahren 70 % (Wasser) zu 30 % (Thermo). Das nationale Elektrizitätsnetz deckte 75 % der nationalen Kapazität ab. Den Rest besorgte ein separates Stromnetz im Norden (Sistema Interconectado del Norte Grande, kurz SING). (vgl. ebd. 613)

³⁵ ENDESA war Teil der nationalen Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft CORFO (Corporación de Fomento de la Producción), die 1939 gegründet worden war und die darauffolgenden Jahre die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wesentlich geprägt hat.

Phase 3: 1980 - heute

Die dritte Phase fällt in die Zeit der Militärdiktatur Augusto Pinochets (1973-1990). Mit Beginn der 1980er Jahre verzeichnete das Land einen starken wirtschaftlichen Aufschwung, durch den auch der Energiebedarf anstieg. Begünstigt durch institutionelle Umstrukturierungen (siehe Elektrizitätsgesetz im übernächsten Kapitel) folgte eine rasante Entwicklung auf dem Elektrizitätssektor. Sowohl der Wasserkraft- als auch der thermoelektrische Sektor wuchsen. Während der 1990er Jahre verdoppelte sich die Wasserkraftkapazität. Die thermale verdreifachte sich sogar. Bis zum Jahr 2000 errichtete ENDESA gemeinsam mit anderen Elektrizitätsfirmen 15 neue Wasserkraftwerke von der Hauptstadt Santiago bis weit in den Süden des Landes, entlang des zentralen Stromnetzes. In diese Zeit fällt auch die Errichtung der umstrittenen Wasserkraftwerke Pangué und Ralco am Fluss Bío Bío, die heftige Proteste betreffend die Natur und indigene Rechte auslösten. Nachdem diese Energiequellen 2002 zunächst reduziert wurden, wird nun in Chile wieder vermehrt auf den Ausbau der Nutzung von Wasserkraft gesetzt (vgl. ebd. 614-615).

Wasserkraft besteht aus den zwei Ressourcen Wasser und Elektrizität, welche zusammengeführt werden. Insofern interveniert der Staat im Rahmen der Ressourcenpolitik sowohl im Wasser- als auch im Elektrizitätssektor. In weiterer Folge interessiert mich zunächst die Analyse staatlicher Regulation von Wasser durch das Wassergesetz von 1981.

5.2 Código de Aguas 1981 als Aneignungs- und Nutzungskonflikt

Ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Verfassung (1980) wurde das Wassergesetz von 1981 verabschiedet. Im Jahr 2005 wurden einige Artikel geändert, die wesentlichen Bestimmungen blieben jedoch unangetastet³⁶. Die historische Entwicklung der Wassergesetzgebung³⁷ in Chile beschreibt Bauer mit der Metapher des Pendelgesetzes. Das Wassergesetz von 1981 (unter der Militärjunta) schaukelte das Pendel weg von der staatlich regulierten Politik der vorangehenden Jahre (die in der Agrarreform von 1967 ihren Höhepunkt fand) hin zu marktwirtschaftlichen Merkmalen: Stärkung des privaten Eigentums, Steigerung des privaten Anteils an der Wassernutzung und die Begünstigung freier Märkte hinsichtlich der Wasserrechte. Als Folge dessen reduzierte sich der staatliche Einfluss innerhalb der Wasserwirtschaft erheblich (vgl. Bauer 1998:

³⁶ Auf jene Artikel die Änderungen unterlagen, wird in der jeweiligen Fußnote hingewiesen.

³⁷ Zum historischen Hintergrund der Wassergesetzgebung siehe Bauer 1998: 36-44.

33).

Die widersprüchlichen polit-ökonomischen Kräfteverhältnisse der Entstehungszeit schlugen sich im Wassergesetz von 1981 deutlich nieder: Konsens bestand zwischen allen Beteiligten lediglich in der Stärkung der privaten Eigentumsrechte an Wasser. Wie weit diese jedoch gehen und vor allem in welchem Ausmaß sie sich an der Doktrin der freien Marktdoktrin orientieren sollten, sorgte für Konfliktstoff; auch was den generell den Einfluss neoliberaler Inhalten anbelangte: „In this sense the conflict over water rights mirrored the deeper conflict within the government over neoliberal policies in general“ (ebd.). Während neoliberale Kräfte auf die Anwendung eines komplett freien Marktmodells pochten, standen die konservativen Sektoren des Militärs (speziell des Landwirtschaftssektors) diesem Vorhaben ablehnend gegenüber. Diesen Konflikt spiegeln auch die wesentlichen Ziele des *codigo de aguas 1981* wieder. In puncto Einführung von privaten Eigentumsrechten mit erhöhter Rechtssicherheit und gleichzeitiger Begrenzung des staatlichen Regulationsspielraumes stimmten konservative Gruppen (wieder überwiegend aus dem Agrarbereich) der von neoliberalen Ökonomen vorgebrachten Forderung zu. Die Agrarlobby erhoffte sich dadurch eine Steigerung der Investitionen in Bewässerungsanlagen und Belebung der unproduktiven Kanalbranche. Während die Neoliberalen auf eine vollständige Angliederung an die Märkte pochten, stemmten sich die Konservativen gegen einen solchen. Anhand dieser Diskussion lässt sich der konkrete Charakter der Wassergesetzgebung ablesen.

An dieser Diskussion lässt sich der Kompromiss zwischen neoliberalen Ökonomen und deren konservativen Gegenspielern erkennen: Formal gesehen erklärt das neue Gesetz Wasserressourcen zum öffentlichen Eigentum, das aber aufgrund von staatlich zu vergebenden Wasserrechten privat genutzt werden darf.

Im bürgerlichen Gesetzbuch wurden Gewässer ab 1855 als nationales Eigentum zum öffentlichen Gebrauch deklariert und durften weder veräußert noch anderswie in privatwirtschaftliche Nutzung überführt werden. Dessen ungeachtet stärkte das Wassergesetz von 1980 die private Kontrolle über Nutzungsrechte und schwächte den staatlichen Einflussbereich: Zum ersten Mal in der Geschichte Chiles wurden Wassernutzungsrechte komplett vom Landbesitz gekoppelt.³⁸ In Folge dessen konnte die Nutzung von frei auf dem Markt gekauft, verkauft, belehnt und - so wie Immobilien - übertragen werden. Dieser Schritt legte den Grundstein für die Inwertsetzung von Wasser. Es wird kommodifiziert und zur Ware. Und der Código de Aguas schuf auch noch zwei Kategorien von Nutzungsrechten: verbrauchende (*consuntivos*) und nicht-verbrauchende (*non-consuntivos*). Der Unterschied besteht darin, ob das Wasser nach seiner Nutzung wieder in das Gewässer eingebracht

³⁸ Das heißt, dass unabhängig davon, ob man das Stück Land auf dem das Wasser fließt besitzt, Wasser kommerziell nach marktwirtschaftlichen Kriterien veräußert werden darf. Diese Regelung geht auf das Gesetzesdekret 2.603 zurück. (vgl. Bauer 1998: 42 ff.)

wird oder nicht. Bei verbrauchenden Nutzungsrechten ist dies nicht der Fall, bei nicht-verbrauchenden (zumeist) schon (vgl. Larrain 2010: 18).

Im Folgenden zeige ich, dass die Inwertsetzung von Natur den strukturellen Rahmen bildet, innerhalb dessen Konflikte um die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in Chile ausgetragen werden.

Der freie Wettbewerb zwischen den Akteuren und den unterschiedlichen Arten der Nutzung führte zu einer starken Konzentration des Eigentums an Wassernutzungsrechten im Bergbau- und Elektrizitätssektors, den beiden stärksten Wirtschaftsbereichen, die gemeinhin als „Motoren“ der nationalen ökonomischen Entwicklung bezeichnet werden, und zu zunehmenden Einschränkungen des Zugangs zu Wasser für die Mehrheit der Bevölkerung.

Die Wassernutzungsrechte³⁹ werden durch die staatliche Wasserbehörde (Dirección General de Aguas, DGA) gebührenfrei vergeben (immer dann, wenn Wasser physikalisch und legal verfügbar ist). Einmal vergeben, gelten sie ungeachtet ihrer tatsächlichen Verwendung auf unbestimmte Zeit und großteils kostenlos⁴⁰. Rechtlich sind diese privaten Wasserschutzrechte – wie erwähnt - durch die Verfassung abgesichert⁴¹. Die DGA (die im Infrastrukturministerium angesiedelt ist) besitzt weder ausreichende Entscheidungskompetenz die Art der Wassernutzung festzulegen⁴² noch die Machtbefugnis, einen Konflikt zwischen einzelnen Wassernutzer_innen zu lösen. Die Aufgabe der Konfliktlösung übernehmen gewöhnlich die Gerichte. Die DGA erfüllt lediglich technische sowie administrative Funktionen (Inspektion von Projekten, Studien, Politikberatung etc.). Die schwache regulative Rolle ermöglicht zudem die Spekulation mit Wasserrechten.

Da fast alle Entscheidungen über die Art und Weise der Nutzung von den jeweiligen Wasserrechtsinhaber_innen selbst getroffen werden können, kommt den Eigentumsrechten die zentrale Rolle zu: Sie formen nicht nur die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern

³⁹ In der Verfassung von 1980 werden die privaten Eigentumsrechte an Wasser geschützt. (vgl. Constitución 1980: Art. 19, Nr. 24.)

⁴⁰ Diese Bestimmung wurde im Zuge der Reform von 2005 geändert: Seither müssen für die Nicht-Nutzung von Wasserrechten Gebühren an die staatliche Wasserbehörde entrichtet werden. (vgl. Larrain 2010: 40)

⁴¹ „Die Rechte betreffend Gewässern, durch die Verfassung anerkannt oder konstituiert, verleihen ihren Inhaber_innen das Eigentum an ihnen.“ (Constitución 1980: Art. 19 Absatz 24 Übersetzung durch den Verfasser).

⁴² Fast alle Entscheidungen bezüglich der Nutzung von Wasser werden von den individuellen Wasserrechtsinhabern selbst getroffen. Die DGA kann bestehende Wasserrechte weder annullieren noch die Art ihres Gebrauchs beschränken (mit Ausnahme einer Enteignung durch die Berufung auf die Verfassung). (vgl. Bauer 1998: 35, 2009: 597 f.)

„determine how people use, control, and allocate natural resources; they reflect legal, social, political, economic, and historic factors; they both determine and reflect the distribution of costs and benefits of resource use- that is, who gains and who loses; and they establish the rules of the game for markets and other economic activities.“ (Bauer 2009: 594)

Betrachtet man das nun unter Maßgabe der in dieser Arbeit bereits ausgeführten theoretischen Überlegungen zum Konzept des politicized environment, kommt man zu dem Schluss, dass die Eigentümer_innen von Nutzungsrechten nicht nur Kontrolle (Macht) über ihre eigene Umwelt ausüben, sondern auch über die der anderen.

Den größten Anteil an verbrauchenden Wassernutzungsrechten halten die exportierenden Sektoren, neben der Agrarindustrie ist das der Bergbau. Dieser erlebt seit den frühen 1980er Jahren einen regelrechten Boom. Im Zeitraum 1980 bis 2000 wurde die jährliche Produktion von Kupfer verfünffacht. Dieses enorme Wachstum der Kupferförderung liegt laut dem Historiker und Umweltforscher Mauricio Forchi (2003) an der Zunahme von großen privatwirtschaftlich - hauptsächlich transnationalen - Bergbauprojekten. Ermöglicht hat das die institutionelle Umstrukturierung, also die unter der Militärdiktatur durchgeführten strukturellen Änderungen der Verfassung und der sektoralen Gesetze. (vgl. ebd 24)

Neben der Art des Produktivsektors existiert ein Zusammenhang zwischen Wassernutzungsrechten und Regionen. Die Konzentration des Bergbausektors im Norden des Landes führte zur Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen (Landwirtschaft, Viehzucht) vieler lokaler und indigener Ortschaften und zwang viele Menschen durch den Entzug ihrer Existenzgrundlage, in größere Städte zu ziehen. In der Mitte des Landes werden lokale Ortschaften und Landwirt_innen durch die Nutzungsrechte der Agrarindustrie geschädigt, und im Süden verursachen Zellulosefabriken Wasserknappheit. (vgl. Larrain 2010: 20 und 38)

Den Löwenanteil an nicht-verbrauchenden Wassernutzungsrechten hält der Elektrizitätssektor. Er wird von drei Firmen dominiert: neben der transnationalen ENDESA gehören dazu die US-amerikanische AES-GENER (Compañía General Industrial, Chilgener S. A.) und die chilenische Colbún (Hidroeléctrica Guardia Vieja), die sich im Eigentum der einflussreichen Matte Unternehmensgruppe befindet (siehe Skizze 1).

Principales propietarios de los derechos de agua para uso no consuntivo

USUARIOS	SECTOR	CAUDAL	% DEL TOTAL
Endesa	Energía	6.256	81%
Compañía General Industrial	Industria	370	4,80%
Chilgener S. A.	Energía	320	4,16%
Pehuenche	Energía	188	2,40%
Fisco Riego	Estatad	107	1,39%
Jorge Wachhoitz B., CMPC	Celulosa	100	1,30%
Enrique Rettig	s/i	90	1,17%
Codelco Chile	Estatad Minería	77	1%
Unión Nacional de Coop. Exportadoras de Algas	Pesca	54	0,70%
Hidroeléctrica Guardia Vieja	Energía	46	0,59%
Chilectra	Energía	45	0,58%
Sociedad Austral de Electricidad	Energía	30	0,39%
TOTAL		7.683	100%

Skizze 1: Eigentümer_innen von Wassernutzungsrechten

(Quelle: DGA 1999, zit. nach Larrain 2011)

Diese quasi Monopolstellung ist auf die Privatisierung der vormals staatlichen ENDESA Ende der 1980er Jahre zurückzuführen, im Zuge derer zum einen gleichzeitig alle Wassernutzungsrechte an private Investoren verkauft wurden und zum anderen verabsäumt wurde, sich Nutzungsrechte zu sichern. Die Konsequenz war, dass sich viele Insider Nutzungsrechte um wenig Geld sicherten und für spätere Verwendung (Nutzung oder Verkauf) zurückhielten. In der Folge entwickelte sich die Spekulation mit diesen Rechten: Die Tatsache, dass in den Bestimmungen über die Verleihung der Nutzungsrechte keine Pflicht zur ihrer Benutzung vorgesehen war und die Eigentümer_innen keine Abgaben dafür zahlen mussten, trieb die Preise in die Höhe.

Ein drittes Problem, das durch die Schaffung von nicht-verbrauchenden Nutzungsrechten entstand, waren Konflikte zwischen lokalen Gemeinschaften und Elektrizitätsfirmen stromab- und -aufwärts. In einigen Fällen wurde nicht klar geregelt, ob es sich um verbrauchende oder nicht-verbrauchende Rechte handelt. Während Elektrizitätsfirmen das Wasser während der Sommermonate speichern wollten, um den hohen Energiebedarf im Winter decken zu können, benötigten viele Bauern das Wasser gerade in den heißen Sommermonaten zur Bewässerung ihrer Äcker.⁴³ (vgl. Bauer 2009: 602-603)

⁴³ In vielen Fällen wurde zugunsten der Elektrizitätsfirmen entschieden (vgl. Bauer 2009).

5.3 Ley de Servicio General de Electricidad 1982 als sozio-territorialer Konflikt

Das Elektrizitätsgesetz von 1982 ist zwar marktorientiert, aber – und hiermit unterscheidet es sich vom Wassergesetz von 1981 – stärker regulierend. Bauer (2009) führt dies auf die besonderen Merkmale der Technologie der Elektrizität zurück, die er als komplex, gefährlich und kapitalintensiv einstuft. Aufgrund dieser Merkmale, so Bauer, seien zum Funktionieren des gesamten Elektrizitätssystems rechtliche Rahmenbedingungen notwendig. So weist das Elektrizitätsgesetz im Unterschied zum Wassergesetz andere Eigenschaften auf:

„innovative policies to promote market forces and private enterprise, tied to legal and institutional arrangements in which government regulation is key, especially in setting some prices.“ (ebd. 16)

Die zwei zentralen Prinzipien des Gesetzes sind:

a) Der Markt bestimmt die Auswahl der Ressourcen auf Basis der Kosten von Produktion und Distribution der Elektrizität. Dabei sollen die Preise den Marktregeln (Angebot-Nachfrage) entsprechen und nicht von politischen Entscheidungen beeinflusst werden (Im Ergebnis entspricht das einer Angebotsorientierung statt Bedarfsorientierung).

b) Das Gesetz soll Anreiz für private Investitionen schaffen, die das bestehende System ausbauen und somit die Notwendigkeit von staatlichem Eingreifen verhindern sollen. (vgl. Bauer 2009: 16)

Diese zwei Prinzipien werden – je nach Grad der Regulierung - in den drei Subsektoren *Erzeugung*, *Übertragung* und *Verteilung* angewandt⁴⁴. Während die Erzeugung rein marktwirtschaftlichen Kriterien und dem Wettbewerb unterliegt, finden nur mehr in den Sektoren Übertragung und Verteilung staatliche Eingriffe statt. Diese beschränken sich allerdings auf „generelle Regulationsfunktionen, Kontrollmaßnahmen und Planung von Investments“ (CCTP 2011: 30).

Das Elektrizitätsgesetz schuf die Bedingungen dafür, dass die Kosten für die Erzeugung von Energie im zentralen Elektrizitätsnetz (SIC) auf längere Sicht sanken (Energie aus Wasserkraft ist

⁴⁴ Aufgrund der verschiedenen ökonomischen Eigenschaften dieser Sektoren, kann jeder einzelne flexibel in bestimmtem Grade reguliert oder dereguliert werden. International gesehen war dieser Ansatz 1983 neu. Fast alle anderen Staaten führten und regulierten ihren Elektrizitätssektor nach einem vertikal integrierten System. (vgl. Bauer 2009: 618)

von allen Formen der Energiegewinnung die billigste).

Das neue Preis- und Marktsystem ging mit der Schaffung einer institutionellen Regulierung einher. Im Zuge dieser wurden die, vormals in der Hand der staatlichen Elektrizitätsunternehmen (ENDESA) gelegenen, Aufgaben und Befugnisse auf drei neue Institutionen übertragen und aufgeteilt: die nationale Energiekommission (Comisión Nacional de Energía, kurz: CNE); die Aufsichtsbehörde für Elektrizität und Treibstoff (SEC); und das Lieferzentrum für wirtschaftliche Fracht (CDEC). (vgl. Bauer: 18)

Die im Wirtschaftsministerium untergebrachte CNE initiiert neue Regeln und Policies, gibt wissenschaftliche Studien heraus, legt bestimmte Preise fest und bearbeitet diverse Konflikte. Allerdings besitzt sie keinerlei Machtbefugnis über die Vorhaben oder Investments privater Firmen. Dagegen fungiert die SEC als Interventionsarm der Regierung und ist verantwortlich für die Überwachung der gesetzlichen Vorgaben für Elektrizitätsfirmen. Sie kann gegebenenfalls Bußgeld verhängen. Das CDEC betreibt das zentrale Elektrizitätsnetz SIC. Es ist keine staatliche Behörde, sondern lässt sich, mit den Worten Bauers, als autonome, öffentlich/private „Hybridorganisation“ beschreiben. (vgl. ebd 18).⁴⁵

Sowohl im regulierten als auch unregulierten Elektrizitätsmarkt kommt es zu Transaktionen zwischen Erzeuger- und Verteilerunternehmen (letzteres liefert den Strom an den Endnutzer).

Im unregulierten Markt dominieren die großen Verbraucher, wie Bergbau, Industrie und Infrastruktur. Nach dem Gesetz von 1982 gilt als „großer Verbraucher“ wer eine Menge ab 2 MW im Jahr konsumiert. Diese Verbraucher verhandeln den Preis direkt mit den Erzeugern.

Auf dem regulierten Markt dagegen existieren regulierte Preise (*precios de nudo*). Diese werden von der CNE festgesetzt und geben an, wie viel ein Erzeuger vom Verteiler verlangen darf.

Die Position der CNE spielt eine entscheidende Rolle: Zwar übt sie in bestimmten Bereichen Macht aus (wie z.B. durch das erwähnte Festsetzen der regulierten Preise), ihre Einflussmöglichkeiten bleiben aber generell betrachtet beschränkt. So z.B. auch auf die Entstehung neuer Projekte im Bereich der Energieerzeugung. Trotz der von ihr erstellten offiziellen Liste an geplanten Projekten (*plan de obras*), haben private Konzerne freie Hand darüber zu entscheiden, wann diese verwirklicht, oder ob sie lieber andere (nicht auf der Liste stehende) realisieren. „*These are strategic corporate decisions and are an important part of companies' political leverage over the government.*“ (vgl. ebd. 620).

⁴⁵ Seine Direktoren vertreten die dominanten Elektrizitätsfirmen.

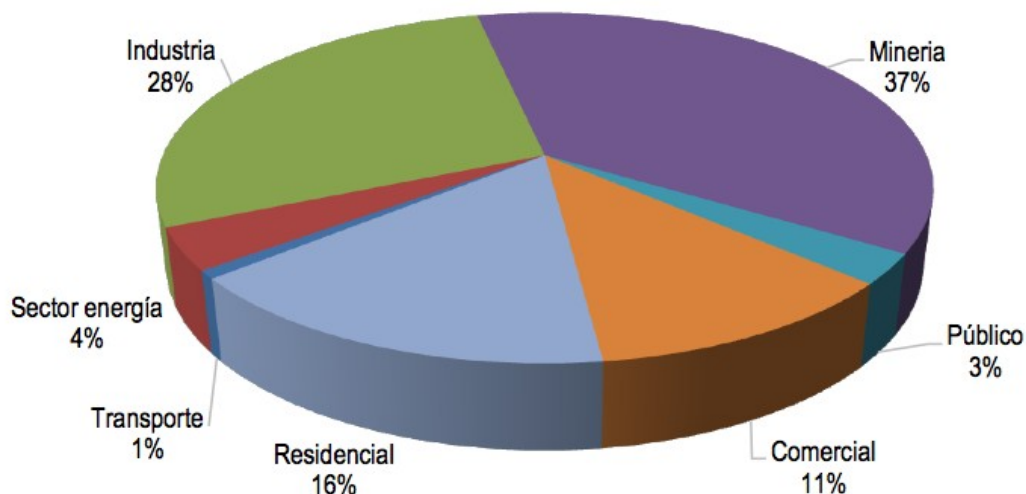
Zusammenfassend lassen sich folgende Aussagen zur Beziehung zwischen Wasser- und Elektrizitätssektor treffen:

1) Es besteht eine starke Orientierung innerhalb des Elektrizitätssystems auf die Ressource Wasser. Insgesamt 35 % der gesamten Energieproduktion und somit der größte Anteil wird aus Wasserkraft gewonnen. Der überwiegende Teil des gesamten Energievolumens wird zudem durch die dominanten Wirtschaftssektoren Bergbau (37 %) und Industrie (28 %) bezogen, während der Haushaltssektor nur ein Sechstel (16 %) des Gesamtvolumens konsumiert (vgl. CCTP: 34 , Borquez 2011, GTZ 2011, siehe Skizze 2). Allein der Kupferexport ins Ausland machte im Jahr 2010 58% der Gesamtexporte aus. Es besteht also nicht nur ein Zusammenhang zwischen Elektrizitätssystem und Wasser, sondern darüber hinaus zwischen Energieverbrauch und dem nationalen (neo-desarrollistischen) Wirtschaftsmodell. Insofern lässt sich mit Svampa (siehe Einleitung) argumentieren, dass große Infrastrukturprojekte, wie Wasserkraftwerke, hauptsächlich der Energie für den Abbau von natürlichen Ressourcen dienlich sind und als Teil von extraktivistischen Tätigkeiten verstanden werden können.

Wie stark der Elektrizitätskonsum mit dem extraktivistischen Wirtschaftsmodell zusammenhängt, zeigt sich anhand der Entwicklung des PIB zum Energieverbrauch (siehe Skizze 3).

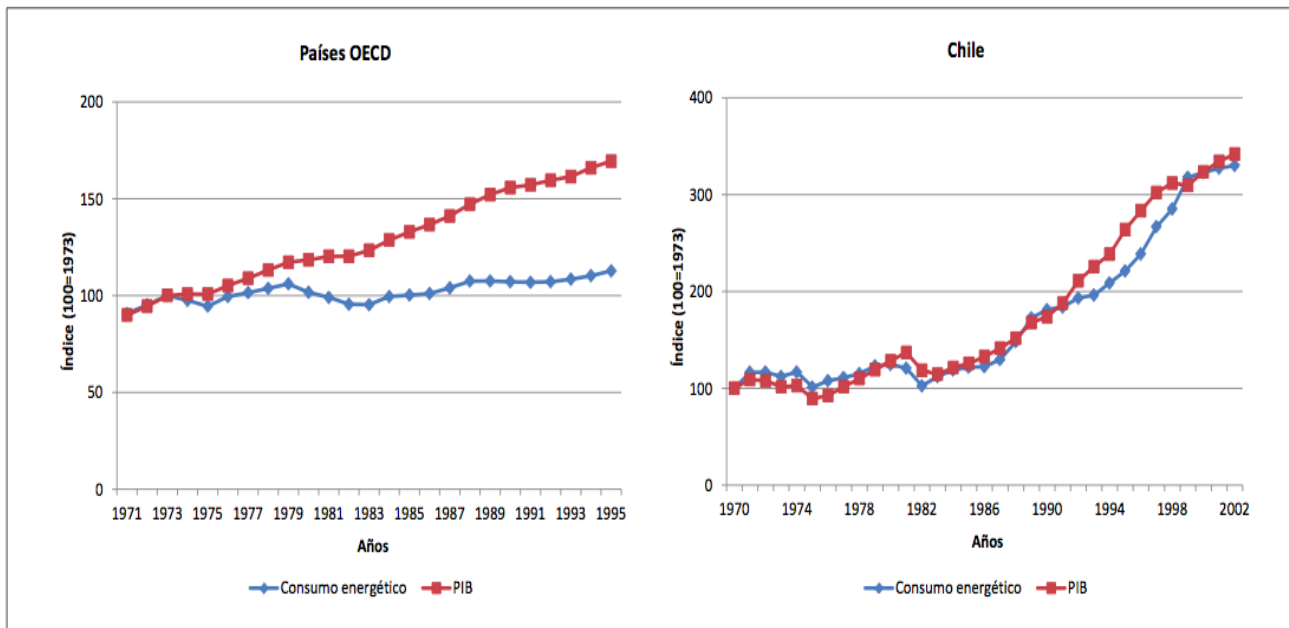
Figura N° 3. Consumo eléctrico total por sector en 2009

Cifras en % sobre consumo final de 48.201 Tcal.



Skizze 2: Elektrizitätskonsum nach Wirtschaftssektoren 2009

(Quelle: Ministerio de Energía, zit. nach Bórquez 2011)



Skizze 3: Elektrizitätskonsum zum PIB

(Quelle: PPEE 2005 und Chile Sustentable 2005, zit. nach CCTP 2011)

- 2) Chile fehlt ein nachhaltiges Wassermanagement. Trotz oder gerade wegen der intensiven Nutzung von Wasser als Ressource und der damit verbundenen Auswirkungen auf ökologische und soziale Aspekte, finden sich keine Bestimmungen über eine ökologisch verträgliche Nutzung von Wasser.

Die im Zuge der Privatisierung in den 80er Jahren geschaffenen Vorteile für die privaten Investor_innen wurden auch nach Beendigung der Diktatur vom neuen demokratisch gewählten Bündnis Concertación nicht angetastet. Erst im Jahr 2000 initiierte die nationale Energiekommission eine ambitionierte Reform (ley larga 19.613), die es zum Ziel hatte die hohe Konzentration an privatem Eigentum im Energiesektor stärker zu regulieren. Aufgrund des großen Widerstands der Opposition, privater Interessen und der verfassungsmäßigen Nonkonformität einiger Passagen musste dieses Gesetz von der Regierung Lagos zurückgenommen werden. 2003 wagte die Regierung einen neuerlichen Anlauf und versuchte eine abgespeckte Version der Reform (ley corta 19.613) im Parlament zu beschließen. Der neue Gesetzesvorschlag sorgte für eine zwei Jahre andauernde Debatte, in der private Elektrizitätsunternehmen mittels Lobbying Einfluss auf den policy-Making Prozess nahmen. Der Konflikt innerhalb dieses Prozesses drehte sich vor allem um die Frage, wer die Kosten für die Übertragung der Elektrizität übernehmen sollte und wurde vor dem Hintergrund der nationalen Energiestrategie diskutiert. Es galt vor allem eine Antwort darauf zu

finden, woher die Energie für die Zukunft stammen solle. Das Gesetz wurde schließlich 2004 beschlossen und schaffte neue Anreize für private Investments in das Übertragungsnetz und in die Elektrizitätserzeugung. (vgl. Bauer 2009: 636-637)

Aufgrund der ausgebliebenen Investitionen in neue Infrastruktur und in Folge der argentinischen Beschränkungen beim Export von Erdgas, wurde bereits ein Jahr später, 2005, eine zweite Änderung des Elektrizitätsgesetzes beschlossen (ley corta II 20.018). Mit diesem Gesetz wurden „die Grundlagen zur weiteren Entwicklung des Energiesektors durch regulatorische und ökonomische Anreize für Privatinvestoren von Erzeugungsanlagen gelegt“ (GTZ 2007: 7). Dies sorgte dafür, dass bis 2007 sechzig neue Erzeugungsprojekte mit einem Investitionsvolumen von 12 Mrd. US\$ bekundet wurden (vgl. ebd.). Zu einem Großteil entstanden diese Projekte im Wasserkraftsektor. Nachdem das neue Gesetz in Kraft getreten war, begann ENDESA mit den Plänen für die Errichtung mehrerer Wasserkraftwerke im wasserreichen Süden Chiles, dem chilenischen Patagonien. Diese Re-skalierung der nationalen Ressourcenpolitik ist auch der Grund für die Entstehung eines neuen Konflikts.

Die Grundlage für sozio-territoriale Konflikte bildet die ungleiche Verteilung zwischen ökologischen Kosten und ökonomischen Erträgen von Umwelteingriffen auf verschiedene soziale Gruppen und Orte. Das Konzept des *environmental justice* eignet sich als analytischer Rahmen, um diese ungleiche Verteilung festzustellen. „Umweltgerechtigkeit“ wird diesem Konzept nach verstanden als

„the fair treatment and meaningful involvement of all people regardless of race, color, sex, national origin, or income with respect to the development, implementation and enforcement of environmental laws, regulation, and policies.“

(Miller/ Tyler 2003: G5)

Eine ungleiche Verteilung zwischen ökologischen Kosten und ökonomischen Erträgen kann sich auch in räumlicher Hinsicht (Scales) bemerkbar machen, indem die Kosten von Umwelteingriffen zum überwiegenden Teil von lokalen Gruppen getragen werden müssen.⁴⁶

⁴⁶ Ein Beispiel dafür ist die Ortschaft Puchucanvi in der Region Valparaíso, in der in letzter Zeit vermehrt Umwelt- und Gesundheitsprobleme beklagt wurden. Als möglicher Grund gelten die von der regionalen Energie- und Bergbauindustrie der Region verursachten Schadstoffe.

Die zwei relevanten Elemente von environmental justice sind: Verteilungsgerechtigkeit und Partizipationsgerechtigkeit. Im Gegensatz zur klassischen Rechtstheorie richtet sich ihr Fokus auf Gruppen bzw. Kollektive und weniger auf Individuen (vgl. Herve 2010: 22).

Es stellt sich nun die Frage, wie sich das chilenische System der Umweltverträglichkeitsprüfung unter dem Konzept von environmental justice darstellt.

Grundsätzlich kann konstatiert werden, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, welches die Grundlage für die Umweltverträglichkeitsprüfung bildet, nicht zwangsläufig den Vorstellungen von Umweltgerechtigkeit entspricht. Anders gesagt: Ein Gleichgewicht zwischen ökonomischem Wachstum, sozialer Entwicklung und Schutz der Umwelt sagt noch lange nichts über Verteilungs- oder Partizipationsgerechtigkeit aus. So kann auch dann Entwicklung „nachhaltig“ stattfinden, wenn eine Mehrzahl der Bevölkerung von den ökologischen Kosten betroffen ist.

Das System der Umweltverträglichkeitsprüfung inkludiert weder, noch berücksichtigt sie die potentiellen Verteilungseffekte der eingereichten Projekte. Das heißt, dass weder die Aufteilung der Umweltauswirkungen, noch die dafür zu tragenden Kosten zwischen den sozialen Gruppen oder innerhalb eines Territoriums evaluiert werden. Dieser Umstand ist auf das Fehlen eines Raumordnungsplanes (*ordenamiento territorial*) zurückzuführen.⁴⁷

Welche Auswirkungen das auf konkrete Konflikte haben kann, lässt sich am Beispiel Barracones zeigen, einer geplanten thermoelektrischen Anlage, welche die transnationale Betreiberfirma Suez Energie im Norden Chiles (Punta de Chorros) nahe eines Naturschutzgebietes errichten wollte. Obwohl das Projekt nach zuvor dreimaliger Ablehnung letztendlich von der regionalen Umweltkommission (unter der neuen Regierung) genehmigt wurde, hob der Präsident per Dekret diesen Beschluss auf und ordnete die Verlegungen an einen anderen Ort an. Die genauen Hintergründe für diese Entscheidung sind nicht klar. Ob nun die massiven Proteste der Bevölkerung oder andere Faktoren mitgespielt haben, lässt sich nicht eindeutig eruieren. Fest steht allerdings, dass spätestens nach diesem Vorfall neben den Umwelt-NGOs nun auch private Unternehmen für die Ausarbeitung eines *ordenamiento territorial* plädieren, um die notwendige Sicherheit über die Nutzungsmöglichkeiten von Land zu erlangen und mögliche Konflikte zu vermeiden. Bis dato bleiben in Chile die Entscheidung über den geplanten Ort von Projekten dem Markt überlassen. Für Luiso Cuenca, Direktor des *observatorio de conflictos ambientales* (OLCA), einer lateinamerikanischen NGO, trägt dieser Umstand maßgeblich zur Entwicklung von Konflikten bei: „Es gibt weder eine vorbeugende noch strategische Politik. In den letzten Jahrzehnten nahmen die Konflikte zwischen Investitionsprojekten, der Industrie und lokalen Gemeinschaften zu.“

⁴⁷ Gemeint ist eine gesetzliche Regelung der Nutzung von Raum bzw. Boden.

(Sustentable.cl 2010)

Ein unausgeglichenes Verhältnis zwischen den Kosten und Erträgen von Umweltveränderungen besteht nicht nur, wie am Beispiel des Aneignungs- und Nutzungskonflikt deutlich wurde, zwischen den Elektrizitätsverbrauchern (Bergbau und Industrie zusammen 65% gegenüber der Bevölkerung mit 16 %), sondern auch zwischen den räumlichen Ebenen (Scales). Im Großraum Santiago leben 40 % der chilenischen Bevölkerung, welche 50 % des landesweiten BIP erwirtschaften. Dabei werden 30% des nationalen Volumens an Elektrizität verbraucht, jedoch um ein Vielfaches weniger produziert (4.130 GW/h pro Jahr). Der Großteil von Energie wird außerhalb Santiagos produziert. Wasserkraft im Speziellen lokalisiert sich in den südlich davon liegenden Regionen. Laut Bericht der parlamentarisch-technischen Bürger_innenkommission für Energiepolitik (CCTP 2011) zahlen die ärmsten Sektoren der chilenischen Bevölkerung die meisten Stromkosten. Diese Ungleichheit zeigt sich verstärkt auch in räumlichem Maß. Je weiter eine Region von der Hauptstadt entfernt liegt, desto höher werden für die dortige Bevölkerung die Stromkosten: In den Regionen Lagos und Aysén zahlen die dort Ansässigen zwischen 30% und 70% mehr an Strom als jene in Santiago.

Zwischenfazit: Ressourcenpolitik und Konflikte

Wie mit Hilfe einer historisch-materialistischen Perspektive auf policy-making Prozesse dargestellt wurde, schreiben sich sozio-ökonomische Entwicklungen in sektorale policies ein und wirken in Form von Eigentumsrechten auf soziale Verhältnisse zurück.

Anhand von zwei konkreten Konflikten habe ich gezeigt, wie aus latenten Konflikten, welche dem Widerspruch zwischen Naturbeherrschung und Naturschutz entspringen, manifeste werden. Dies erfolgt durch das Handeln einzelner Akteur_innen, welche sich mittels Eigentumsrechten Zugang zu Wasser verschaffen. Durch diesen Schritt kontrollieren sich nicht nur die Beziehung zu ihrer eigenen Umwelt, sondern auch jene der anderer Akteure. Diese können Natur nicht mehr in der Form nutzen, wie es ihnen vorher möglich war. Dadurch werden sie in ihrer Arbeits- und Lebensweise eingeschränkt.

Ein weiterer Konflikt, welche durch Eigentumsverhältnisse auf Wasser entsteht, hat mit der räumlichen Dimensionierung von sozialen Konflikten zu tun. Durch die Ausdehnung der Wasserkraftentwicklung in neue Regionen, werden die Konflikte nicht nur an andere Orten übertragen. Vielmehr handelt es sich bei diesen Kämpfen in den neu entstandenen Räumen um eine Verschiebung bzw. Reproduktion gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Anhand der Verteilung von ökologischen Kosten von Umweltveränderungen werden Fragen der Verteilungs- und

Partizipationsgerechtigkeit behandelt. Bevor ich nun der Frage nachgehe, wie der Konflikt meiner Fallstudie institutionell bearbeitet wird, möchte ich zunächst das Terrain untersuchen, auf dem die Auseinandersetzungen um die spezifische Form der Naturaneignung ausgetragen werden: die staatliche Umweltpolitik.

6. Staatliche Umweltpolitik

Im folgenden Kapitel wird die staatliche Umweltpolitik unter die Lupe genommen. Sie bildet mit den Worten Poulantzas ein gesellschaftliches Verhältnis, innerhalb dessen die sozial- ökologischen Konflikte um Natur ausgetragen werden. Jedes Investitionsprojekt, wie etwa ein Wasserkraftwerk, muss, bevor es an den Start geht, zuerst durch die (bereits oben besprochene) nationale Umweltverträglichkeitsprüfung gelangen und schließlich genehmigt werden. Neben der Bearbeitungsfunktion, betritt mit der Schaffung der staatlichen Umweltpolitik auch ein neuer Akteur die politische Bühne, der die gesellschaftlichen Naturverhältnisse mitgestaltet. Als „Hüter“ der Umwelt werden vom Staat mithilfe von Gesetzen die Schranken für die zerstörerische Ausbeutung von natürlichen Ressourcen gesetzt. Ziel dieses Kapitels ist es, zu untersuchen, wie das institutionelle Gerüst der öffentlichen Umweltpolitik aussieht, welches hegemoniale Verständnis von gesellschaftlichen Naturverhältnissen ihr zugrunde liegt und wie Konflikte von ihr bearbeitet werden.

6.1 Entstehung und Transformation staatlicher Umweltpolitik

Wie bereits in den einleitenden Worten zu meinem Untersuchungsgegenstand erwähnt, blickt die chilenische Umwelt- und Ressourcenpolitik auf eine noch junge Geschichte zurück. Während auf internationaler Ebene bereits in den 1970er Jahren (spätestens 1980er Jahren) öffentliche Politikbereiche für Umwelt und Ressourcen entstanden sind (vgl. Wissen 2011: 308 f.), etablierte sich in Chile eine staatliche Umwelt- und Ressourcenpolitik erst im Jahre 1994. Bis dahin existierte lediglich eine Vielzahl von Gesetzen mit umweltpolitischer Relevanz⁴⁸, jedoch kein einheitlicher und kohärenter Politikbereich. Erst nach dem Ende der Diktatur im Jahre 1990 wurde per Präsidentendekret eine Kommission (*Comisión Nacional de Medio Ambiente, CONAMA*) eingerichtet, die mit der Ausarbeitung dieses Politikbereichs betraut wurde. Diese erhielt vor allem Entscheidungskompetenzen in den Bereichen Vorbeugung und Vermeidung von Umweltverschmutzungen, nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen, sowie Erhalt von Ökosystemen und wertvoller Kulturgüter (vgl. Pizarro/Vasconi 2004).

⁴⁸ So fanden unter der Militärdiktatur – trotz des deregulativen extraktivistischen Wirtschaftsmodells – regulierende Initiativen im Umweltsektor statt: die Schaffung eines Systems für geschützte Wildflächen (*sistema de áreas silvestres protegidas*) und die verfassungsmäßige Verankerung des Rechts aller Personen „in einer verschmutzungsfreien Umwelt zu leben“ (Verfassung Artikel 7 Nr. 8)

Phase 1 1994-2000

Im Jahr 1994, mit der Machtübernahme des demokratisch gewählten Präsidenten Eduardo Frei, wurde das Umweltgesetz 19.300 (Ley sobre Bases Generales del Medio Ambiente) erlassen.

Dieses bildete die rechtliche Grundlage für die Umweltpolitik der neuen Regierung und beruft sich auf ein Modell von „Nachhaltigkeit“ in der Entwicklung.

Exkurs: Nachhaltige Entwicklung

Die öffentliche Wirkung des Konzeptes für eine „nachhaltige“ Entwicklung ist dem 1987 veröffentlichten Bericht „Our common Future“ der Weltkommission für Umwelt- und Entwicklung (sogenannte Brundtland-Kommission) zu verdanken. Allgemein bedeutet der Begriff „nachhaltige Entwicklung“, dass die „*Bedürfnisse der Gegenwart*“ befriedigt werden, „*ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können*“ (Hauff 1987: 46, zit. nach Wissen 2011: 308). Zentrale Punkte an diesem „neuen“ Entwicklungskonzept sind einerseits die Einführung eines veränderten Entwicklungsbegriffs, welcher nicht mehr nur die „Entwicklungsbedürftigkeit der Dritten Welt“ betont, sondern darüber hinaus die „Fehlentwicklung der ersten Welt“ und andererseits die Verabschiedung von Wachstumskritik und Knappheitsfixierung. Statt dessen werden die positive Bedeutung von Marktwirtschaft und Wachstum für die gesellschaftliche Entwicklung hervorgehoben. (vgl. Wissen 2011: 309)

Der spätere chilenische Präsident Frei deutete dieses Konzept so:

„Die Strategie der nachhaltigen Entwicklung besteht aus der Schaffung von Bedingungen, die es ermöglichen das Wirtschaftswachstum des Landes, mit dem Umweltschutz und der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen zu vereinbaren. Vor dem Hintergrund sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit.“ (Frei 1996, zit. nach Pizarro/Vasconi 2004: 4).

Als vorderstes Ziel staatlicher Umweltpolitik galt:

„Das Prinzip der Nachhaltigkeit im Entwicklungsprozess zu fördern, welches zu einer Steigerung der Lebensqualität von Bürger_innen führt, die Umwelt schützt und den Erhalt von Kulturgütern sicherstellt.“ (Pizarro/Vasconi 2004: 4).

Zur Erreichung dieses Ziel wurden mehrere konkrete Etappenziele festgelegt. Die ersten drei bezogen sich auf die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen und den Schutz der Umwelt; die übrigen vier auf die Implementierung sozialer, produktiver, institutioneller und rechtlicher Maßnahmen, wie etwa die Bürger_innenbeteiligung in Umweltfragen, die Etablierung von Umweltstandards im Produktivsektor, die Schaffung eines institutionellen Gerüsts auf nationaler und lokaler Ebene, sowie die Errichtung von Umweltgesetzen und notwendigen Verwaltungsinstrumenten.

In die Zeit der Regierung Frei fallen auch die ersten Konflikte rund um Umweltthemen. Die beiden ersten Direktor_innen der CONAMA (José Goni und Vivianne Blanlot) traten im Zusammenhang mit dem ersten großen Umweltkonflikt, dem Staudammprojekt Ralco, zurück. Frei äußerte sich persönlich zu diesem Konflikt mit den Worten, „nichts werde der Entwicklung des Landes im Weg stehen.“ (ebd. 5).

2000-2006

Der spätere Präsident Lagos (2000-2006) stellte in seinem Wahlkampf erstmals Umweltthemen in den Vordergrund. Den Kern seines Programmes „Crecer con igualdad“ (gleichmäßiges Wachsen) bildeten zehn Vorhaben, darunter die Implementierung territorialer Ordnungspolitik, der Schutz natürlicher Ressourcen und insbesondere die Förderung nachhaltigen Wassermanagements. (vgl. ebd.) Obwohl mit Adriana Hoffmann eine renommierte Ökologin das Amt der Präsidentin der Umweltkommission übernahm, wurde kaum eines dieser Vorhaben umgesetzt. Pizarro und Vasconi (2004) führen diesen Umstand auf die mangelnde politische Unterstützung dieser Vorhaben und das geringe Wirtschaftswachstums zu Beginn der 2000er Jahre zurück. Vor allem letzteres bewirkte, dass Umweltthemen zurückgedrängt und im Gegenzug produktive Investitionen gefördert wurden. (vgl. ebd. 6)

Dieser Wandel machte sich auch politisch bemerkbar. Statt der erfolglosen Adriana Hoffmann trat mit Gianni López ein Politiker die Bühne, dessen neue politische Agenda (Agenda Ambiental) als Annäherung der Umweltkommission an den wirtschaftlichen Sektor verstanden werden kann. Der staatliche Einfluss auf Umweltbelange (v.a. die Rolle der Umweltkommission) wurde reduziert. Damit wurden die meisten, der unter Frei und López formulierten Vorhaben, aufgekündigt. Aus dem ehemaligen Kontrollorgan wurde ein Unterstützer von unternehmerischen Zielen. In weiterer Folge verblieben der Umweltkommission keine Mitspracherechte in der Verwaltung und Implementierung sektoraler Bereiche, so auch nicht im Bereich Wasser, speziell im Rahmen des Wassergesetzes.

2006-2010 (La Nueva Institucionalidad Ambiental)

Im Jahr 2005 kam es zu einer Reihe von Umweltkonflikten. So z.B. im Fall *La Farfana*, einer Wasserkläranlage in der Hauptstadt Santiago, die aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit der Anrainer_innen starken Gegenwind aus der Bevölkerung erhielt.

Ein zweiter Konflikt entstand um das geplante Bergbauprojekt *Pascua-Lama* im Norden. Zu dessen Umsetzung müssten Teile von Gletschern abgetragen und an eine andere Stelle versetzt werden. Auch der Bau eines Biomassewerks in Valdivia (Celco Valdivia) reiht sich in diese Konfliktserie ein: Tausende Schwäne fielen dem Bau zum Opfer und die Tourismusregion verzeichnete starke Einbußen.

Laut der späteren Umweltministerin, Ana Lya Uriarte, war vor allem dieser letzte Konflikt für die weitere Entwicklung der Umweltpolitik (und insbesondere für die Reform des institutionellen Gerüsts) entscheidend.⁴⁹

Hinter all diesen Konflikten standen private (hauptsächlich transnationale) Betreiberfirmen, die von der nationalen Umweltkommission (CONAMA) die Genehmigung für ihre Projekte erhalten hatten. Große Proteste der Bevölkerung waren die Folge. Da im darauffolgenden Jahr (2006) Präsidentschaftswahlen anstanden, sahen sich die Kandidat_innen dazu verpflichtet, entsprechende Lösungsansätze zu formulieren und der Bevölkerung näher zu bringen. Zudem wurde in diesem Jahr ein Bericht von CEPAL und OECD (2005) veröffentlicht, in dem der zukünftigen Regierung eine Reform des institutionellen Gerüsts der Umwelt- und Ressourcenpolitik nahegelegt wurde. Dieser Bericht basiert auf einer Evaluierung der chilenischen Umweltpolitik im Zeitraum von 1990 bis 2004. Für die Beurteilungsmaßstäbe zogen die beiden Institutionen sowohl die formulierten nationalen Ziele als auch internationale Vergleiche mit anderen Ländern heran. Einer der daraus gezogenen Schlüsse lautete wie folgt: “[...] Chile muss seine umweltpolitischen Institutionen ausweiten und stärken, um auf das Niveau der Mehrheit der OECD-Ländern aufzuschließen.” (CEPAL/OECD 2005:17).

Als im Jahr 2006 Michelle Bachelet als erste Frau Präsidentin in Chile wurde, bestand eine ihrer ersten Handlungen darin, die 1994 geschaffene Umweltkommission in ein eigenständiges Ministerium umzuwandeln und Ana Lya Uriarte als Umweltministerin mit der Ausarbeitungen einer umfassenden Reform zu betrauen. Uriarte zog aus dem Bericht von OECD und CEPAL folgenden Schluss: Ohne strukturelle Veränderungen in den Staatsapparaten, bleiben die sektoralen

⁴⁹ Der Konflikte sorgte für heftige Kontroversen innerhalb des privaten Unternehmenssektor. Bis dahin hatten die Unternehmen zwar einen Bereich der Geschäftsführung, der sich mit Umweltfragen befasste, jedoch kein eigenständiges Umweltmanagement. Dies änderte sich durch den Konflikt. Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich im öffentlichen Sektor ab: Aus der nationalen Umweltkommission entstand ein eigenes Ministerium (vgl. I-1 Uriarte)

Kräfteverhältnisse zugunsten des Produktivsektors dominant. Dadurch gelänge es nicht, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung quer durch alle öffentlichen Politikbereiche hindurch zu etablieren. Zur Erreichung dieses Zieles bedürfe es einer stärkeren Hierarchisierung und Institutionalisierung des Umweltsektors. „Zur Erreichung von nachhaltiger Entwicklung ist es notwendig, dass alle Sektoren (im Fall des öffentlichen Sektors alle seine Sub-Sektoren) Nachhaltigkeitsbestimmungen anwenden.“ (Uriarte 2011)

Am 26. Jänner 2010 wurde mit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes (Ley 20.417) der Reformprozess für beendet erklärt.

6.2 Institutionen

Zwar wurden im Rahmen des Reformprozesses von 2006 bis 2010 neue Institutionen im Umweltsektor geschaffen, doch spielen diese für das im Rahmen dieser Arbeit beleuchtete Fallbeispiel noch keine Rolle. Das Projekt Hidroya sén wird von den chilenischen Behörden weiterhin nach der Gesetzgebung vor 2010 bearbeitet. Darüber hinaus ist der Reformprozess zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht ganz abgeschlossen, was sich darin zeigt, dass neu geschaffene Institutionen, wie etwa die Umweltgerichte, zwar auf dem Papier existieren, jedoch nach wie vor keine Konflikte bearbeiten.

Die chilenische Umwelt- und Ressourcenpolitik bis 2010 (Ley 19.300) sieht mehrere Institutionen vor, welche von der staatlichen Behörde CONAMA und ihren Organen koordiniert werden. Dabei soll das Politikfeld auf zwei räumlichen Maßstabsebenen (Scales) bearbeitet werden:

Auf nationaler Ebene besteht sie aus einem Consejo Directivo, einer Dirección Ejecutiva, einem Consejo Consultivo sowie aus einem Comité- und einem Subcomité Operativo.

Auf regionaler Ebene werden Comisiones Regionales del Medio Ambiente (COREMAS), ein Comité Técnico, ein Consejo Consultivo Regional und eine Dirección Regional geschaffen. (siehe Skizze 1 und Skizze 2). Der **Consejo Directivo** ist als höchstes Entscheidungsorgan der CONAMA auf nationaler Ebene vorgesehen. Er besteht aus 13 Ministerien und fungiert als Bindeglied zwischen dem Staatspräsidenten und der Umweltpolitik der Regierung. Unter seine Zuständigkeiten fallen u.a. die Verwaltung der nationalen Umweltverträglichkeitsprüfung (Sistema de Evaluación del Impacto Ambiental, SEIA) sowie die Finanzierung von Umweltprojekten und -aktivitäten.⁵⁰

⁵⁰ Für eine Auflistung der gesamten Zuständigkeiten siehe Bitterlich 1998: 35-42.

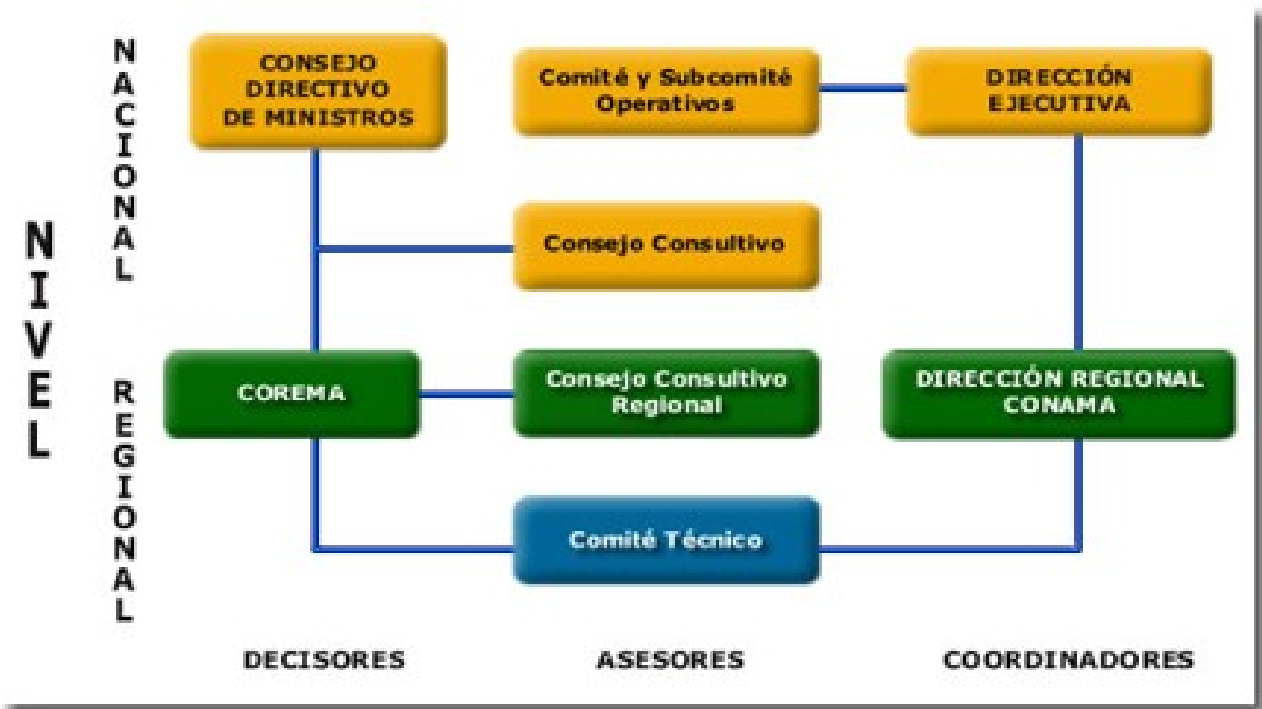
Die **Dirección Ejecutiva** ist für die Gesamtverwaltung der Umweltkommission zuständig. Ihr/e Vorsitzende/r wird vom Präsidenten der Republik ernannt und führt die Kommission an. Diese setzt die Beschlüsse des Consejo Directivo in die Praxis um. Darüber hinaus ernennt der/die Vorsitzende die Direktoren der regionalen Umweltkommission.

Beim **Consejo Consultivo** handelt es sich um ein Beratungs- und Unterstützungsorgan des Consejo Directivo bzw. der Dirección Ejecutiva. Ihm sollen jeweils zwei universitäre Berater_innen, sowie Wissenschaftler_innen unabhängiger Forschungszentren, Vertreter_innen nicht-staatlicher Organisationen, Unternehmensvertreter_innen, Arbeitnehmervertreter_innen und ein/e Repräsentant_in des/der Staatspräsidenten_in angehören.

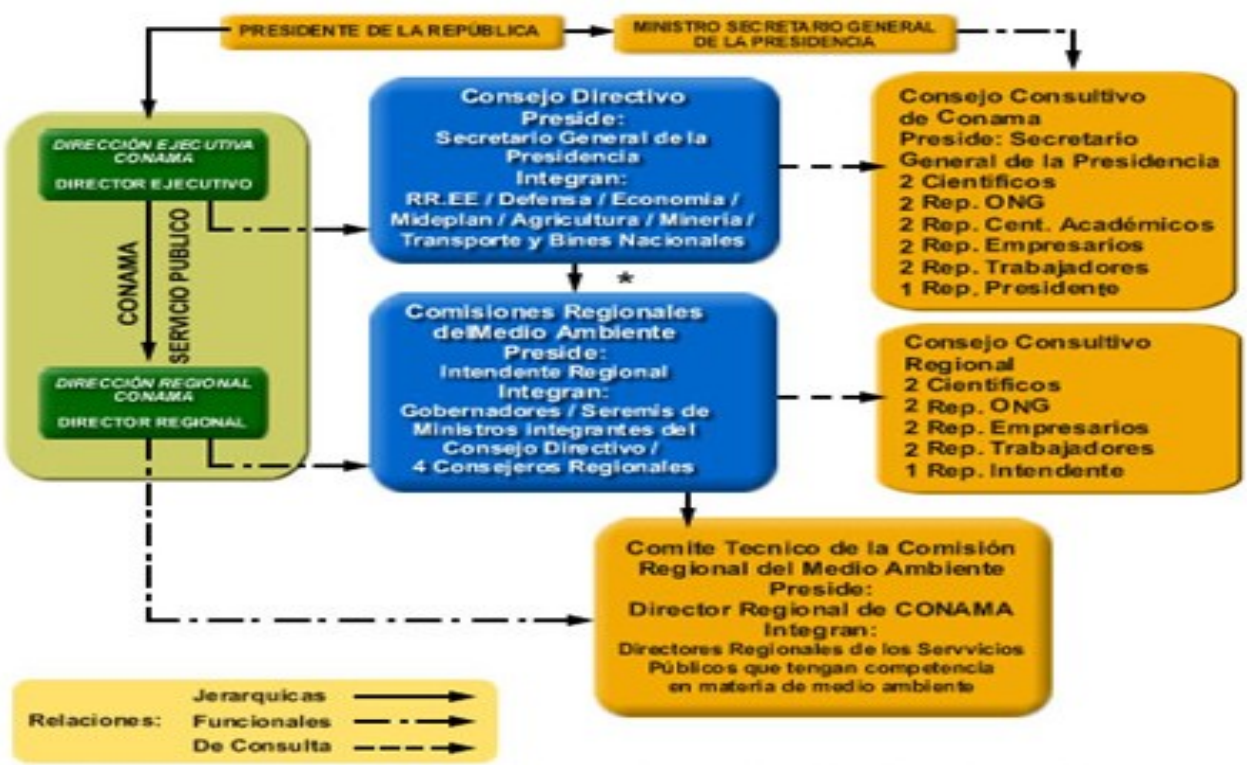
Die nationale Umweltkommission ist unterteilt in regionale Umweltkommissionen. Die **COREMAS** bilden das höchste Entscheidungsorgan auf regionaler Ebene. Jede der 15 Regionen des Landes verfügt über eine/n regionale/n Direktor/in, der/die durch den/die Direktor/in der nationalen Umweltkommission ernannt wird. Jede regionale Kommission wird von dem/r regionalen Ministerpräsident/in geleitet und besteht aus den Regierungsabgeordneten der Region, vier regionalen Berater_innen und dem/r regionalen Direktor/in der CONAMA sowie den Mitgliedern der sektoralen Ministerien der Region (Secretarios Regionales Ministerios, SEREMI)

Des Weiteren ist ein technisches Komitee (**Comité Técnico**) vorgesehen, welches aus dem/r regionalen Direktor/in (der/die dieses zugleich leitet) und aus den regionalen Direktor/inn/en der öffentlichen Behörden mit Umweltkompetenz (*servicios publicos*) besteht. Dieses Komitee ist von enormer Wichtigkeit, weil es die technischen Analysen für die Umweltverträglichkeitsstudie erstellt und damit Empfehlungen für die Modifizierung, Genehmigung oder Ablehnung von Projekten ausspricht. Berichte des Komitees sind zwar für die Entscheidung der COREMAS nicht bindend, spielen aber im Falle einer Anfechtung vor Gericht eine wichtige Rolle.

In jeder COREMA gibt es einen **Consejo Consultivo Regional**, dessen Mitglieder von dem/der Vorsitzenden ernannt werden. Jeder Consejo Consultivo Regional besteht aus zwei Wissenschaftler_innen, zwei Repräsentant_innen von NGOs, zwei Unternehmensvertreter_innen, zwei Arbeitnehmervertreter_innen und einem/r Repräsentanten/in des/der Bürgermeisters/in. Die Aufgabe des Consejos besteht in der Bearbeitung von Anfragen aus den COREMAS. (vgl. Bitterlich 1998: 35-42)



Skizze 4: Struktur CONAMA national - regional
(Quelle Vasconi 2006)



* En el caso del Sistema de Evaluación de Impacto Ambiental el Consejo Directivo es superior jerárquico de las Coremas sólo cuando el titular de un proyecto presenta un recurso de reclamación con relación al Estudio de Impacto Ambiental.

Skizze 5: Struktur CONAMA gesamt
(Quelle: Vasconi 2006)

Das institutionelle Gerüst der öffentlichen Umweltpolitik besitzt einen äußerst stark dezentralisierten Charakter: Es ist vertikal hierarchisch strukturiert und gründet sich auf viele, unterschiedliche Sektoren (14 Ministerien). Es bildet - in Anlehnung an die staatstheoretischen Überlegungen im Theorieteil - ein soziales Verhältnis, ein Terrain, auf dem die einzelnen Kräfte um die Durchsetzung ihrer Interessen ringen. Das Ergebnis dieser sektoralen Kräfteverhältnisse formt bestimmte Politikinhalte (policies). Eine dieser policies ist die nationale Biodiversitätsstrategie.

6.3 Nationale Biodiversitätsstrategie

Elf Jahre nach der Unterzeichnung der internationalen Biodiversitätskonvention von Rio de Janeiro (1992) tritt im Jahr 2003 in Chile die nationale Biodiversitätsstrategie (vgl. CONAMA 2003) in Kraft. In einem 22-seitigen Papier formuliert die CONAMA die Strategie zukünftiger Biodiversitätspolitik.

Die drei Säulen, auf denen diese basiert, sind die Artenvielfalt, die genetische Vielfalt und die Vielfalt von Ökosystemen. Der Schwerpunkt der Strategie liegt auf der Konservierung der Biodiversität bei gleichzeitig deren „nachhaltiger“ Nutzung.

Die Dienste der Biodiversität werden in direkte und indirekte unterteilt. Zu den direkten zählt die die Extraktion von Pflanzen, Rohstoffen und Tieren eines Ökosystems in Form von Nahrung und Primärgütern. Die indirekten Dienste bestehen in der Wechselwirkung und Rückführung zwischen den in einem Ökosystem lebenden Organismen.

Gleichzeitig wird die Nutzbarmachung der Biodiversität hinsichtlich der Entwicklung des Landes und des Kampfes gegen die Armut hervorgehoben und auf den hohen Anteil der Primärgüter am BIP (10%) und an den Exporten (30 %) verwiesen.⁵¹(vgl. ebd 3)

Als wesentliche Gefahren für die nationale Biodiversität wird u.a. die Zunahme des Extraktivismus (Wald, Fischfang, Wasserressourcen) angesehen (vgl. ebd. 4). Da als vorrangiges Ziel der Strategie die Nutzbarmachung der Biodiversität für das Gemeinwohl bei gleichzeitiger Konservierung für zukünftige Generationen deklariert wird, legt die Richtlinie die zulässigen Methoden der Extraktion fest. Hierdurch soll die Überexploitation von Rohstoffen vermieden und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Produktivaktivitäten zugelassen werden (vgl ebd. 8).

Wie sich anhand der Formulierungen feststellen lässt, durchzieht die nationale

⁵¹ Diese Zahlen basieren auf Berechnungen der CONAMA aus dem Jahr 1994.

Biodiversitätsstrategie ein Spannungsverhältnis zwischen Schutz bzw. Konservierung auf der einen Seite und nachhaltiger Nutzung zum Zweck des wirtschaftlichen Aufschwungs und Armutsreduktion auf der anderen Seite. Daraus lassen sich Annahmen hinsichtlich des neuen Bearbeitungsrahmens gesellschaftlicher Naturverhältnisse ziehen.

Das in den sektoralen Ressourcenpolicies (Wasser, Elektrizität) eingeschriebene Inwertsetzungsparadigma wird von der nationalen Biodiversitätsstrategie hinterfragt. Statt schrankenloser Inwertsetzung, setzt die Umweltpolitik bestimmte Richtlinien für die Aneignung von Natur fest. Aus hegemonietheoretischer Sicht kann von temporären Rissen des Inwertsetzungsparadigmas in Folge der ökologischen Krise gesprochen werden. Damit soll nicht ausgedrückt werden, dass Hegemonie beliebig produzierbar ist. Vielmehr besteht die Annahme, dass der Prozess der Hegemonie verschiedene Phasen kennt und bestimmte Policies dysfunktional werden können. (vgl. Brand 2011: 16). Schließlich findet der Prozess der Verallgemeinerung von Interessen in sozialen Praktiken statt (siehe Multiskalarität des Konflikts).

Festgehalten werden kann, dass für die institutionelle Bearbeitung von Konflikten neue Kriterien gesetzt werden. Die Beurteilung, ob ein Projekt als nachhaltig gilt oder nicht, obliegt allein den Instrumenten der staatlichen Umweltpolitik.

6.4 Umweltverträglichkeitsprüfung

In Chile wird die Entscheidung über die Umweltqualität (Schutz vs. Wachstum) in 3 Bereichen getroffen: im System der Nationalparke (SNAPSE), anhand von Umweltgesetzen und im Rahmen des Systems der Umweltverträglichkeitsprüfung (SEIA).

SEIA (Sistema de la Evaluación del Impacto Ambiental)

Das System der Umweltverträglichkeitsprüfung ist das zentrale Instrument, um den Einfluss sowohl von öffentlichen als auch privaten Investitionsprojekten (zB Wasserkraftwerke) auf die Umwelt festzustellen und zu beurteilen, ob diese die gesetzlichen Umweltstandards erfüllen werden.

Es beinhaltet zwei Mechanismen: Die Umweltverträglichkeitsstudien (estudios de impacto ambiental, EIA) und die Umweltverträglichkeitsdeklarationen (declaraciones de impacto ambiental,

DIA). Der Prozess der Umweltverträglichkeitsprüfung läuft in Etappen ab und involviert dabei mehrere Akteur_innen.

Zuallererst bewerten die verschiedenen *servicios publicos* mittels technischer Studien die Umweltverträglichkeit von Projekten auf der Grundlage der aktuellen Umweltgesetzgebung. Im Anschluss daran treffen die Mitglieder der zuständigen regionalen Umweltkommission die Entscheidung über die weitere Entwicklung des Projekts. Wichtig ist, an dieser Stelle zu betonen, dass sich die Umweltkommissionen über eventuelle negative Ergebnisse der technischen Studien der *servicios publicos* hinwegsetzen können.

Somit handelt es sich bei der abschließenden Entscheidung um keine technische, sondern um eine politische. Erwähnenswert an dieser Stelle ist, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung zwar auf öffentliche und private Projekte angewandt wird, jedoch nicht auf Entscheidungen, die von der Regierung selbst getroffen werden und Auswirkungen auf die Umwelt haben.⁵²

Strenggenommen erleichtert die Umweltverträglichkeitsprüfung die Bewilligung von Investitionsprojekten, weil sie, obwohl es sich um sektorale Genehmigungen handelt, durch eine einzige Institution, in der die Vertreter_innen der einzelnen Sektoren versammelt sind, ausgestellt wird.

Im Umweltgesetz von 1994 (Ley 19.300, Art. 26) ist zusätzlich die Möglichkeit von Bürger_innenbeteiligungen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung verankert. Diese soll laut Definition einen Kommunikationsprozess mit den involvierten Akteur_innen in zwei Richtungen darstellen. In einer Richtung soll ein Dialog zwischen der regionalen Umweltkommission und den Projektbetreiber_innen konstruiert werden und in die andere Richtung ein solcher zwischen regionaler Umweltkommission und den betroffenen Bürger_innen stattfinden. Dadurch sollen die zur Umweltverträglichkeitsprüfung eingereichten Projekte mittels Berücksichtigung der öffentlichen Meinung in Form von *observaciones* verbessert werden. Die Beteiligung besitzt jedoch lediglich informellen und beratenden Charakter, was bedeutet, dass die Meinung der Bürger_innen nicht in die endgültige Entscheidung mit einfließt. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung eines Investitionsprojektes steht ein Zeitraum von 60 Tagen zur Verfügung, um *observaciones* einzureichen.

Darüber hinaus ist die Bürger_innenbeteiligung in vielerlei Hinsicht von vornherein beschränkt: Während den Bürger_innen 60 Tage Zeit bleiben, um ihre Beschwerden einzureichen, steht es den Betreiberfirmen offen, diesen Zeitraum zu verlängern, um neue Fakten (Agenda) beizufügen.

⁵² Als Beispiel dafür siehe den Fall der Agrarböden in der Region Metropolitana (vgl. Pizarro/Vasconi 2003: 8)

Darüber hinaus dürfen die Bürger_innen zwar über die technischen Aspekte der Projekte urteilen (wofür ihnen in den meisten Fällen das Wissen und die finanziellen Mittel fehlen), allerdings nicht über deren geplanten Ort. Diese Entscheidung wird aufgrund der fehlenden Raumordnungsgesetzgebung lange vor dem Zeitpunkt gefällt, ab welchem die Bürger_innen zum Prozess hinzugezogen werden. Auch die regionalen Umweltkommissionen besitzen in dieser Frage keine Entscheidungskompetenz. Weder sie noch die betroffenen Bürger_innen können Kompensationen für allfällige Umweltschäden fordern. Die Möglichkeiten, die den Behörden zur Verfügung stehen, liegen darin, ein Projekt zu genehmigen, es abzulehnen, oder technische Änderungen zu beantragen, um mögliche Umweltschäden abzuschwächen. Der demokratische Gehalt (Swyngedouw) von Naturverhältnissen ist damit in weite Ferne gerückt, oder wie Pizarro konstatiert: „In Wahrheit ist eine Teilnahme der Bevölkerung nahezu ausgeschlossen“ (Pizarro 2006: 5).

Die im Rahmen der SEIA bearbeiteten Konflikte (Aneignungs- und Nutzungskonflikt, sozial-skalärer Verteilungskonflikt) übertragen sich in das institutionelle Gerüst des Staates. Aufgrund des zugleich koordinativen und fragmentierten Charakters des Systems der Umweltverträglichkeitsprüfung wird die Entscheidung über die Umweltqualität zwischen einzelnen Behörden und Ministerien verhandelt. Diese sektoralen Organe haben jeweils unterschiedliche Interessen auf den einzelnen Ebenen (national/regional). Dies führt zu einer Konkurrenzsituation zwischen den heterogenen Staatsapparaten. In Folge der institutionellen Struktur des öffentlichen Sektors in Chile finden sich selbst in den einzelnen Organen entgegengesetzte Anreize wieder. So fördert die nationale Forstvereinigung (CONAF) einerseits den kommerziellen Forstsektor und verwaltet andererseits die Nationalparke. Oder wie im Fall der Fischerei, wo das Unterstaatssekretariat für Fischerei (Subsecretaria de Pesca) zugleich für die Absatzförderung und den Schutz der Meeresbiodiversität zuständig ist. (vgl. Pizarro 2006: 5)

Zwischenfazit Umweltpolitik

Wie ich in diesem Kapitel gezeigt habe, hat sich nach dem Übergang zur Demokratie in Chile ein öffentlicher Umweltsektor herausgebildet, welcher sich im Laufe der Jahre immer wieder transformiert hat. Anfangs standen ambitionierte Vorhaben auf der politischen Agenda. Dieser Umstand hängt u.a. mit der großen Erwartungshaltung nach dem Ende der Diktatur zusammen.

Neben der Aufarbeitung von menschenverachtenden Verbrechen während der Diktatur, entwickelte sich langsam ein Bewusstsein für sozial-ökologische Fragen. Die destruktiven Auswirkungen extraktivistischer Wirtschaftspolitik und der Ausverkauf nationaler Ressourcen führten zu ersten Konflikten. Ein Schlüsselerlebnis bildeten die Kämpfe der Mapuche gegen die Errichtung von zwei Wasserkraftwerken (im Auftrag von ENDESA) an den Flüssen Pangue und Ralco in der Region Bío Bío. Zwar löste dieser Konflikt in erster Linie eine Auseinandersetzung mit ethnischen Fragen und der eigenen Geschichte aus, doch standen daneben die sozio-ökologischen Auswirkungen auf viele der Bewohner_innen dieser Region im Mittelpunkt. Themen - wie Verteilungs- und Partizipationsgerechtigkeit - fanden in der breiten Öffentlichkeit Anklang. Vielerorts wurde bemängelt, dass die staatliche Umweltpolitik nicht in der Lage sei, die Konflikte zwischen den divergierenden Interessen zu lösen. Zu groß sei der Einfluss transnationaler Unternehmen, welche sich mittels Eigentumsrechten an Wasser ungehindert Natur aneignen können, so der einhellige Tenor. An dieser Situation zeigt sich deutlich, dass die staatliche Umweltpolitik kein isoliertes Feld darstellt, auf dem die Lösung von sozio-ökologischen Problemen im Vordergrund steht. Stattdessen wird im Schatten der Umweltpolitik knallharte Gesellschafts- und Wettbewerbspolitik betrieben. Zwar werden in der nationalen Biodiversitätsstrategie Maßnahmen beschlossen, die zum Wohl des Umweltschutzes gedacht sind, diese dürfen jedoch das nationale Entwicklungsmodell nicht in Frage stellen. Auf dem Feld der Umweltpolitik dominieren die Interessen der großen Produktivsektoren, wie Bergbau und Elektrizität, jene Bereiche also, welche den Löwenanteil an Eigentumsrechten und Ressourcen besitzen. Zwischen diesen scheint es den einhelligen Konsens zu geben, am Entwicklungsparadigma festzuhalten. Gerade in einer Phase, in der die öffentliche Umweltpolitik einem starken Legitimationsverlust ausgesetzt ist, wird im Jahr 2005 unter der neuen Präsidentin Bachelet und auf Empfehlung des CEPAL/OECD Berichts ein Reformprozess in Gang gesetzt, mit dem Ziel, die Effizienz des Umweltsektors zu steigern. Zwar stehen die damit einhergehenden institutionellen Veränderungen nicht im Zentrum meiner Analyse, jedoch darf angenommen werden, dass es sich dabei um rein kosmetische Eingriffe handelt.⁵³ Die sektoralen Wasser- und Elektrizitätspolicies bleiben unangetastet und mit ihnen auch das in diesen Gesetzen eingeschriebene Inwertsetzungspardadigma. Wie sehr dieses Paradigma die hegemoniale Konstellation rund um den Bau von fünf Wasserkraftwerken darstellt und wie vor diesem Hintergrund die Kämpfe der einzelnen Akteur_innen ausgetragen werden sowie welche Rolle die staatliche Umweltpolitik bei der Bearbeitung dieses Konflikts spielt, ist Gegenstand meiner Fallstudie.

⁵³ Diese Annahme basiert auf den Einschätzungen der meisten Interviewpersonen. Weder Befürworter_innen noch Gegner_innen des Projekts Hidroaysén setzen viel Hoffnungen auf das, infolge der Reform entstehende, neue Gerüst der staatlichen Umweltpolitik.

7. Hidroaysén

„Ellos gobernaron: el pasado, la rutina, la energía

No gobernarán el futuro“⁵⁴

(Camilla Moreno)

In den letzten zwei Kapiteln wurden sowohl die Struktur, der Inhalt, als auch die Dynamik der chilenischen Umwelt- und Ressourcenpolitik untersucht. Im Folgenden möchte ich nun anhand eines konkreten Konflikts diese Aspekte exemplarisch darstellen.

Zum Zwecke der Veranschaulichung meiner theoretischen Erkenntnisse habe ich einen Fall ausgewählt, in dem die aktuelle Situation⁵⁵ Chiles besonders gut zum Ausdruck kommt. Das Megaenergieprojekt Hidroaysén.

Zu Beginn möchte ich einige Worte über die Charakteristika des Projekts und jene der Region verlieren, bevor ich danach eine Chronologie der Ereignisse aufzeichnen werde. Im Anschluss widme ich mich der institutionellen Bearbeitung des Konflikts. Dabei sollen sowohl die nationalen als auch die lokalen Bearbeitungsmodi dargestellt werden. Das vordergründige Ziel besteht darin, den hegemonialen Charakter des Konflikts zu überprüfen und zu untersuchen, wie die dem Konflikt immanenten sozialen Probleme und Forderungen institutionell bearbeitet werden.

Das Projekt:

Bereits im Jahr 2005 werden im Auftrag von ENDESA Chile diverse Studien in der Region Aysén rund um die Ortschaften Cochrane, Tortel und O'Higgins durchgeführt. Erst im darauffolgenden Jahr wird bekannt, dass der Zweck dieser Studien die Errichtung mehrerer Wasserkraftwerke in der Gegend um diese drei Städtchen ist. In dieser Zeit beginnen die ersten kommunalen Gruppen und Umwelt-NGOs damit, Informationskampagnen über das geplante Bauvorhaben zu lancieren. Im September 2006 schließen sich die transnational operierende ENDESA (51 %) mit dem staatlichen

⁵⁴ „Sie beherrschten die Vergangenheit, den Alltag und die Energie, die Zukunft werden sie aber nicht beherrschen“ (Übersetzung durch den Verfasser)

⁵⁵ Seit Mitte der 1990er Jahre nahmen die Konflikte um natürliche Ressourcen stetig zu und werden zunehmend heftiger ausgetragen (siehe Konflikt um Wasserkraftwerke Ralco und Pangué). Seit den letzten 2-3 Jahren finden diese Konflikte jedoch vermehrt unter anderen Vorzeichen statt. Die Bevölkerung bringt ihre starke Ablehnung dieser Projekte in zunehmenden Maße auf der Straße in großen Demonstrationen zum Ausdruck.

chilenischen Energiekonzern Colbún (49 %) zum Joint Venture Hidroaysén zusammen.

Im folgenden Jahr 2007 werden konkrete Details zum Projekt bekannt:

Hidroaysén soll die Errichtung von fünf Wasserkraftwerken an den Flüssen Baker und Pascua umfassen. Insgesamt soll der Komplex eine Leistung von 2.750 Megawatt (MW), bei einer halbjährlichen Kapazität von 18.430 Gigawattstunden (GwH) Energie produzieren. Es wäre damit zwar - gemessen an seiner Leistung - nicht einer der größten, jedoch einer der effizientesten Wasserkraftwerkskomplexe der Welt. Die kalkulierten Kosten des auf eine Bauzeit von 12 Jahren berechneten Projektes belaufen sich auf ca. 3,2 Milliarden US-Dollar.

Neben den Kraftwerken ist im Rahmen des Projektes der Bau der längsten Hochspannungsleitung der Welt (2.300 km) vorgesehen, welche die erzeugte Energie bis ins Zentrum Chiles, in die Hauptstadt Santiago, transportieren soll. Während die Errichtung der fünf Wasserkraftwerke am 9. Mai 2011 offiziell bestätigt wurde, befindet sich die geplante Hochspannungsleitung noch vor ihrer Einreichung in das System der nationalen Umweltverträglichkeitsprüfung.

Kurze Zeit nach Bekanntgabe der näheren Einzelheiten des Projekts beginnt Hidroaysén, das Projekt mit einer massiven Kampagne zu bewerben. Mit dem Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen und billige Energie zu verkaufen, buhlt das Unternehmen um die Zustimmung innerhalb der Bevölkerung der Region. Im März 2007 organisiert die Gemeinde Tortel gemeinsam mit der lokalen Nachbarschaftsversammlung eine Bürger_innenkommission zum Thema Hidroaysén, die sich mit 78% der Stimmen gegen das Projekt ausspricht (vgl. Radio Santa María 2011). Seit damals werden das Projekt Hidroaysén und seine möglichen sozio- ökologischen Folgen breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Dies führte zu massiven Protesten und Demonstrationen. Zuletzt nicht mehr nur in der betroffenen Region Aysén selbst, sondern auch in anderen Teilen Chiles. Laut einer landesweiten Umfrage im April 2011 stimmten 61 % der Chilenen gegen das Projekt (vgl. IPSOS 2011: 43).

Die Region:

Die Region Aysén, in der dieses Megaprojekt errichtet werden soll, befindet sich im Süden Chiles. Sie grenzt im Norden an die Region Los Lagos und im Süden an die Region Magallanes. Mit einer Fläche von 108.494 km² und 104.843 Einwohner_innen ist sie die bevölkerungsärmste Region Chiles. Auf dem Landweg ist sie nur über die Carretera Austral, eine größtenteils schwer befahrbare Schotterstraße, erreichbar und ist dadurch vom Rest Chiles im Wesentlichen isoliert. Wirtschaftlich lebt die Region von Landwirtschaft und Viehzucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Tourismus. Der regionale Entwicklungsplan der letzten Jahre (2000-2006) formuliert folgendes Ziel:

“[...] das Streben nach hoher Lebensqualität in der Region und das Erreichen eines gerechten Wachstums, welches auf hoher Umweltqualität und regionaler Integration basiert.” (SERPLAC 2000: 11).

Dieses Ziel schien im Jahr 2006 durch eine von der nationalen CONAMA genehmigte Lachszucht in den Gewässern des Nationalparks Magdalena gefährdet zu sein. Im letzten Moment lehnte die zuständige COREMA dieses Vorhaben ab (vgl. Hartmann 2009). Aktuell bedroht nun das Projekt Hidroaysén das regionale Entwicklungsmodell.

Sozio-ökologische Probleme:

Für die Errichtung der fünf Wasserkraftwerke an den Flüssen Baker und Pascua sollen in der Region ungefähr 5.000 Hektar (entspricht ca. 10.000 Fußballfeldern) Wald und Felder geflutet werden. Mehr als fünfmal soviel Fläche (ca. 50.000 Fußballfelder) würde dem Bau der Stromtrasse zu Opfer fallen, die den Strom durch das ganze Land transportieren wird. Sechs Nationalparke, elf „Reserva Nacionales“, sechszwanzig Naturschutzgebiete, sechzehn Feuchtgebiete und zweiunddreißig private Schutzzonen werden von dem Projekt betroffen sein.

Obwohl man die tatsächlichen Umweltschäden nicht exakt prognostizieren kann, lassen sich jedoch mittels vergleichbarer Studien bereits jetzt seriöse Einschätzungen über die Umweltauswirkungen treffen. Laut Bericht der Weltkommission über Dämme (WCD 2009) ist durch den Bau von Staudämmen neben dem Ökosystem, auch die Artenvielfalt bedroht, kurz, es werden zwei von drei Bereichen angegriffen, die nach der chilenischen Biodiversitätskonvention über die biologische Vielfalt erfasst sind. Derselbe Bericht verweist auf die vielfältigen sozialen Auswirkungen großer Dämme: neben dem Zerfall lokaler Gemeinschaften und inadäquaten Umsiedelungen werden gerade jene Menschen verpflichtet die Kosten für Umwelt- und Sozialveränderungen zu tragen, die ohnehin schon stark benachteiligt sind.

Die drei betroffenen Gemeinden Cochrane, O'Higgins und Tortel, in deren Nähe die Wasserkraftwerke entstehen werden, bestehen insgesamt aus 3837 Einwohner_innen. Für den Bau der Werke würden in Spitzenzeiten bis zu 5000 Arbeiter_innen diese Ortschaften überfluten. Die Konsequenzen sind erahnbar. Zudem sind 70% der produktiven Böden der Region durch die geplanten Stauseen von Überschwemmung gefährdet. Viehzucht und Forstwirtschaft bilden neben der öffentlichen Verwaltung und dem Tourismus die Hauptlebensgrundlage der ansässigen Bewohner_innen. All diese Probleme lassen keinen Zweifel darüber zu, dass die Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung durch das Projekt äußerst gefährdet ist.

7.1 Narrative

Narrative werden als Teil der Wissensproduktion verstanden. Sie unterscheiden sich von Diskursen insofern, als sie weniger die Ebene der machtförmigen Produktion von Wissen untersuchen, sondern stattdessen nach der Bedeutung dieses Wissens für policy-making Prozesse (policy-knowledge) fragen. Sie knüpfen an das Konzept der Wissensproduktion an, indem sie versuchen den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Prozessen (z.B. Konflikten) und Politikbereichen (in meinem Fall Umweltpolitik) zu verstehen. Im Folgenden werden die dominanten Narrative in Form von Argumenten im Konflikt um das Staudammprojekt Hidroaysén wiedergegeben. Der Fokus richtet sich dabei auf den Zusammenhang zwischen den einzelnen Argumenten mit den staatlichen policies.

Entwicklungsargument

Das Entwicklungsargument betrachtet billige Energie als für die Entwicklung des Landes erforderlich. Von offizieller staatlicher Seite wird betont, dass ohne zusätzliche Energieerzeugung die Entwicklung des Landes gefährdet sei. In der Rede zu seinem einjährigen Jubiläum im Amt, und inmitten der Proteste gegen Hidroaysén, verteidigte Präsident Pinera Hidroaysén und forderte den Bau weiterer großer Energieprojekte zum Wohl der Entwicklung des Landes (vgl. Leal 2011). Die staatliche Energiekommission veröffentlichte dazu eine Studie, wonach Chile seinen Energieanteil verdoppeln müsse, um die Entwicklung des Landes garantieren zu können (vgl. Gobierno Chile 2010). Sowohl der Präsident als auch die Kommission ziehen als Indikator für Entwicklung ein, durchschnittliches jährliches Wachstum (BIP) von 6 % bis ins Jahr 2025 heran.

Eine Studie mehrerer Professoren der Universität Chile aus dem Jahr 2009 prognostiziert demgegenüber ein weitaus schwächeres Wachstum und geht demzufolge von einem entsprechend geringeren Energiebedarf aus (vgl. Hall 2009). Dieser Umstand würde, so die Autoren, nicht nur das Projekt Hidroaysén obsolet machen, sondern auch mind. 40 % der in Planung begriffenen Wärmekraftwerke (vgl. ebd. 38). Die Betreiber von Hidroaysén hingegen beziehen sich in ihrer Darstellung auf die Studie der Energiekommission und gehen in ihren Prognosen sogar noch einen Schritt weiter:

Sollte Chile seinen Energieanteil von heute nicht mindestens verdoppeln, funktioniere das Land in 10 Jahren nur noch zur Hälfte⁵⁶.

In den Augen der Staudammgegner_innen, allen voran des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Consejo de Defensa de la Patagonia (CDP), werde durch das Projekt die Entwicklung der Region Aysén nachhaltig zerstört. In diesem Zusammenhang beruft sich das Bündnis auf den oben angesprochenen Entwicklungsplan, der den Ausbau von „nachhaltigem“ Tourismus (Ökotourismus) vorsieht. Seiner Ansicht nach würden viele Touristen vor allem angesichts der gigantischen Strommasten der Region fernbleiben und unberührte Plätze vorziehen. Außerdem weist der CDP darauf hin, dass selbst wenn eine Energiekrise bevorstünde, erstens durch Hidroaysén frühestens 2015 Energie ins Netz gespeist werden würde, und zweitens dieser Anteil allein eine Energiekrise vermutlich nicht zu lösen vermöge (vgl. Larrain 2011).

Sogenannte *Asociaciones Comunes* betonen ihrerseits ebenfalls die Befürchtung einer erheblichen Beeinträchtigung der Region. Durch den Ansturm 10.000er Bauarbeiter_innen werde die Sozialstruktur der kleinen Ortschaften zerstört. Außerdem leiden durch die Überschwemmung ganzer Landstriche die Viehzucht und der Fischfang, die die Hauptlebensgrundlage vieler in der Region darstellen (vgl. I- 15 Bagual).

Klimawandelargument

Das Argument des Klimawandels wird im Rahmen der chilenischen Debatte benützt, um auf die umwelt- und klimafreundlichen Aspekte von Wasserkraft im Vergleich zu Wärmekraftwerken hinzuweisen. Während thermoelektrische Kraftwerke auf der Verbrennung fossiler Energieträger beruhen und hohe CO₂ Emissionen verursachen, wird Wasserkraft als CO₂ arm und sauber angepriesen. Chiles Regierung setzt seit geraumer Zeit im Rahmen ihrer Energiestrategie und spätestens nach den Erfahrungen der Krisenjahre 2003-2005, in denen es zu einem Stopp der argentinischen Lieferungen von Erdöl und Erdgas kam, auf den Ausbau erneuerbarer Energie.

Auch die Kampagne des Projektes Hidroaysén greift die Sauberkeit und Erneuerbarkeit von Energie aus Wasserkraft auf und zieht den Vergleich zu thermoelektrischen Anlagen. Selbst der Vizepräsident von Hidroaysén, Daniel Fernandez, betont im Interview die klimafreundliche Rolle

⁵⁶ Dies war die Botschaft, die in mehreren Werbespots auf drastische Art und Weise transportiert wurde. In den Werbespots werden zwei (nebeneinander montierte) Szenen gezeigt: In der ersten sieht man einen Operationsvorgang und die zweite zeigt einen Pizzalieferanten bei seiner Zustellung. In dem Moment, in dem der Lieferant an der Glocke läutet, geht im Operationssaal das Licht aus (vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=cPcPyUjLLkE>). Hidroaysén handelte sich viel Kritik aus der Bevölkerung und von NGOs ein, die diese Art der Werbung als Terrorkampagne (*campana del terror*) bezeichneten und ablehnten.

von Wasserkraft. Würde das Projekt nicht gebaut, müssten seiner Ansicht nach sieben thermoelektrische Kraftwerke errichtet werden, um die gleiche Menge an Energie zu erzeugen. Das wäre mit einem erheblichen Ausstoß von CO₂ verbunden. Durch das Projekt würde demgegenüber der Ausstoß von 17 Millionen Tonnen CO₂ vermieden werden (vgl. I-2 Fernández).

Das Argument des Kostenvorteils

Aufgrund der vorhergehenden Energiekrise begannen zwischen 2005-2008 in Chile die Diskussionen über den zukünftigen Energiemix. Da das Land über keine eigenen fossilen Energieträger verfügt und reich an Möglichkeiten zur Erzeugung erneuerbarer Energie ist, entschied man sich diesen Bereich auszubauen. Allfällige Pläne für den Ausbau von Kernenergie wurden nach dem Unfall von Fukushima und der dauerhaften latenten Erdbebengefahr in Chile schnell wieder in die Schublade zurückgesteckt. Das Potential von Wasserenergie wird in Chile sehr hoch geschätzt und ist bei weitem nicht ausgeschöpft.

Die Betreiber von Hidroaysén argumentieren, neben dem unausgeschöpften Potential von Wasser, mit den günstigen Kosten von Wasserenergie. Mit Produktionskosten von 30 US Dollar pro Mwh liege sie weit unter jenen von thermischer Energie (78 US Dollar pro Mwh) und Geothermik (107 US Dollar pro Mwh).⁵⁷

Das Bündnis Patagonia Sin Represas fordert demgegenüber den Ausbau von Solar- und Windenergie im Norden Chiles und hat gemeinsam mit einem Bündnis von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen eine eigene Strategie für den zukünftigen Energiemix erstellt (vgl. CCTP 2011). Die Betreiber Hidroayséns berufen sich darauf, dass sich diese beiden Energieerzeugungsformen aufgrund ihrer enormen Produktionskosten von 141 US Dollar pro Mwh in Windparks und sogar 237 US Dollar pro Mwh durch Solaranlagen disqualifizieren würden.

Soziale Gerechtigkeit- und Partizipationsargument

Dieses Argument wird von allen Seiten verwendet. Die Regierung verweist auf soziale Gerechtigkeit im Rahmen des von ihr vertretenen „nachhaltigen“ Entwicklungsmodells und auf die Möglichkeit der Bürger_innenbeteiligung innerhalb des Systems der

⁵⁷ Siehe Grafik auf der Website des Betreibers <http://www.hidroaysen.cl/contexto-energetico/multimedial-3/>

Umweltverträglichkeitsprüfung (wie wenig aber die Möglichkeit einer Partizipation von Bürger_innen tatsächlich besteht, wurde oben bereits dargestellt).

Hidroaysén bezieht sich ebenso auf die Möglichkeit der Bürger_innenbeteiligung und bezeichnet zudem seine Maßnahmen im Rahmen der CSR- Richtlinie als Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Unter diese Maßnahmen fällt die geplante Senkung von Energietarifen in der Region und das Versprechen sozialer Integration durch den Ausbau von WLAN-Netzen.⁵⁸ Wie diese Maßnahmen auch anders interpretiert werden können, wird später (7.4) erläutert.

7.2 Akteure, Interessen, Strategien

In diesem Kapitel werden die zentralen Akteur_innen des Konfliktes vorgestellt. In ihrer Darstellung wird versucht, den Kreis der involvierten Akteur_innen möglichst weit zu fassen. Diesem Versuch liegt die Annahme zugrunde, dass innerhalb der öffentlichen Umwelt- und Ressourcenpolitik nicht nur staatliche, sondern auch nicht-staatliche Akteur_innen, wie NGOs und lokale Bewohner_innen, agieren. Mit Hilfe einer multiskalaren Perspektive lassen sich darüber hinaus die Kämpfe um die Verallgemeinerung von Interessen einzelner Akteur_innen in unterschiedlichen räumlichen Ebenen betrachten. Außerdem geraten durch eine solche Perspektive auch die ungleichen Bedingungen (Machtverhältnisse) der einzelnen Akteur_innen in den Blick. Nicht alle Akteur_innen verfügen über die gleichen Einflussmöglichkeiten bzw. Ressourcen.

Die Schlüsselfrage dieses Kapitels bezieht sich auf die hegemoniale Konstellation des Inwertsetzungsparadigmas. Gefragt wird danach, ob und inwieweit dieses Paradigma von den involvierten Akteur_innen geteilt wird. Die Interessen der Akteur_innen werden nicht als von vornherein gegeben verstanden, sondern als einem Konstruktionsprozess unterliegend: „*Was jeweils Interesse wird hängt bereits von Situationsdeutungen und dem Wissen der Akteure ab*“ (Sablowski 1994, 154: zit, nach Bartenberger 2010)

Die Akteur_innenstruktur lässt sich in zwei Gruppen einteilen: Befürworter_innen und Gegner_innen. Innerhalb dieser Gruppen unterscheidet sich zwischen nationalen und lokalen Akteur_innen.

⁵⁸ Siehe Information auf der Website des Betreibers: <http://www.hidroaysen.cl/en-la-region/responsabilidad-social-empresarial/>

7.2.1 Befürworter_innen

Lokale Akteur_innen:

Als lokale Akteurin ist die Betreiberfirma Hidroaysén selbst zu nennen. Sie besitzt die Wassernutzungsrechte an den Flüssen Pascua und Baker, an welchen sie die fünf Wasserkraftwerke errichten will. Darüber hinaus besitzt Hidroaysén 99,5 % der Wassernutzungsrechte der Region Aysén.

Im Rahmen ihrer Kampagne tritt sie mit einer eigenen lokalen Strategie auf. Sie versuchen das negativ konnotierte Image des transnationalen Konzerns umzudeuten, indem sie mit billiger Energie für Aysén, der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze (20% aus der Region) und einer Verbesserung der lokalen Infrastruktur (Straßen und Gesundheitsnetz) wirbt.⁵⁹

Es lässt sich nur eine einzige Gruppierung in der Region Aysén finden, die sich explizit für die Umsetzung des Projektes einsetzt, die Corporación de Desarrollo Aysén por Aysén⁶⁰. Daneben sind es hauptsächlich Einzelpersonen und Interessengruppen, die das Projekt befürworten und eine Chance darin sehen wollen.

Es sind vor allem Klein- bis Mittelbetriebe, hauptsächlich in der Tourismusbranche verankert, die sich für das Projekt aussprechen. So auch der Besitzer eines Cafés in Coyhaique Fernando Chimble. Sein Hauptargument für das Projekt ist der versprochene Fortschritt der Region. Er weist auf das Fehlen von Arbeitsplätzen hin, auf die teuren Strompreise wie auch auf die mangelhafte Infrastruktur und artikuliert die Chance der Korrektur dieser Mängel durch die Versprechen von Hidroaysén. Daneben kritisiert er die Intervention von Akteur_innen von außerhalb der Region, zu denen er Vertreter_innen der Initiative Patagonia sin Represas rechnet, und die fehlende Alternative der Opponent_innen zum Projekt. Chimble ist der Ansicht, dass durch ein geschlossenes Auftreten der lokalen Bevölkerung eine starke Verhandlungsbasis geschaffen und das Beste für die Region ausgehandelt werden könne. Zur Frage der Verwendung von Ressourcen antwortet er, dass für ihn deren Sinn in ihrer Nutzbarmachung „für gute Zwecke“ liege. Sie sollen der Region Aysén dienlich sein (vgl. I-14 Chimble).

⁵⁹ Siehe Information auf Website des Betreibers: <http://www.hidroaysen.cl/en-la-region/beneficios-para-aysen/>

⁶⁰ Mehr Informationen zur Gruppierung auf ihrer Website: <http://www.aysenporaysen.cl/>

Nationale Akteur_innen:

Zum einen zählt zu diesen ENDESA Chile, eine Tochterfirma von ENDESA Spanien (zu 92% im Besitz von ENEL Italien), die über 81 % der nationalen (nicht- verbrauchenden) Wassernutzungsrechte Chiles verfügt. Zum anderen muss hier die chilenische Elektrizitätsfirma Colbún genannt werden, an welcher die einflussreiche chilenische Investmentgruppe Matte Anteil hält. Beide Unternehmen besitzen 74 % des nationalen Stromnetzes. Nach der Fertigstellung von Hidroaysén würde sich ihr Anteil auf über 80 % erstrecken.⁶¹

Neben ENDESA und Colbún zählt das staatliche Energieministerium zu den nationalen Hauptakteur_innen, die das Projekt befürworten und vorantreiben. Nachdem sich das nationale Elektrizitätssystem in privaten Händen befindet und die Hauptprofiteur_innen eines steigenden Energiebedarfs die privaten Unternehmen sind, ist es zu bezweifeln, dass die Regierung ernsthafte Maßnahmen zur Reduktion des Konsums setzt. Im Gegenteil, die dem Ministerium unterstellte Expert_innenkommission für die Elektrizitätsentwicklung des Landes hebt in ihrem Bericht das großes Potential für die Wasserkrafterzeugung in der Region Aysén hervor und empfiehlt dem Präsidenten von diesem Potential Gebrauch zu machen (vgl. Astudillo 2011).

Weitere Unterstützung erhält das Projekt von einflussreichen wirtschaftlichen Gruppierungen und Konzernverbänden (vgl. Romero/Romero/Toledo 2009).

⁶¹ Vgl. Information auf Website der Kampagne: <http://www.patagoniasinrepresas.cl/final/dinamicos/inserto7.pdf>

7.2.2 Gegner_innen

Lokale Akteur_innen:

Gegner_innen des Projektes schließen sich in Netzwerken vor Ort zusammen, die aus lokalen und indigenen Gemeinschaften, Tourismusverbänden, Umwelt-NGO's sowie Kirchenvertreter bestehen (siehe Skizze 3). Diese Gruppen und Personen sind unmittelbar von den Auswirkungen des Projektes betroffen und damit Hauptakteur_innen im Rahmen des sozio- territorialen Konflikts. Sie kämpfen für ihren Zugang zu und die Nutzung von natürlichen Ressourcen (Wasser, Land, Flora und Fauna). Im weiteren Sinne fechten sie die Kämpfe um die (soziale) Re-skalierung der kapitalistischen- auf Extraktion basierenden- Produktionsmuster aus.

Zwar vertreten die einzelnen Akteur_innen verschiedene (teils divergierende) Interessen, verfolgen aber mit der Verhinderung des Projekts ein gemeinsames einheitliches Ziel, das sie zusammenschweißt.

Die im Tourismus tätige Miriam Chimble⁶² befürchtet negative Folgen für den Tourismus in der Region. Statt der Errichtung großer Wasserkraftwerke plädiert sie für die Schaffung eines regionalen Entwicklungsplans, der auf die bisher zentralen Wirtschaftsbereiche Tourismus, Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei abgestimmt ist, die Partizipation fördert und den Reichtum innerhalb der Region gleichmäßig verteilt (vgl. I-9 Chimble).

Genauso wie Miriam Chimble, fordert auch Patricio Segura⁶³, Präsident der regionalen Korporation CODESA (Corporación Privada para el Desarrollo Aysén) ein Entwicklungsmodell für die Region, welches sich an dem eigens ausgearbeiteten Konzept „Aysén Reserva de Vida“⁶⁴ orientiert. Die Energiepolitik des Landes sei, seiner Meinung nach, zu sehr auf die großen Bergbauprojekte im Norden ausgerichtet. Prinzipiell bezeichnet er sich selbst nicht als Gegner von Wasserkraft, sondern befürwortet sie sogar. Wichtig ist ihm dabei aber, dass Nachhaltigkeit sichergestellt ist. Die großen Probleme der chilenischen Umwelt und Ressourcenpolitik verortet er im mangelnden demokratischen Gehalt der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und im fehlenden politischen Willen einer sozial-ökologischen Transformation. Die im Jahr 2010 in Kraft getretene Reform der öffentlichen Politik ändere nichts an den dominanten Produktions- und Konsummustern einer, seiner Meinung nach, individualisierten Gesellschaft. (vgl. I-6 Segura)

⁶² Sie ist pikanterweise die Schwester von Fernando Chimble und Geschäftsführerin des Restaurants Ricer in Coyhaique. Zudem ist sie lokale Vorsitzende des Consejo de Defensa de la Patagonia.

⁶³ Mehr zu Patricio Segura auf seinem Blog: <http://psegura.wordpress.com/>

⁶⁴ Mehr zum Konzept unter <http://aysenreservadevida.blogspot.com/>

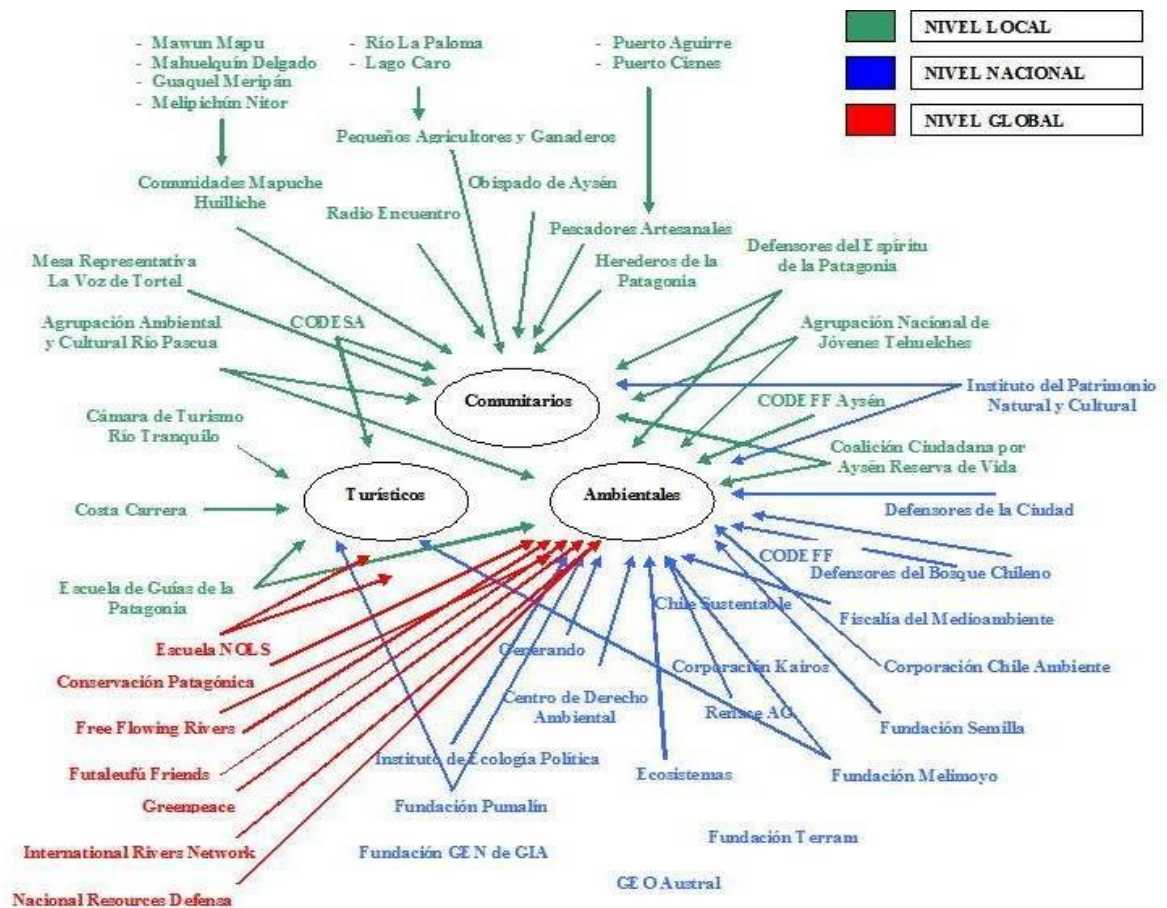
Als weiterer prominenter Gegner des Projekts ist der Bischof der Region Aysén, Luis Infanti de la Mora, zu nennen. Er setzte sich bereits in mehreren nationalen und internationalen Auftritten öffentlich gegen den Bau der Kraftwerke ein.⁶⁵ Die Argumentation des Bischofs folgt der Vorstellung von Wasser als Geschenk Gottes und ein Menschenrecht, das sich nicht in privatem Eigentum befinden dürfe (vgl. I-14 Mora).

Während sich die bisher genannten Akteur_innen allesamt als Teil des Consejo de Defensa de la Patagonia sehen, existieren auch noch Personen und Gruppen außerhalb dieses Dachverbandes, die aber ebenso gegen den Bau der Kraftwerke opponieren. Zu diesen Akteur_innen zählen lokale Vereinigungen (*agrupaciones*), die sich in basisdemokratisch geführten Versammlungen organisieren, in deren Rahmen sie über ihr Vorgehen und ihre Aktionen gegen Hidroaysén beraten. Eines ihrer Mitglieder ist Bagual⁶⁶, der zwischen den verschiedenen Vereinigungen einen koordinierenden Part einnimmt. Mit der Kampagne *Patagonia sin Represas* verbindet ihn das Ziel, die Errichtung der Wasserkraftwerke zu verhindern. Abgesehen davon, verfolgen die *agrupaciones* jedoch andere politische Absichten. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach mehr Mitspracherecht und Rekollektivierung von Grund und Boden. Darüber hinaus werden Ansätze eines Grünen Kapitalismus⁶⁷ als zukünftiges Gesellschaftsmodell sehr skeptisch betrachtet (vgl. I- 15 Bagual).

⁶⁵ So auch Ende April 2010 mit einer Rede an die Aktionäre von ENEL im Rahmen der jährlichen Hauptversammlung in Rom (vgl. Patagonia Reserva de Vida 2010).

⁶⁶ Die Person möchte nur mit ihrem Vornamen erwähnt werden.

⁶⁷ Mehr zu Grünem Kapitalismus siehe Kaufmann/Müller 2009.



Skizze 6: Diagramm der Gegner_innen nach räumlichen Ebenen
(Quelle: Romero T., H., Romero A., H. Y Toledo, X: 2009)

Nationale Akteur_innen:

Unter den Gegner_innen finden sich nichtstaatliche nationale Akteur_innen, die mit internationalen Akteur_innen durch starke Verflechtung der Interessen verwoben sind. Obwohl sie nicht direkt von den Auswirkungen betroffen sind, spielen sie eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung des Projekts. Unter dem Dachverband Consejo de Defensa de la Patagonia (CDP) finden sich neben diversen Einzelpersonen auch Organisationen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die, wie sie es nennen, „Verteidigung“ des chilenischen Patagonien zu übernehmen. Unter ihnen befinden sich Organisationen wie Chile Sustentable, Terram, Greenpeace oder das Instituto de Ecología Política.

Für die Mitglieder des CDP ist das Projekt Hidroaysén grundsätzlich alles andere als umweltfreundlich, da durch die Überflutung großer Landstriche Ökosysteme dauerhaft zerstört werden. Stattdessen setzt der Verband auf die Energieeffizienz umweltfreundlicher

Energiegewinnung, wie Solar- und Windenergie, und fordert eine substanzielle Energiereform (vgl. CCTP 2012). Die wesentlichen Aufgaben des CDP bestehen in der sowohl administrativen als auch finanziellen Kampagnenführung der national wie international weit verbreiteten Großkampagne *Patagonia Sin Represas*. Darunter fallen Aktivitäten wie beispielsweise die Aufbereitung und Verbreitung von Informationsmaterial sowie die Planung und Organisation von Protestaktionen.

Exkurs: Die Rolle Tompkins'

Von Seiten der Befürworter des Projekts wird kritisiert, dass hinter der angesprochenen Kampagne *Patagonia sin Represas* im Konkreten und hinter der Arbeit des CDP im Allgemeinen ausländische Interessen stünden, die die Aktivitäten der Gegner maßgeblich mitfinanzieren (vgl. Carmona: 2011). In diesen Anschuldigungen fällt immer wieder der Name von Douglas Tompkins, einem US-amerikanischen Multimillionär und Eigentümer großer Gründe in Patagonien, die er als Naturparke führt (vgl. Montenegro 2006). In Chile beispielsweise betreibt Tompkins den Naturpark Pumalín, der nahe der Ortschaft Chaitén gelegen ist.

Juan Pablo Orrego (Vertreter von Ecosistemas und Angehöriger des CDP) bestreitet im Interview nicht, finanzielle Mittel aus den Händen des Ökomagnaten bekommen zu haben. Zwar betrachtet Orrego privates Eigentum von riesigen Landstrichen grundsätzlich als problematisch, jedoch muss er einräumen, dass ohne die Hilfe Tompkins' hunderte Hektar Land aufgrund der Vernachlässigung durch den Staat verkümmert wären. Tompkins habe, Orrego zufolge, wie auch schon zuletzt bei den beiden anderen Kampagnen gegen die Staudämme Ralco und Pangué, keine Bedingungen für seine Unterstützung gestellt (vgl. I-3 Orrego).

Etwas anders betrachten die Aktivist_innen der *jovenes tehuelches*⁶⁸ die Sache und lehnen die Einflussnahme durch Tompkins' finanzielle Zuwendungen ab. Unter anderem aufgrund dieser Meinungsverschiedenheit schließen sie sich nicht dem CDP an, sondern betreiben ihre eigene kleine Informations- und Protestkampagne in der direkt betroffenen Region, obwohl sie in grundsätzlichen Annahmen zu den Folgen des Projekts und den Gründen zur Ablehnung in vielen Punkten mit jenen des CDP übereinstimmen.

⁶⁸ Mehr Informationen, unter: <http://jovenestehuelches.blogspot.com/>

Multiskalarität des Konflikts

Wie bereits anhand der Ressourcenpolitik (Wassergesetz, Elektrizitätsgesetz) gezeigt wurde, lässt sich ein Inwertsetzungsparadigma innerhalb der Aneignung natürlicher Ressourcen konstatieren. Dieses Paradigma bildet den Rahmen (hegemoniale Konstellation), in dem die Konflikte um die Gestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ausgetragen werden. Im Folgenden wird mit dem Konzept der Politics of Scale versucht, die räumliche Dimensionierung des Konflikts darzustellen. Mit anderen Worten: Es wird dargelegt, auf welchen räumlichen Ebenen sich die Prozesse um die Verallgemeinerung von Interessen vollziehen.

Zum einen lässt sich sagen, dass durch die Reskalierung staatlicher Ressourcenpolitik (räumliche Verlagerung der Wasserkraftentwicklung in die Region Aysén) neue Scales produziert werden. Die Produktion eines Raumes für die zukünftige Energieerzeugung läuft auch im herangezogenen Fall Hidroaysén nicht konfliktfrei ab, sondern ist umkämpft. Nationale Akteur_innen, allen voran die Projektbetreiber von Hidroaysén und das staatliche Energieministerium, versuchen ihre Interessen, vor allem die Steigerung der Energieerzeugung und die Profitmaximierung, auf lokaler Ebene durchzusetzen.

Wie unten im Exkurs zu *environmental justice* gezeigt werden wird, dient die räumliche Reorganisation der Ressourcenpolitik auch zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Denn „[...] *scalar reconfiguration also procure new sociophysical ecological scales that shape in important ways who will have access to what kind of nature, and the particular trajectories of environmental change*“ (Swyngedouw 2004: 132). Die Kosten für zukünftige Umwelteinwirkungen werden an lokale Akteur_innen übertragen, welche mittels Vorsprachen - beispielsweise im europäischen Parlament oder auf Sozialforen⁶⁹ - versuchen, ihre lokalen Interessen, wie ihren Vorschlag eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells, zu verteidigen. Sie betreiben *scale-jumping*, indem sie auf neuen Skalen aktiv werden (vgl. Heeg: 254).

Zusammenfassend lässt sich der Inhalt des Konflikts zwischen nationaler und lokaler Ebene als Kampf um die zukünftige Entwicklung der Region betrachten. Neben den sich veränderten Kräfteverhältnissen und neu entstehenden Handlungsspielräumen von Akteur_innen ändert sich mit der Reskalierung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses auch der Staat, und zwar indem sich die neuen Verhältnisse in das institutionelle Gerüst (einzelner Staatsapparate) einschreiben.

⁶⁹ Juan Pablo Orrego, Internationaler Sprecher des CDP hielt im April 2010 eine Rede vor dem Europäischen Parlament (vgl. Patagonia Reserva de Vida) und warb auf dem Alternativforum Enlazando Alternativas zum EU-LAC Gipfel in Madrid 2010 um die Unterstützung für die Kampagne Patagonia sin Represas (vgl. Enlazandotv 2010).

7.2 SEIA

Das System der Umweltverträglichkeitsprüfung (SEIA) gilt, wie bereits geschildert, als zentrales Instrument zur Überprüfung der Umweltverträglichkeit eingereicherter Projekte. Es basiert auf hauptsächlich technischen Beurteilungsmaßstäben und inkludiert die Möglichkeit einer Bürger_innenbeteiligung. Wie dieses Verfahren im Fall Hidroaysén vonstatten ging, wird im Folgenden untersucht.

Am 13. August 2008 kündigte Hidroaysén an vorerst nur einen Teil des Gesamtprojekts, nämlich die Errichtung der fünf Kraftwerke gemeinsam mit einer 11.000 Seiten langen Umweltverträglichkeitsstudie, in das SEIA einzureichen. Die zum Projekt gehörende Stromtrasse werde erst später der Umweltverträglichkeitsprüfung zugänglich gemacht⁷⁰. Nach Ablauf der ersten, 30-tägigen Frist hatten die 33 zuständigen *servicios publicos* bereits 2.680 Anmerkungen (*observaciones*) vorgelegt. Elf von ihnen sprachen dem Projekt nach Artikel 24 der Geschäftsordnung des SEIA aufgrund fehlender Informationen sofort die weitere Bearbeitung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung ab. Trotz dieser negativen und auf technischen Untersuchungen beruhenden Beobachtungen entschloss sich die COREMA Aysén unter der Leitung des damaligen Vorsitzenden Salim Carrasco am 7. November 2008, das Projekt nicht gänzlich abzulehnen, sondern stattdessen die Projektbetreiber durch ein Gutachten (ICSARA 1) dazu aufzufordern, die Mängel zu korrigieren.⁷¹ Dieses Gutachten wurde fünf Tage später von der regionalen Umweltkommission, ohne dass diese Entscheidung einer Abstimmung unterzogen worden war, an Hidroaysén verschickt.

Im Zuge der Bürgerbeteiligung wurden während der gesamten aufrechten Frist insgesamt 11.000 Anmerkungen (*observaciones*) eingereicht. Noch vor Ablauf der 60 Tage wurde die Erstellung des Gutachtens von offizieller Seite für beendet erklärt. In der Folge fanden etwa 99% der Bemerkungen keine Erwähnung mehr.⁷²

Hidroaysén antwortete neun Monate später, nach mehreren Ansuchen auf Fristverlängerung, am 20. Oktober 2009, auf die in ICSARA 1 festgestellten Mängel und Fragestellungen in Form der Agenda 1. Während des Novembermonats 2009 nahmen die einzelnen *servicios publicos* zu der

⁷⁰ Dieses Vorgehen entpuppte sich als cleverer Schachzug des Unternehmens. Falls die Errichtung von fünf Kraftwerken genehmigt wird, lastet ein großer Druck auf den öffentlichen Behörden, auch die geplante Stromtrasse zu bewilligen. Ohne Stromtrasse kann der in Aysén gewonnene Strom nicht ins Zentrum verbracht werden.

⁷¹ Mit dieser rein politischen Entscheidung, die alle technischen Aspekte der *servicios publicos* untergräbt und unter zweifelhaften Bedingungen stattfand, wird dem Projekt die Tür weit aufgestoßen.

⁷² Dieses Vorgehen wird von den Gegnern des Projektes vor Gericht als grobe Rechtsverletzung vorgebracht.

Agenda Stellung, wobei 14 von den 33 Stellen weiterhin ihre Ablehnung erklärten.

Trotzdem entschied sich die COREMA dazu, das Projekt weiterhin im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung zu behandeln und erstellte ein weiteres Gutachten (ICSARA 2), das am 18. Januar 2010 an Hidroaysén geschickt wurde und in welches von den ursprünglich 2.680 *observaciones* nur noch 1.114 eingearbeitet waren. Wie schon beim ersten Mal, verpassten die Projektbetreiber die gesetzlich vorgeschriebene Frist (Januar 2010) und antworteten auf das Gutachten mit 9-monatiger Verspätung, am 28. Oktober 2010, durch Agenda 2.

Wichtig zu erwähnen ist, dass sich zu diesem Zeitpunkt der Umweltverträglichkeitsprüfung ein bedeutsamer Wechsel innerhalb der institutionellen Struktur der Umweltpolitik ereignete. Die im Januar 2010 in Kraft getretene Reform der Umweltpolitik schuf nicht nur neue Organe, sondern auch ein neues System der Umweltverträglichkeitsprüfung (*Servicio de Evaluación Ambiental*), durch welches die bisherigen regionalen Umweltkommissionen (COREMA) von einer zentralisierten *Comisión de Evaluación Ambiental* ersetzt wurden. Diese neue Kommission setzt sich aus weniger Akteur_innen zusammen.⁷³ Geleitet wird sie nach wie vor von regionalen Regierungsvertreter_innen (*intendente regional*), die jedoch von der im März 2010 ins Amt gewählten Regierung des rechtskonservativen Sebastian Piñera (*Partido Nacional*) alle neu bestellt wurden. Im November 2010 fertigte die neue Kommission ein drittes Gutachten (ICSARA 3) an, in welchem nur noch auf bescheidene 199 *observaciones* der ursprünglich weit mehr als 2000 eingegangen wurde. Auf diese verbliebenen Fragestellungen antwortete Hidroaysén am 11. April des darauffolgenden Jahres 2011.⁷⁴

Je näher der Zeitpunkt der endgültigen Abstimmung rückte, desto schwerer lastete der Druck auf den Entscheidungsträger_innen. Beispielsweise fällt der Rücktritt des Direktors der regionalen Umweltkommission, Eduardo Lagos Reyes, wegen persönlicher Motive, die nicht weiter ausgeführt wurden, in diesen Zeitraum. An seiner Stelle übernahm Bolívar Ruiz⁷⁵ für die sozialistische Partei das Amt, der bis dahin das System der Umweltüberprüfung in der Region Bío Bío geleitet hatte. Von den restlichen elf Personen der regionalen Umweltkommission wurden weitere vier wegen Korruptionsverdacht von der Entscheidung ausgeschlossen (siehe 7.3.1 Korruption). Sie wurden durch Personen ersetzt, die nur über eine ausgesprochen kurze Einarbeitungszeit in die äußerst komplexe Materie verfügten. Am 9. Mai 2011 erfolgte schließlich die Abstimmung, die mit elf positiven Stimmen und einer Enthaltung endete.

⁷³ Im Unterschied zur früheren COREMA sind in der neuen Kommission die regionalen Gouverneure und Gemeinderäte nicht mehr stimmberechtigt.

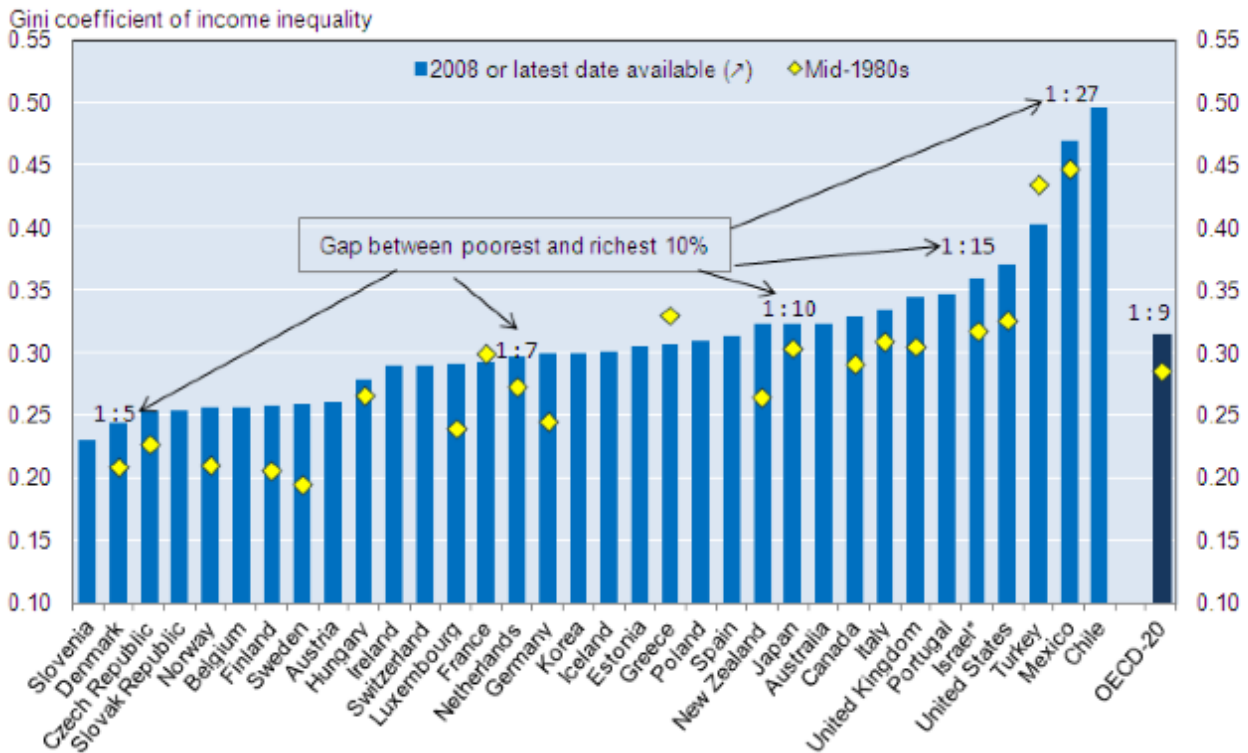
⁷⁴ Dies war die letzte Möglichkeit den Prozess zugunsten der Projektbetreiber abzuschließen.

⁷⁵ Zwei Tage, nachdem er am 9.05.2011 für die Bewilligung des Projekts gestimmt hatte, trat er aus der sozialistischen Partei allerdings aus (vgl. Guzmán 2011).

Exkurs: Environmental Justice

Führt nun die Bearbeitung des sozio-territorialen Konflikts innerhalb des Systems der Umweltverträglichkeitsprüfung auch zu mehr Umweltgerechtigkeit? Um diese Frage zu beantworten, wird der Konflikt im Folgenden dem von der Universität Chile erstellten Environmental Justice-Test (vgl. Arístequi 2011) unterzogen. Den Ausgangspunkt bildet die Annahme, dass die Nachhaltigkeit oder Nicht-Nachhaltigkeit eines Projekts keinerlei Aussagekraft über seine tatsächliche Umweltgerechtigkeit in der Definition von environmental justice besitze. Für diese sei entscheidend, ob die Kosten und Erträge des Projektes gerecht verteilt würden. Dass die sozial-ökologischen Kosten des Projekts Hidroaysén von erheblichem Ausmaß sein werden, lässt sich anhand des langwierigen Prozesses der Umweltverträglichkeitsprüfung mit seinen mehr als 3000 geäußerten Bedenken zweifellos feststellen. Während sich die ökologischen Kosten schwer beziffern lassen, können die Einbußen für den Tourismus zumindest annähernd beziffert werden: Die jährlichen Erträge auf nationalem Niveau belaufen sich auf derzeit auf etwa 1.977 US- Dollar (vgl. INE 2010); die Region Aysén verbucht mit ihren 125.000 Tourist_innen jährlich ein Plus von 80 Millionen US- Dollar (vgl. Alzérreca 2009). Laut einer Umfrage der Universität Chile geben 72 % der interviewten Tourist_innen an, während der 10-jährigen Bauzeit des Projekts nicht mehr in die Region reisen zu wollen. 40 % wollen laut eigener Angabe nach Fertigstellung des Projekts nie mehr in die Region zurückkehren. (vgl. Jaramillo/Sapiains). Im Vergleich dazu, schafft das Projekt 140 dauerhafte Arbeitsplätze für die Region. Lässt man nun das Argument des Energiebedarfs für Chile- ungeachtet der anderen Möglichkeiten (Energieeffizienz bzw. umweltfreundliche erneuerbare Energien)- gelten, stellt sich trotzdem die Frage, ob das Projekt in dieser Form auch in einer Region errichtet werden würde, in der Menschen mit weitaus mehr Machteinfluss leben. Fest steht, dass der produzierte Strom nicht den Bewohner_innen der Region zugute kommen wird, sondern dieser über die geplante Stromtrasse ins zentrale Stromnetz eingespeist werden soll. Obwohl im Vorfeld nicht überprüft werden kann, welche Unternehmen die genauen Profiteure dieses Projektes sein werden, lässt sich dennoch festhalten, dass zum einen die Projektbetreiber selbst und zum anderen der Bergbau und Industriesektor, die zusammen 70% der nationalen Energie verschlingen, davon profitieren werden. Nun ließe sich argumentieren, dass die Erträge aus diesen Sektoren im Grunde genommen allen Bewohner_innen des Landes in irgendeiner Weise zugute kommen. Sieht man sich allerdings die Einkommensverteilung des Landes an, kommt man zu einem anderen Schluss: Chile ist von allen OECD Mitgliedern, das Land mit der am stärksten ungleichen Einkommensverteilung.

Laut aktueller Studie der OECD (2011) ist das Durchschnittseinkommen der reichsten 10% der Bevölkerung ca. 27 Mal höher als das der ärmsten 10 % (siehe Skizze 7).



Skizze 7: OECD Income Distribution and Poverty Database (www.oecd.org/els/social/inequality).

Selbst bei annähernd ausgeglichener Einkommensverteilung würde sich die Frage aufdrängen, wieso einige wenige die Umweltkosten zum Vorteil der Mehrheit auf sich nehmen müssten. Für diesen Fall sieht das SEIA Kompensationen für verursachte Umweltveränderungen vor⁷⁶. Das praktische Problem an diesem Konzept ist, dass sich Veränderungen an der Biodiversität nicht mit ein paar Hektar Naturschutzgebiete kompensieren lassen. Darüber hinaus werden die Kompensationen auf der Basis der bei Einreichung des Projektes in die Umweltverträglichkeitsprüfung feststehenden Auswirkungen berechnet. Zusätzlich zu dieser äußerst dünnen Regelung besteht zudem der dringliche Verdacht, dass einige der vorgebrachten negativen Effekte, welche von den diversen *servicios publicos* im Rahmen ihrer technischen Studien festgestellt wurden, von oberster Stelle durch die nationale Umweltkommission nachträglich

⁷⁶ Kompensationen haben per Definition das Ziel, die negativen Effekte von Umwelteinwirkungen durch positive Effekte auszugleichen.

verändert wurden. So beklagte die Gewerkschaft der CONAF etwa, dass ihr Bericht über das empfohlene Verbot der Überschwemmung des 18,8 Hektar großen Nationalparks San Rafael (einer von mehreren Nationalparks, die vom Projekt betroffen wären) derart abgeändert wurde, dass es am Ende nur mehr ein Gebot zur Einhaltung des Nachhaltigkeitsgrundsatzes beinhaltete (vgl. Segura 2011). Eduardo Katz, Leiter der Abteilung Naturschutzgebiete innerhalb der CONAF, stritt in einem Interview jegliche Vorwürfe ab und entgegnete lakonisch, die Gewerkschaften wären in jeder Situation nur auf die Schaffung von Problemen aus (vgl. I-10 Katz). Sollte die Anschuldigung der Gewerkschaft jedoch einen Funken Wahrheit beinhalten, würde das bedeuten, dass einige der tatsächlichen Umwelteinwirkungen des Projektes gar nicht im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung Berücksichtigung fanden. Dies bedeutete wiederum für die kalkulierten Kompensationsmaßnahmen, dass die Grundlage ihrer Berechnung nicht nur fragwürdig, sondern darüber hinaus komplett verfälscht wäre.

Obwohl die Bürger_innenbeteiligung ein hohes Ausmaß (insgesamt wurden über 11.000 Bemerkungen abgegeben) erreichte, hat dieser Prozess seine Schattenseiten: Wie bereits geschildert wurde, erschwert der komplexe Vorgang der Umweltverträglichkeitsprüfung (10.000 Seiten Bericht) und der kurze Zeitraum (30 Tage) die Möglichkeiten der Partizipation erheblich. Hinzu kommt, dass ohne die notwendigen Mittel (finanzieller und fachlicher Natur) die Beteiligung der lokalen Bewohner_innen an diesem Prozess nahezu wirkungslos bleibt.

Im Falle von Hidroaysén stand hinter den vielen *observaciones* die Unterstützung der vielen beteiligten NGOs, die auch einen Leitfaden zur Erstellung herausgaben, bestätigte der Präsident des Consejo de Defensa de la Patagonia, Patricio Rodrigo (vgl. Bustamente 2009)

Der Geschäftsführer von Hidroaysén, Hernán Salazar, bemüht sich die Bedeutung der vielen *observaciones* zu schmälern. Insgesamt hätten nur 3800 Personen an der Bürger_innenbeteiligung teilgenommen, von denen ca. 40% zwischen 2 und 17 *observaciones* eingereicht hätten. Darüber hinaus würden 90% der Beteiligten nicht aus der Region stammen, so Salazar weiter (ebd.).

Wie groß auch immer die Beteiligung der Bürger_innen war, es steht fest, dass ihr Ergebnis nicht bindend ist. Aristegui (2011) kommt zum Schluss, dass „solange die Bürger_innenbeteiligung nicht gleich viel zählt, wie die Expert_innenmeinung, werden weiterhin Projekte genehmigt, die sich durch eine systematische Diskriminierung auszeichnen.“ (ebd. 263). Auch im Hinblick auf die Umweltgerechtigkeit, lässt er kein gutes Haar an diesem Projekt: Der Test ergibt, dass die Umweltkosten des Projekts von den Bewohner_innen der Region getragen werden müssen, während die ökonomischen Erträge und die gewonnene Energie in andere Bevölkerungssektoren fließen. „In Folge dessen eindeutig diskriminierend“ (ebd. 262).

7.3 Korruption

Korruption (von lat. *corrumpere*, jmd. verführen, bestechen) meint allgemein „den eigennützigen Bruch von Verpflichtungen, die man gegenüber anderen, v.a. gegenüber dem Gemeinwesen⁷⁷ eingegangen ist.“ (Haug/González 2010a). Der Begriff birgt allerdings eine Gefahr in sich: Seine normative Besetzung⁷⁸ kann dazu führen, dass die gesellschaftlichen Grundlagen von Korruption ausgeblendet werden. Die Herausforderung kritischer Korruptionsforschung ist demnach, Korruption nicht als bloße Abweichung von rechtlichen Normen bzw. als Umgehen von öffentlichen Interessen, sondern als Teil des gesellschaftlichen Verteilungskonfliktes und als von ungleichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen geprägt zu begreifen. Somit wird Korruption als tägliche Lebensrealität analysiert. (vgl. Schippers 2010: 90)

Rund um das Projekt Hidroaysén sind vorwiegend einige Mitglieder der COREMA vom Vorwurf der Korruption betroffen. Das sind jene öffentlichen Funktionär_innen, die für die letztgültige Entscheidung über den Ausgang der Umweltverträglichkeitsprüfung verantwortlich sind.

Der Vorsitzenden Pilar Cuevas wird Parteilichkeit vorgeworfen. Konkret spielt dieser Vorwurf auf Cuevas Funktion im Rahmen der Durchführung des regionalen Entwicklungsplans von 2010-2014 an. Von Seiten regionaler Organisationen wird ein direkter Zusammenhang zwischen den vorgesehenen Summen des Entwicklungsplans und zwei Energieprojekten (unter ihnen das Projekt Hidroaysén) hergestellt. Diese Umstände, so die Kritik, machen eine unparteiische Beurteilung des Projekts unmöglich. (vgl. Segura 2011). Ein ähnlicher Vorwurf lastet auf Paola Bäuerle Ewert, die ebenfalls Mitglied der Kommission und Funktionärin des regionalen Ministeriums für Umwelt ist. Ihrem Mann werden Verbindungen zur einer der zwei Betreiberfirmen Hidroayséns, dem nationalen Energiekonzern Colbún, nachgesagt (vgl. ebd.). Fernando Guzmán Espinoza, Funktionär des regionalen Ministeriums für Wirtschaft, wird angelastet, seine Dienste für Hidroaysén im Zuge der Finanzierung von kommunalen Organisationen angeboten zu haben (vgl. ebd.). Weiters fielen zwei Funktionär_innen in öffentlichen Stellungnahmen mit eindeutigen Bekenntnissen zum Projekt auf. Die Funktionärin des regionalen Ministeriums für Bergbau, Victoria Moya Cáceres, spricht in

⁷⁷ In einer kapitalistischen Gesellschaft ist jedes Projekt solidarischer Gesellschaft der Korruptionsgefahr ausgesetzt. Die Formen der Korruption konzentrieren sich an den Grenzen zwischen Staat (Politik) und Markt (Profitlogik) sowie zwischen konkurrierenden Profitinteressen (vgl. Haug/González 2010a).

⁷⁸ Normativ deshalb, weil das Verständnis von Korruption als korrupter Ist-Zustand notwendigerweise ein Verständnis von einem wünschenswerten Soll-Zustand beinhaltet (Schippers 2011: 89-90). Meist wird in diesem Zusammenhang implizit von einem prinzipiell „guten Staat“ (Good Governance) ausgegangen, der von bestimmten rechtlichen Normen und einem eurozentristischen Demokratieverständnis geprägt ist.

einem Interview im Mai 2008 davon, dass sie in diesem Moment mit einem Bauunternehmen zusammenarbeite, das bezeichnenderweise gleichzeitig bei Hidroaysén unter Vertrag stehe. Cáceres äußerte überdies im selben Interview ihr Verständnis für die Arbeitsplatzsituation in der Region und drückt damit implizit ihre Befürwortung des Projektes aus. Ihr Kollege im Verkehrsministerium, Quemel Sade Barría, äußerte sich in seiner ersten Stellungnahme nach seiner Ernennung mit den Worten: *„Die größten Energiereserven des Landes befinden sich in den Händen unserer Region. Uns allein obliegt es, Aysén mithilfe seiner sauberen und erneuerbaren Wasserkraftreserven lukrativ an das Wachstum und den Aufschwung Chiles anzuhängen, damit die hiesige Bevölkerung am Fortschritt teilhat.“* (Radio Santa María 2012) Am deutlichsten kommt die Verstrickung von Staat und Projekt am Beispiel des Gouverneurs der Provinz, General Carrera, zum Ausdruck, der bis zum Tag seiner Bestellung zum Mitglied von COREMA, die Koordination der Beziehungen zwischen Gemeinden und Projekt inne hatte. All diese genannten Beispiele ergeben nicht nur eine schiefe Optik der Beziehung zwischen öffentlichen Funktionär_innen und der Firma Hidroaysén, sondern stellen die genannten Personen darüber hinaus unter Verdacht, gegen bestehende Gesetzesvorschriften zu verstoßen (vgl. Segura 2011).

Zwischenfazit SEIA, Korruption:

Wie anhand der Umweltverträglichkeitsprüfung gezeigt wurde, kommen im Rahmen der Beurteilung des Projekts Selektionsleistungen der staatlichen Umweltpolitik zum Tragen. Diese bestehen darin, dass die aus technischer Sicht, sowie von Seiten der Bürger_innen, vorgebrachten Zweifel am Projekt nicht behandelt werden. Sozial-ökologische Probleme werden zwar durch das Instrument der Umweltverträglichkeitsprüfung, inklusive ihrer Bürger_innenbeteiligung, in die staatlichen Apparate aufgenommen. Es werden allerdings nur jene behandelt, die dem dominanten Entwicklungsparadigma nicht im Weg stehen. Die öffentliche Verwaltung spielt bei diesem Prozess eine entscheidende Rolle. Der drei Jahre anhaltende bürokratische Weg, den das Verfahren genommen hat, bot den Betreibern des Projekts die Möglichkeit, durch gezieltes Lobbying Einfluss auf die Entscheidungsträger_innen zu nehmen. Zudem erschwert dieser lange Zeitraum die politische Arbeit oppositioneller Gruppen sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht. Wie sehr die Verbindungen zwischen wirtschaftlichem Sektor und staatlichen Politikbereichen reicht, zeigen die unzähligen Korruptionsvorwürfe. Rechtswidrige Handlungen werfen allerdings auf beide Seiten ein schlechtes Licht. Um den gewährten Anschein an Neutralität zu bewahren, bildet die staatliche Umweltpolitik verschleiernde Selektionsleistungen heraus. Ein Beispiel dafür ist die Kooptation.

7.4 Kooptation

Bei Kooptation (von lat. *cooptare*, hinzuwählen) handelt es sich um eine Form der Reproduktion von Herrschaft, welche „die Basis“ von den Entscheidungen fernzuhalten versucht, indem sie deren Entscheidungskompetenz an sich zieht und Leute, oft auch ohne deren direktes Einverständnis oder gegen deren Willen einfach „kooptiert“. Es soll sichergestellt werden, dass nur jene aufsteigen, die das Vertrauen der Entscheidungsträger genießen. Mit anderen Worten versucht man eine Repräsentanz von Gruppen herzustellen, die mittels materieller Zugeständnisse ihre Zustimmung zum Projekt signalisieren, ohne jedoch dabei aktiv darauf Einfluss zu nehmen (vgl. Haug/González: 2010b).

Am Beispiel der Region Aysén zeichnet sich folgendes Bild: Aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen (kalte Winter, schlechte Infrastruktur und schlechtes Gesundheitssystem) und der mangelnden Zukunftsperspektiven der Region (kaum Arbeitsplätze), ist es nicht weiter verwunderlich, dass innerhalb der Bevölkerung der Wunsch nach Verbesserung der eigenen Lebenssituation einen hohen Stellenwert einnimmt. Der Staat, der sich eigentlich um die Anliegen der Bevölkerung kümmern sollte und für die Entwicklung der Region zuständig wäre, verfügt nicht über die ausreichende finanzielle Mittel und/oder verfolgt andere Ziele⁷⁹, sodass die vermeintliche Lösung der Probleme (und die damit verbundenen Wünsche nach Verbesserung der Lebenssituation) in die Hände privater Projekte, wie Hidroaysén, übergeben wird. Das Projekt beinhaltet im Rahmen seiner CSR- und regionalen Entwicklungsstrategie materielle Zugeständnisse an die lokale Bevölkerung. Der Verdacht liegt nahe, dass man sich damit die Zustimmung der Bevölkerung zum Projekt - im wahrsten Sinne - erkaufen will.

So wurden von Hidroaysén mehrere Fonds ins Leben gerufen, die finanzielle Mittel für Kleinbetriebe und soziale Organisationen bereitstellen. Finanziert wird alles, was unter die Kategorien „produktive Entwicklung und soziale Integration“ subsumiert werden kann. Darunter fallen sowohl Kulturveranstaltungen als auch Stipendien für einzelne Schüler_innen und Student_innen (vgl. El Divisadero 2010). Exemplarisch ist der Fall einer Frau aus Coyhaique, die ein Grundstück auf der geplanten Baufläche des Megaprojektes besaß. Die Frau hatte sich ursprünglich gegen das Projekt ausgesprochen. Um sie zur Zustimmung zu bewegen, bot ihr

⁷⁹ Der genaue Grund für die Vernachlässigung der regionalen Entwicklung kann hier nicht erschöpfend behandelt werden. Die Vermutung liegt aber nahe, dass zumindest diese beiden Faktoren eine tragende Rolle spielen.

Hidroaysén 300.000 Pesos (das sind umgerechnet nicht mehr als 430 Euro), um das kaputte Dach ihres Hauses zu reparieren. Auf das Angebot hin stimmte sie dem Projekt zu (vgl. I-5 Espinoza). Erwähnenswert ist auch, dass zwischen den Gemeinden (Cochrane, Aysén und Coyhaique) und dem Unternehmens bereits diverse Abkommen bestehen.⁸⁰

Dem Vorwurf der beabsichtigten Einflussnahme muss sich die von Hidroaysén ins Leben gerufene Initiative mit dem Namen „Conversemos de Energía“ (Reden wir über Energie) stellen. Diese, in Form einer Schulausstellung gestaltete Werbekampagne für Hidroaysén, erntete viel Kritik. Nicht nur der Versuch der Verschleierung ihrer Ziele durch ihre Ausgestaltung als informative Ausstellung wurde angegriffen; sondern darüber hinaus wurde sie als Versuch gedeutet, auf den Unterrichtsinhalt der Schulen Einfluss zu nehmen.⁸¹

Zwielichtig erscheint auch das Vorgehen der Politik. Am 11. April schloss Präsident Sebastian Piñera den Plan Aysén in Cochrane ab. Dieser sieht die Beschleunigung von großen privaten Investitionsprojekten vor. Davon sollen allein 1.505 Millionen US Dollar in den Energiesektor fließen.⁸²

Am gleichen Tag reicht Hidroaysén die ursprünglich für den 15. April vorgesehene Agenda 3 ein. (vgl. Larrain 2011)

Am 15. Mai desselben Jahres bekundet der Innenminister Rodrigo Hinzpeter öffentlich seine Sympathie für das Projekt (vgl. emol.cl 2011).

Wie sich anhand der Beispiele für Kooptation konstatieren lässt, ergibt sich für Staat und Unternehmen eine Win-Win-Situation. Der Staat muss kein Geld in Infrastruktur und soziale Maßnahmen zum Wohl der regionalen Bevölkerung stecken. Diese Aufgabe übernehmen die Unternehmen im Rahmen ihrer CSR-Strategie, die wiederum von der steigenden Zustimmung der Bevölkerung zu ihren Projekten profitieren. Jenen Menschen und Meinungen, die ungeachtet koordinativer und verschleiender Selektionsleistungen ihren Unmut gegen das Projekt aufbringen, begegnet man mit repressiven Selektionsleistungen.

⁸⁰ So z.B. ein Kultur- und Sportabkommen zwischen der Gemeinde Cochrane und Hidroaysén unterschrieben am 22. Jänner 2009 (vgl. Segura 2010).

⁸¹ So kritisiert etwa der ehemalige Bürgermeister und Präsident des Kultur- und Umweltvereins Rio Pascua, Hans Silva, in einem Interview mit der regionalen Tageszeitung El Divisadero, den Verstoß dieser Initiative gegen die Richtlinien des Unterrichtsministeriums (vgl. ElDivisadero.cl 2009).

⁸² Laut Experten reicht diese Summe für die Installation von 500 bis 700 MW. Hidroaysén verfügt über 35,65 MW. (vgl. Larrain 2011)

7.5 Repression

Kurze Zeit nach Bekanntgabe des positiven Abstimmungsergebnisses am 9. Mai 2011 sammelten sich tausende Leute auf öffentlichen Plätzen in ganz Chile, um ihren Unmut gegen die Entscheidung auszudrücken. Vor allem in den großen Städten Santiago, Valparaiso und Concepción kam es zu Demonstrationen mit Massencharakter. Auch in der Hauptstadt der Region Aysén, Coyhaique, trafen sich hunderte Menschen vor dem Büro der regionalen Umweltkommission und wiesen lautstark auf ihren Unmut hin. In der Hauptstadt Santiago waren es bis zu 40.000 großteils junge Menschen, die gegen den geplanten Bau der fünf Wasserkraftwerke in Patagonien und aus Protest gegen die Regierung Piñera auf die Straße gingen. Die Demonstrationsteilnehmer_innen sammelten sich auf der Plaza Italia und versuchten bis zum Regierungspalast La Moneda zu ziehen. Die Polizei (Carabineros) verhinderte dies, indem sie die Demonstrant_innen einkesselte und mit Wasserwerfern und Tränengas attackierte. Zahlreiche Personen wurden verletzt und Dutzende von der Polizei in Gewahrsam genommen. (vgl. Heinrich Böll Stiftung: 2011)

Patricio Rodrigo, Sekretär des Consejo de Defensa de la Patagonia und Teilnehmer der Demonstration schilderte die Situation folgendermaßen: *„Die Exekutivkräfte gaben sich unerbittlich stur. Sie ließen uns nicht weiterziehen. Und beschneiden unsere Bürgerrechte. Wir sehen vor uns eine Regierung, die sich zur Komplizin eines multinationalen Projekts mit negativen Auswirkungen für das Land macht und zu diesem Zweck die eigenen Bürger_innen unterdrückt, die ihre Rechte und Interessen geltend machen will.“* (CEME 2011: 2)

Flavia Liberona, Direktorin der Umweltstiftung Terram, zeigte sich verärgert über die staatliche Umweltpolitik: *„Es wiederholt sich in ganz Chile! Die Zustimmung zum Bau von Kohle- und Wasserkraftwerken wird erteilt, entweder ohne dass der Institucionalidad Ambiental überhaupt Gehör geschenkt wird, oder aber so, dass in den Entscheidungen klar zum Ausdruck kommt, dass diese komplett gescheitert ist!“* (ebd. 3) Der Partido Ecologista kritisierte Innenminister Hinzpeter aufgrund der repressiven Maßnahmen der Polizei (vgl. Garrido 2011). In den darauffolgenden Tagen und Monaten kam es wiederholt zu spontan ausbrechenden Demonstrationen (die größte fand am 20. Mai 2011 statt, als in Chile (und an anderen Orten weltweit) mehr als 100.000 Menschen auf die Straße gingen⁸³). Den Demonstrationen schlossen sich schrittweise die Gewerkschaften und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen an. Die Proteste wurden von großem Polizeiaufgebot begleitet, welches regelmäßig mit unverhältnismäßigen und repressiven Maßnahmen aufwartete.

⁸³ Siehe Liste der national und international angesetzten Demonstrationorte: <http://www.observatorio.cl/node/2513>

8. Fazit und Ausblick

Ziel dieser Arbeit war es, die chilenische Umwelt- und Ressourcenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Konflikte um Natur zu analysieren. Geleitet wurde die Analyse durch zwei zusammenhängende Frageblöcke.

Der erste Block befasste sich mit dem strukturellen Rahmen der staatlichen Umwelt- und Ressourcenpolitik, in welchem die Ursache von sozialen Konflikten um Natur im chilenischen Kontext verortet wurde. Die Verdichtung von Kräfteverhältnissen und Diskursen, welche den extraktivistischen Naturverhältnissen unterliegen, und ihre Auswirkungen auf die Dynamiken von Konflikten standen dabei im Vordergrund.

Im zweiten Frageblock richtete sich das Interesse auf die *Konfliktform* und deren institutioneller Bearbeitung. Als besonders relevant wurden hier der Handlungsspielraum der Akteur_innen und die Bearbeitungsmodi im Rahmen des institutionellen Gerüsts der staatlichen Umwelt- und Ressourcenpolitik dargestellt.

Die Fallstudie zu Hidroaysén diente dazu, diese Aspekte anhand eines konkreten Beispiels zu veranschaulichen.

Eine historisch-materialistische Perspektive auf policy-making-Prozesse in der Ressourcenpolitik wurde herangezogen, um die sektoralen Wasser- und Elektrizitätsgesetze nicht als Ergebnis von sozio-ökonomischen Prozessen, sondern als Teil von Kämpfen um die Gestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu begreifen. Die Kämpfe, die zwischen den gesellschaftlichen Kräften ausgetragen werden, finden auf dem Terrain des Staates statt.

Während neoliberale Kräfte in den 1980er Jahren auf die vollständige Privatisierung von chilenischem Wasser pochten, forderten die Mitglieder des Militärregimes statt dessen staatliche Regulierungen. Das Ergebnis der Auseinandersetzung innerhalb dieses sektoralen Kräfteverhältnisses war schließlich ein Kompromiss: Wasser konnte in Form *privater Nutzungsrechte*, die von der staatlichen Wasserbehörde vergeben wurden, genutzt, zurückgehalten und verkauft werden.

Dieser Kompromiss verdichtete sich in den Staatsapparaten und wurde in Form der Wasser- und Elektrizitätsgesetze 1981 und 1982 festgeschrieben. Hiermit wurde der Grundstein für den Inwertsetzungsprozess von Wasser gelegt: Wasser wurde als Ressource (Treibstoff) für die Elektrizitätserzeugung identifiziert, also symbolisch-diskursiv produziert, was zur Folge hatte, dass sich der wirtschaftlich starke Energiesektor den überwiegenden Anteil der Nutzungsrechte von Wasser sicherte. Begünstigt durch die institutionellen Umstrukturierungen infolge des Elektrizitätsgesetzes von 1982, welches privaten Investoren einen großen Handlungsspielraum einräumte und den entstandenen Wettbewerbsvorteil von Wasserkraft gegenüber anderen Formen der Elektrizitätserzeugung fixierte, erlebte die Wasserkraftentwicklung einen wahren Boom. Als kurz vor Ende der Diktatur (1989) die Privatisierung des staatlichen Energiekonzerns ENDESA erfolgte, war der nationale Elektrizitätssektor nahezu vollständig den Marktmechanismen untergeordnet.

Durch die in den Staatsapparaten verdichtete Naturbeherrschung (Inwertsetzung) schrieben sich in weiterer Folge die Machtverhältnisse in die Natur ein: Über Wasserkraftwerke gelingt es den Eigentümer_innen der Wassernutzungsrechte Kontrolle über den Zugang anderer zu und deren Nutzung von Wasser auszuüben.

Das Inwertsetzungsparadigma formte die Ressourcenpolicies. Gleichzeitig stellt es den strukturellen Rahmen dar, in dem die Konflikte um die Gestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ausgetragen werden. In jeder einzelnen Stufe des Inwertsetzungsprozesses findet sich Konfliktpotenzial, das sich in tatsächlichen Konflikten äußerte, wie etwa den Aneignungs- und Nutzungskonflikten zwischen einzelnen Akteur_innen und verschiedenen Formen der Wassernutzung.

Ein weiterer Konflikt entstand durch die sozio-ökonomische, skalare Reorganisation der nationalen Ressourcenpolitik. Angetrieben durch die dominanten Marktmechanismen innerhalb der Ressourcenpolitik und das Entwicklungsparadigma suchte sich das Kapital neue Räume zur Produktion von Natur (spatio-temporal fixes). In Folge dieser Verschiebung rückten die riesigen Wasserreserven des chilenischen Südens in das Interesse transnationaler Energiekonzerne. Durch die Erschließung dieser neuen Gebiete entstanden weitere Konflikte. Bei diesen Konflikten handelte es sich allerdings nicht ausschließlich um räumliche Konflikte, sondern um eine räumliche Dimensionierung sozialer Prozesse (Scale-Debatte). Die räumlich-maßstäbliche Reorganisation dient hierbei als Mittel, um die regionalen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verschieben. Der Konflikt charakterisiert sich vor allem durch das Aufeinanderprallen zweier räumlicher

Machtstrategien: Auf der einen Seite steht ein nationales Interesse, die Region für die zukünftige Energieversorgung des Landes zu nutzen. Auf der anderen Seite finden sich die Bestrebungen eines regionalen Entwicklungsmodells, welches auf Nachhaltigkeit und Demokratisierung setzt. Die Kämpfe zwischen beiden Positionen werden im Rahmen der staatlichen Umweltpolitik ausgetragen.

Die staatliche Umweltpolitik stellt als soziales Verhältnis den Handlungsrahmen dar, in dem die einzelnen Akteur_innen (national/regional) den Kampf um die Verallgemeinerung ihrer Interessen austragen. Hinter ihr steht ein Konzept „nachhaltiger“ Entwicklung des Landes, das durch das Spannungsverhältnis zwischen Schutz und produktive Nutzung von Umwelt gekennzeichnet ist. Dieses schizophren anmutende Verhältnis findet auch Ausdruck in der nationalen Biodiversitätsstrategie. Zwar werden in ihr Maßnahmen für die nachhaltige Förderung natürlicher Ressourcen festgehalten, doch wird deswegen nicht vom dominanten Inwertsetzungsparadigma abgerückt. Insofern spielen sich die Kämpfe zwischen den einzelnen Akteuren, die auf unterschiedlichen Ebenen ausgetragen werden, innerhalb dieser hegemonialen Konstellation ab.

Darüber hinaus übersetzen sich die Konflikte um die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in die inter-intra-organisativen Probleme des Staates, genauer gesagt in den instabilen Kompromiss zwischen Produktivkräften und Umweltpolitik, und werden von den einzelnen Staatsapparaten bearbeitet.

Am Beispiel Hidroaysén erfolgt die Bearbeitung der sozio-ökologischen Probleme im Rahmen der nationalen Umweltverträglichkeitsprüfung. Konkret betrachtet findet sie zwischen den staatlichen Behörden mit Umweltkompetenz (*servicios publicos*), welche die technischen Studien über die möglichen Umweltauswirkungen des Projekts erstellten, und jenen Ministerien statt, welche rein wirtschaftlichen Zielsetzungen folgen.

Das Spannungsverhältnis zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung übersetzt sich in das koordinative Institutionensystem der Umweltkommission, wo es anhand koordinativer Selektionsleistungen durch den Staat bearbeitet wird. Die nationale Umweltkommission unterscheidet selektiv zwischen bestimmten Themen, indem sie bestimmte Bereiche für wichtiger als andere erklärt. Während technische Fragen des Projekts in den Vordergrund gestellt werden, finden Themen der Partizipations- und Verteilungsgerechtigkeit nur symbolische Bearbeitung (siehe *environmental justice*). Darüber hinaus zeigt sich deutlich, dass den Interessen großer Energiekonzerne mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als den Anliegen lokaler Gemeinschaften. Die nationale Umweltkommission behandelt nur jene Aspekte des Projekts, die im Interesse ihrer

Mitglieder_innen stehen. Da sich die Kommission zum Großteil aus sektoralen Produktivkräften zusammensetzt, liegt auf der Hand, dass sich zwangsläufig deren Positionen im Bearbeitungsprozess niederschlagen. Fragen des *environmental justice* werden im Rahmen der Bearbeitung ausgeklammert. Der Verhandlungsprozess ist trotzdem von langer zeitlicher Dauer, da die Bearbeitung des Themas in den bürokratischen Apparaten der Verwaltung viel Zeit in Anspruch nimmt. So vergingen zwischen dem Moment des Eintritts des Projekts in die Umweltverträglichkeitsprüfung und der letzten Entschlussfassung über seine Approbation mehr als drei Jahre.

In diese Zeit fällt der dringliche Verdacht auf Korruption einiger in den Prozess Involvierter. Zwar schlugen sich die Vorwürfe nicht in Form konkreter Gerichtsurteile nieder, doch erhärtet sich der Verdacht ihrer Handfestigkeit durch die Rücktritte einiger der betroffenen Entscheidungsträger_innen erheblich.

Neben dieser koordinativen bildet sich auch eine repressive Selektionsleistung der Staatsapparate heraus. Nach der letzten Entscheidung, die zugunsten des Projektes ausfiel, verlagerte sich der Konflikt auf die Straße und äußerte sich in Form riesengroßer Demonstrationen. Diese und andere Protestmaßnahmen wurden durch Polizei und zeitweise Militär gewaltsam niedergeschlagen sowie zu unterdrücken versucht. Eine ganz wesentliche Selektionsleistung der Staatsapparate, bildet die Kooptation. Um von den illegalen und gewalttätigen Aktionen abzulenken, wird um die Zustimmung der lokalen Bevölkerung gebuhlt, indem man deren Votum erkauft.

Ausblick

Seitdem die regionale Umweltkommission das Projekt Hidroaysén am 9. Mai 2010 bewilligt hat, versuchen die Gegner_innen des Projektes, unter ihnen Parlamentarier_innen⁸⁴, lokale und nationale Akteure_innen, das Projekt durch gerichtliche Maßnahmen zu kippen.

Am 18. Mai 2010 wurde auf Initiative von 55 Abgeordneten des Abgeordnetenhaus eine Menschenrechtskommission mit der Überprüfung behaupteter Regelwidrigkeiten, im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung des Projektes Hidroaysén, betraut.

Am 20. Juni 2010 verhängte das Berufungsgericht von Puerto Montt aufgrund der vorgebrachten

⁸⁴ Darunter die Senatoren Antonio Horvath, Carlos Bianchi, Guido Girardi und die Abgeordneten Gabriel Silber, Enrique Accorsi und Patricio Vallespín (vgl. Terram 2011).

Anklagepunkte⁸⁵ den vorzeitigen Stopp des Projekts.

Am 1. August desselben Jahres wird der Beschluss der Wasserdirektion aufgrund dessen die Wassernutzungsrechte seinerzeit an den Projektbetreiber Hidroaysén übertragen worden waren, durch den Rechnungshof aufgehoben.

Am 22. Juni 2010 beschlagnahmt die Staatsanwaltschaft im Rahmen einer Untersuchung den Computer eines Mitglieds der regionalen Umweltkommission (vgl. Terram 2011).

Am 6. Oktober 2010 lehnte das Berufungsgericht die Anklagepunkte ab und gab grünes Licht für die Fortführung des Projekts. Daraufhin griffen die Gegner_innen des Projektes zu ihrer letzten Möglichkeit und wandten sich mit ihren Anliegen an den Obersten Gerichtshof (vgl. ElCiudadano.cl 2011)

Am 18. Januar 2012 veröffentlichte die im Jahr zuvor mit dem Fall betraute Menschenrechtskommission ihren Endbericht (vgl. Informe 2012). Darin ist die Rede von groben Rechtsverstößen (vgl. Emol.com 2012).

Für Ende Januar 2012 wird die endgültige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes erwartet.

Quo vadis chilenische Umweltpolitik? Das wesentliche Ziel der am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Reform der Umweltpolitik besteht laut der ehemaligen Ministerin und Architektin dieser Reform, Ana Lya Uriarte, in der Schaffung eines starken Umweltsektors, der in der Lage ist Herausforderungen zukünftiger Umweltpolitik besser zu meistern. Dazu zählt die Bearbeitung und Lösung von sozial-ökologischen Konflikten (vgl. Interview Uriarte).

Das Hauptziel meiner Arbeit war es zu untersuchen, wie durch staatliche Politik Konflikte bearbeitet werden. Aufgrund der gewonnen Erkenntnisse, ergeben sich für mich mir folgende Schlüsse:

Auf dem Feld staatlicher Umweltpolitik werden sozial-ökologische Konflikte mit Hilfe von Gesetzen, Institutionen und Instrumenten bearbeitet. Wie aus den Ergebnissen hervorgeht, werden auf diesem Terrain jedoch andere Kämpfe ausgefochten. Zum einen geht es darum, Lösungskompetenz zu signalisieren und dem Legitimationsverlust staatlicher Politik entgegenzuwirken. Zum anderen findet Umweltpolitik im Schatten anderer Politikbereiche statt. Vor allem die mächtigen Produktivsektoren, wie Bergbau und Energie, betreiben starke

⁸⁵ Für eine Auflistung der einzelnen Punkte siehe Terram 2011 Seite 3.

Wettbewerbspolitik.

Selbst wenn es gelänge, den Sektor Umwelt durch die geplanten Maßnahmen der Reform (z.B. stärkere politische und institutionelle Hierarchisierung von Umweltthemen) aufzuwerten, stellt die staatliche Politik nicht die Lösung dar, sondern das eigentliche Problem. Denn sie löst den, der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Widerspruch, zwischen Arbeits- und Verwertungsprozess, also zwischen notwendiger Naturaneignung und kapitalistischer Inwertsetzung nicht. Zu tief ist die *imperiale Lebensweise* in staatlichen Politiken, alltäglicher Praxis und Unternehmen verankert (vgl. Brand 2008).

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigten für die Entwicklung von Strategien für soziale und ökologische Bewegungen folgende Schlüsse: Meines Erachtens müssen sich die Kräfte klar sein, dass tiefgründige Veränderungen kaum vom Staat erhofft werden können. Das liegt vordergründig daran, dass zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Sektoren enge Beziehungen bestehen, wie anhand der vielfältigen Korruptionsvorwürfe deutlich wurde. Außerdem werden die meisten Studien zur Umweltverträglichkeitsprüfung von den Projektbetreibern selbst in Auftrag gegeben. Die Aufgabe sozial-ökologischer Bewegungen wird es sein, die Deutungshoheit für sich zurück zu erobern. Wie anhand der verschiedenen Selektionsleistungen gezeigt wurde, wählt der Staat nur jene Narrative, die ihm am günstigsten erscheinen. Deshalb wird zukünftig die Strategie der Kampagne Patagonia Sin Represas an Bedeutung gewinnen. Sie besteht darin, gegen-hegemoniale Diskurse und Praktiken denkbar zu machen. So setzt sie sich in einem breiten Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen (Gewerkschaften und Studierenden) für eine andere Wirtschaftsordnung ein. Neoliberale Grundpfeiler, wie private Eigentumsrechte an natürlichen Ressourcen, werden kritisiert und die Rückwidmung von Ressourcen in öffentliche Güter gefordert. Außerdem werden alternative Formen der Energieversorgung (Solarenergie im Norden) in einem breiten Spektrum diskutiert und Vorschläge zur konkreten Umsetzung gemacht (vgl. CCTP 2011). Gegen-hegemoniale Strategien haben dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie eine Doppelstrategie verfolgen. Zum einen, indem sie „anti-imperiale“ Lebensformen denkbar machen und in Form anderer Produktions- und Konsumweisen in die alltägliche Praxis übertragen sowie zum anderen, indem sie für eine Veränderung auf institutioneller Ebene eintreten.

9. Literatur- und Interviewverzeichnis

Alle Onlinequellen (Kürzel Online:) wurden überprüft und zuletzt abgerufen am 29.01.2012.

Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien. Hamburg.

Altvater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden“ Sozialismus. Münster.

Alzérreca, Beatriz Román (2009): Análisis comparado de la competitividad turística en la Patagonia Austral. *Online:*

http://www.consultoradeturismo.com/pdf/INFORME_FINAL_PATAGONIA_2009.pdf

Aristequi, Juan Pablo (2011): Energía, Justicia Ambiental y Derechos Humanos. *Online:*

http://www.derechoambiental.udp.cl/wp-content/uploads/2011/10/udp_ddhh_2011_cap_091.pdf

Astudillo, Antonio (2011): Expertos recomiendan a Piñera desarrollar potencial hidroeléctrico de Aysén. *Online:* <http://diario.latercera.com/2011/11/17/01/contenido/negocios/10-90758-9-expertos-recomiendan-a-pinera-desarrollar-potencial-hidroelectrico-de-aysen.shtml>

Auer, Dirk (2008): Die Konflikttheorie der Hegemonietheorie. In: Thorsten Bonacker (Hg.). Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Wiesbaden.

Bader, Pauline/Florian, Becker/Alex, Demirović/Julia, Dück (2011): Die multiple Krise - Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hg.). VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg.

Bartenberger, Martin (2010): Mit Public Value zur Gegenhegemonie? Versuch einer historisch-materialistischen Policy Analyse des neuen ORF-Gesetzes. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Wien.

- Bauer, Carl J. (1998): *Against the Current: Privatization, Water Markets, and the State in Chile*. Boston/Dordrecht/London.
- Bauer, Carl J. (2009): Dams and Markets: Rivers and Electric Power in Chile. In: *Natural Resource Journal*, Vol. 49. S. 583 – 651.
- Bauhardt (2009): Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit. Probleme lokaler und globaler Governance am Beispiel Wasser. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 156, 39. Jg, 2009, Nr. 3. S. 391-405
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt am Main.
- Becker, Egon et al. (2000): Sozial-ökologische Forschung – Rahmenkonzept für einen neuen Förderschwerpunkt. Studententexte des ISOE Nr. 6. Frankfurt am Main.
- Bitterlich, Pedro Fernández (1998): Institucionalidad Ambiental. In: *Revista de Derecho*, August 1998. S. 35-42.
- Bonacker, Thorsten (2008): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Borquez, Rodrigo (2011): Actualización de Catastro de Proyectos de Generación Eléctrica en Chile. *TERRAM Análisis de Políticas Públicas*, Nr. 52, September 2011. S. 1-27.
- Brand, Ulrich (2008): „Umwelt“ in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik. In: *Widerspruch* 52, 2008. Zürich. S. 139-148.
- Brand, Ulrich (2009): Die multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Heinrich Böll Stiftung. *Online*:
http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple_krisen_u_brand_1.pdf

- Brand, Ulrich (2010): Konflikte um die Global Governance biologischer Vielfalt. Eine historisch-materialistische Perspektive. In: Peter H. Feind/ Thomas Saretzki (Hg.). Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden. S. 239 – 255.
- Brand, Ulrich (2011): State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis. (Unveröffentlichtes Manuskript). Institut für Politikwissenschaft Wien.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster.
- Brenner, Robert (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft. Hamburg.
- Bryant, Raymond/Bailey Sinéad (1997): Third World Political Ecology. London/New York.
- Bustamente, Danilo (2009): La estrategia de los opositores a HidroAysén tras las más de diez mil observaciones ciudadanas. *Online*: <http://www.ecosistemas.cl/1776/article-87193.html>
- Carmona, Alejandra (2011): Cómo se financia la millonaria campaña de Patagonia sin Represas. *Online*: <http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2011/06/06/como-se-financia-la-millonaria-campana-de-patagonia-sin-represas/>
- Castree, Noel (1995): The Nature of Produced Nature: Materiality and Knowledge Construction in Marxism. In: *Antipode*, 27, 1. S. 12-48.
- Castree, Noel (2000): Marxism and the Production of Nature. In: *Capital and Class*, Vol. 24. S. 5-36.
- Castree, Noel (2003): Commodifying what Nature? In: *Progress in Human Geography* Juni 2003/27. S. 273-297.
- Castree, Noel (2001): Socializing Nature. Theory, Practice, and Politics. In: Castree, N/ Braun, B. (Hg.). *Social Nature. Theory, Practice and Politics*. London.

CCTP (Comisión Ciudadana-Técnico-Parlamentaria) (2011): Chile necesita una gran reforma energética. *Online*: http://www.chilesustentable.net/wp-content/plugins/downloads-manager/upload/chile_necesita_una%20Gran_reforma_energetica.pdf

CEME (2011): Máxima represión policial frente a protestas en todo el país contra Hidroaysén. Radio.uchile.cl 9 Mai 2011 21.13. *Online*:
http://www.archivochile.com/Chile_actual/patag_sin_repre/05/chact_hidroay-5%2000029.pdf

CEPAL (2011): Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2010-2011. *Online*:
<http://www.eclac.org/publicaciones/xml/1/43991/2011-285-EEE-COMPLETO-WEB.pdf>

CEPAL/OECD (2005): Evaluaciones del desempeño ambiental CHILE. *Online*:
<http://www.eclac.org/publicaciones/xml/2/21252/lcl2305e.pdf>

CONAMA (2003): Estrategía Nacional de Biodiversidad. Diciembre 2003. *Online*:
<http://www.inia.cl/recursosgeneticos/descargas/EstrategiaNacionalBiodiversidad.pdf>

Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster.

Demirović, Alex (2008): Die Konflikttheorie von Karl Marx. In: Thorsten Bonacker (Hg.). Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Wiesbaden.

Dietz, Kristina (2011): „Sozial-ökologische Ungleichheiten. Zum Verhältnis von Gesellschaft, Natur und Demokratie in Lateinamerika“. In: Ingrid Wehr/Hans-Jürgen Burchardt (Hg.). Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt. Baden Baden.

Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2011): Zur politischen Ökologie von Klimawandel und Konflikt – Ansatzpunkte für eine gesellschaftstheoretische Analyse. Unveröffentlichtes Dokument. Wintersemester 2010/2011. FU Berlin.

- Dietz, Kristina/Wissen, Markus (2009): Kapitalismus und natürliche Grenzen. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 156, 39. Jg., 2009, Nr. 3.
- Dryzek, John S. (1989): Policy Science of Democracy. In: *Polity*, Vol. 22, Nr. 1. S. 97-118.
- EiCiudadano.cl (2011): A la Corte Suprema llegará controversia legal por HidroAysén. *Online*: <http://www.elciudadano.cl/2011/10/06/41976/a-la-corte-suprema-llegara-controversia-legal-por-hidroaysen/>
- EiDivisadero.cl (2009): Apoderados de Escuela de Villa O'Higgins impidieron muestra „Conversemos de Energía“ de HidroAysén. *Online*: <http://www.eldivisadero.cl/noticias/ask=show&id=19114>
- EiDivisadero.cl (2010): Fondos Concursables de HidroAysén: Veintiún organizaciones sociales se adjudicaron recursos. *Online*: <http://www.eldivisadero.cl/noticias/?task=show&id=23753>
- Emol.cl (2011): Hinzpeter: „Para el país sería bueno que se apruebe“ el proyecto HidroAysén. *Online*: <http://www.emol.com/noticias/economia/2011/05/09/480519/hinzpeter-para-el-pais-seria-bueno-que-se-apruebe-el-proyecto-hidroaysen.html>
- Emol.cl (2012): Comisión concluye que hubo "serias irregularidades" en evaluación de HidroAysén. *Online*: <http://www.emol.com/noticias/economia/2012/01/18/522253/comision-concluye-que-hubo-serias-irregularidades-en-evaluacion-de-hidroaysen.html>
- Enlazandotv (2010): Juan Pablo Orrego. *Online*: <http://blip.tv/enlazandotv-canal-de-video-de-enlazando-alternativas-iv/juan-pablo-orrego-chile-3699714>
- Fischer, Frank (2003): Reframing Public Policy. Discursive Politics and Deliberative Practices. Oxford/New York.
- Fischer, Frank/Forester, John (1993): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. Durham/London. Duke University Press.

- Fischer-Kowalski, Marina et al. (1997): Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in sozialer Ökologie. Amsterdam.
- Folchi D., Mauricio: La insustentabilidad del boom minero chileno: política y medio ambiente, 1983-2003. In: *Ecología Política*, Nr. 26. Barcelona. S. 23-49.
- Forsyth, Tim (2003): *Critical Political Ecology. The Politics of Environmental Science*. London. Routledge.
- Galeano (2002): *Las Venas Abiertas de America Latina*. Madrid.
- Garrido, Solange (2011): HidroAysén: Partido Ecologista critica a Hinzpeter por „represión que sufrieron los manifestantes“. *Online*: <http://www.biobiochile.cl/2011/05/10/hidroaysen-partido-ecologista-critica-a-hinzpeter-por-represion-que-sufrieron-los-manifestantes.shtml>
- Görg, Christoph (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster.
- Görg, Christoph (2003): Nichtidentität und Kritik. Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse. In: Böhme, Gernot/Manzei, Alexandra (Hg). *Kritische Theorie der Technik und der Natur*. München. S. 113-133.
- Görg, Christoph (2004) : Inwertsetzung. In: *Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM) Band 6/II*. Hamburg. S. 1501-1506.
- Gobierno de Chile (2010): Ministerio de Energía. *Online*: <http://www.gob.cl/media/2010/05/ENERGIA.pdf>
- Gramsci, Antonio (1991 f.): *Gefängnishefte*, Bd. 1-10. In: Bochmann K./Haug, W. F. et. al (1991 f.). Hamburg.
- Greven, Michael Th. (2008): „Politik“ als Problemlösung – und als vernachlässigte Problemursache. Anmerkungen zur Policy-Forschung. In: Frank Janning/Katrin Toens (Hg.) *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden. S. 23-33.

- GTZ (2007): Energiepolitische Rahmenbedingungen für Strommärkte und erneuerbare Energien. 23 Länderanalysen. Kapitel Chile. Eschborn. September 2007. *Online:*
<http://www.gtz.de/de/dokumente/de-windenergie-chile-studie-2007.pdf>
- Guzmán, Gerson (2011): Bolívar Ruiz renuncia al PS tras votar a favor de Hidroaysén. *Online:*
<http://www.biobiochile.cl/2011/05/11/bolivar-ruiz-renuncia-al-ps-tras-votar-a-favor-de-hidroaysen.shtml>
- Hajer/Wagenaar (2003): Introduction. In: Hajer, Maarten/Wagenaar Hendrik (Hg.). *Deliberative Policy Analysis*. Cambridge/New York. S. 1-30.
- Hall, Stephen (2009): ¿SE NECESITAN REPRESAS EN LA PATAGONIA? Un análisis del futuro energético chileno. Santiago de Chile.
- Hartmann, Peter (2009): Región de Aisén – Chile: dos décadas de ordenamiento territorial pro puestas de estrategias y modelos de desarrollo sustentable. In: *Revista de Urbanismo* Nr. 20, Juni 2009. Santiago de Chile.
- Harvey, David (1996): *Justice, Nature and the Geography of Difference*. Oxford.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des „neuen“ Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, Christian (Hg.). *Die Globale Enteignungökonomie*. Münster.
- Haug, W.F./González Casanova, Pablo (2010a): Korruption. In: *Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM) Band 7/II*. *Online:*
http://www.inkrit.de/e_inkritpedia/e_maincode/doku.php?id=k:korruption
- Haug, W.F./González Casanova, Pablo (2010b): Kooptation. In: *Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM) Band 7/II*. *Online:*
http://www.inkrit.de/e_inkritpedia/e_maincode/doku.php?id=k:kooptation
- Heinrich Böll Stiftung (2011): Activistas detenidos en protesta contra HidroAysén. *Online:*
<http://www.boell-latinoamerica.org/web/index-1058.html>

- Hervé, Dominique (2010): Noción y elementos de la justicia ambiental. Directrices para su aplicación en la planificación territorial y en la evaluación ambiental estratégica. In: *Revista de derecho* Vol. 23 Nr. 1, Juli 2010. S. 9 – 36.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg.
- INE (2010): Turismo, Informe Anual 2009. Online:
http://www.ine.cl/canales/menu/publicaciones/calendario_de_publicaciones/pdf/25_08_10/completa_turismo_09.pdf
- Informe (2012): Informe de la comisión de derechos humanos, nacionalidad y ciudadanía, constituida en especial investigadora de las eventuales irregularidades en el proceso de aprobación del proyecto de la central hidroeléctrica hidroaysén. *Online*:
http://issuu.com/psegura/docs/informe_final_comisi_n_investigadora_hidroays_n_a
- IPSOS (2011): Estudio de Opinión Pública. Abril 2011. *Online*:
http://www.ipsos.cl/documentos/Informe_de_actualidad_Abril_2011.pdf
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. Cambridge.
- Jessop, Bob (2010): Politische Ökonomie, Politische Ökologie und Demokratischer Sozialismus In: Alex Demirović/Stephan Adolphs/Serhat Karakayali (Hg.). *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas*. Baden Baden.
- Karl Marx und Friedrich Engels Werke Band 23 (zit. MEW 23) (1968): *Das Kapital*. Bd. I, Vierter Abschnitt. Berlin/DDR. S. 483-530.
- Köhler (2005): Ressourcenkonflikte in Lateinamerika. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XXI/2, 2005. S. 21-44.
- Köhler (2008): Die Materialität von *Rescaling*-Prozessen. Zum Verhältnis von *Politics of Scale* und *Political Ecology*. In: Wissen/Röttger/Heeg (Hg.). *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster.

- Köhler/Wissen (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: B. Lösch/A. Thimmel (Hg.). Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.
- Kraemer (2008): Die soziale Konstitution der Umwelt. Wiesbaden.
- Kreisky, Eva (2011): „Durch die Eiswüste der Abstraktion“? Aspekte der Theoriearbeit in der Politikforschung. Unveröffentlichtes Manuskript. Institut für Politikwissenschaft Wien.
- Jaramillo, Andrés/Sapiains, Rodolfo (2009): Impacto de los Proyectos de Represas en Aysén en el Desarrollo del Turismo de la Región. Universidad de Chile. *Online*:
<http://bibliotecaverde.wikieco.org/wp-content/plugins/downloads-manager/upload/impactorepresaturismoaysen.pdf>
- Larraín, Sara (2010): AGUA, DERECHOS HUMANOS Y REGLAS DE MERCADO. In: Sara Larrain, Pamela Poo (Hg.). Conflictos por el Agua en Chile. S. 15 – 52. *Online*:
http://www.archivochile.com/Chile_actual/patag_sin_repre/03/chact_hidroy-3%2000026.pdf
- Leal, Christian (2011): 21 de mayo: Con récord de interrupciones presidente Piñera presenta su 2° cuenta pública. *Online*: <http://www.biobiochile.cl/2011/05/21/21-de-mayo-a-las-10-de-lamanana-se-espera-segunda-cuenta-publica-del-presidente-pinera.shtml>
- Lowi, Theodore J. (1972): Four Systems of Policy, Politics, and Choice. In: *Public Administration Review* Vol. 32 Nr. 4. S. 298-310.
- Lüders, Christian (2003): Beobachten im Feld und Ethnographie. In: Uwe Flick/Ernst v. Kardoff/Ines Steike (Hg.). Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek. S. 384 – 401.
- Kaufmann/Müller (2009): Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. *Online*:
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Reihe_21/R21GruenerKapitalismus.pdf

Martinez, Esperanza (2011): Sumak kawsay (buen vivir). Vortrag am Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ 20-22 Mai. TU Berlin. *Online:*
<http://www.youtube.com/watch?v=Pj5my0p4xVQ>

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hg.). *Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen*. S. 441-471.

Montenegro, Maximiliano (2006): La disputa por la propiedad de las tierras. *Online:*
<http://www.pagina12.com.ar/imprimir/diario/elpais/1-72118.html>

Miller/Tyler (2003): *Environmental Science. Working with the Earth*. Pacific Grove.

Offe, Claus (1980): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt am Main.

OECD (2011): *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*. *Online:*
<http://www.oecd.org/dataoecd/40/58/49170768.pdf>

Patagonia Reserva de Vida (2010): *Intervenciones: Monseñor Luis Infanti de la Mora y Juan Pablo Orego Silva*. *Online:* http://www.ecosistemas.cl/web/images/stories/Documentos/delegacion_chilena_en_italia.pdf

Pizarro, Rodrigo/Vasconi, Paola (2004): Una Nueva Institucionalidad Ambiental para Chile. In: *TERRAM Análisis de Políticas Públicas*, Nr. 26 Jänner 2004. S. 1-16.

Pizarro, Rodrigo (2006): Los cinco problemas de la Institucionalidad Ambiental. In: *TERRAM Análisis de Políticas Públicas*, Nr. 39 Juli 2006. S. 1-10.

Poulantzas, Nicos (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*. Berlin.

Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.

- Radio Santa María (2011): CRONOLOGIA PROYECTO HIDROAYSEN. *Online*:
<http://www.radiosantamaria.cl/lr/?p=29>
- Radio Santa María (2012): Nuevo Seremi del MOP se muestra proclive a la construcción de hidroeléctricas en Aysén. *Online*:
http://www.radiosantamaria.cl/rsm/index.php?option=com_content&task=view&id=1653
- Robbins, Paul (2004): *Political Ecology*. Malden/Oxford/Carlton.
- Romero, Hugo Toledo/Romero, Hugo Aravena/Toledo, Ximena Olivares (2009): Agua, poder y discurso en el conflicto socio-territorial por la construcción de represas hidroeléctricas en la Patagonia Chilena. In: *Anuario de Estudios Americanos*, Vol. 66 Nr. 2. Madrid. S 81-103.
- Peet/Robins/Watts (2011): *Global Political Ecology*. Oxon/New York.
- Peet, Richards/Watts Michael (2004): *Liberation Ecologies. Environment, Development. Social Movements*. London/New York.
- Sachs, W. (1992). Wessen Umwelt? In: *Politische Ökologie* Nr. 27. S.61 f.
- Saretzki, Thomas (2003): Aufklärung, Beteiligung und Kritik: Die „argumentative Wende“ in der Policy-Analyse. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hg.). *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München.
- Scherrer, Christoph (1999): Hegemonie: empirisch fassbar? In: Merkens/Rego Diaz (Hg.). S. 71-84.
- Schippers, Lan-Katharina (2011): Korruption. In: Ilker Atac/Albert Kraler/Aram Ziai (Hg.). *Politik und Peripherie*. Wien.
- Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*. Wiesbaden.
- Schöne, Helmar (2005): Die teilnehmende Beobachtung als Datenerhebungsmethode in der Politikwissenschaft. Methodologische Reflexionen und Werkstattbericht. In: *Historical Social Research*, Vol. 30 Nr. 1 (2005). S. 168 – 199.

- SERPLAC (2011): Estrategía de desarrollo región de Aysén 2000-2006. *Online:*
http://www.ecosistemas.cl/1776/articles-71667_documento_pdf.pdf
- Smith (1984): Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space. Oxford.
- Smith (1990): The Production of Nature. In: Robertson, G. et al. FutureNatural. London. S. 35-54.
- Segura (2010): Los conflictos de interés que contaminan la evaluación ambiental de HidroAysén.
Online: <http://ciperchile.cl/2010/07/13/los-conflictos-de-interes-que-contaminan-la-evaluacion-ambiental-de-hidroaysen/>
- Segura (2011): Los cuestionamientos que complican a quienes decidirán la suerte de HidroAysén.
Online:
<http://ciperchile.cl/2011/05/03/los-cuestionamientos-que-complican-a-quienes-decidiran-la-suerte-de-hidroaysen/>
- Sustentable.cl (2010): Hay territorio, falta ordenarlo. *Online:*
http://sustentable.cl/reportajes_extendida.php?nid=3966
- Svampa, Maristella (2011): Minería y Neoextractivismo Latinoamericano. *Darío Vive*, 10 Juli 2011.
Online: <http://www.dariovive.org/?p=1500>
- Swyngedouw, Erik (2004): Scaled Geographies: Nature, Place, and the Politics of Scale. In: Sheppard, Eric/Mcmaster, Rober B. (Hg.). Scale and Geographic Inquiry. Natur, Society, and Method. Oxford. S. 129-153.
- Terram (2011): ¿En qué está el proyecto HidroAysén? 29. September 2011. *Online:*
http://www.terram.cl/images/stories/minuta_quehapasadoconhidroaysen29sep2011.pdf
- Torgerson, Doug (1986): Between knowledge and politics: thre faces of policy analysis. In: *Policy Sciences* Vol. 19. Nr. 1. S. 33-59.
- Uriarte, Lya Ana (2010): El estado y la Institucionalidad Ambiental. Email Korrespondenz auriarte@derecho.uchile.cl (21.12.2010)

Verfassung Chile (1980): Constitución Política de la República de Chile de 1980. *Online*:
<http://www.leychile.cl/Navegar?idNorma=242302>

Wissen, Markus (2008): Die Materialität von Natur und gebauter Umwelt. In: Alex Demirovic (Hg.). Kritik und Materialität. Münster.

Wissen, Markus (2008a): Zur räumlichen Dimensionierung sozialer Prozesse. Die *Scale*-Debatte in der angloamerikanischen *Radical Geography* – eine Einleitung. In: Wissen, Röttger, Heeg (Hg.) Politics of Scale. Münster.

Wissen, Markus (2011): Umwelt- und Ressourcenpolitik. In: Ilker, Atac, Albert Kraler, Aram (Hg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung Wien.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ und „Brot für die Welt“, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.). Frankfurt am Main.

Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.

Interviewverzeichnis

Alle Interviews wurden in spanischer Sprache geführt.

- I-1: Ana Lya Uriarte (Umweltministerin Chile 2007-2010): Santiago de Chile, Dezember 2010, persönliches Interview. Länge: 48 Minuten.
- I-2: Daniel Fernández (Vizepräsident von Hidroaysén): Santiago de Chile, Dezember 2010, persönliches Interview. Länge: 50 Minuten.
- I-3: Juan Pablo Orrego (Präsident von Ecosistemas, internationaler Sprecher des CDP): Santiago de Chile, Dezember 2010, persönliches Interview. Länge: 1 Stunde, 28 Minuten.
- I-4: Yovanka de Negri (Beraterin des Präsidenten der Kommunistischen Partei Chiles Guillermo Teillier): Valparaíso, Dezember 2010, persönliches Interview. Länge: 1 Stunde, 30 Minuten.
- I-5: Javiera Espinoza (Geografin bei der Fundación Pumalin): Puerto Varas, persönliches Interview. Länge: 57 Minuten.
- I-6: Patricio Segura (Präsident von CODESA, Journalist, Aktivist): Coyhaique, Januar 2011, persönliches Interview: Länge: 1 Stunde.
- I-7: Rodrigo Quezada (Direktor von SERPAJ Coyhaique): Coyhaique, Januar 2011, persönliches Interview. Länge: 30 Minuten.
- I-8: Luis Infanti de la Mora (Bischof von Coyhaique): Coyhaique, Januar 2011, persönliches Interview. Länge: 55 Minuten.
- I-9: Mirian Chible (Gastronomin, regionale Vorsitzende des CDP): Coyhaique, Januar 2011, persönliches Interview. Länge: 25 Minuten.
- I-10: Fernando Katz (Geschäftsführer CONAF, Bereich Naturschutzzonen): Santiago de Chile, Dezember 2010, persönliches Interview. Länge: 15 Minuten.
- I-11: Guido Jaramillo (Gemeinderat der Democracia Cristiana in Puerto Aysén): Puerto Aysén, Januar 2011, persönliches Interview. Länge: 15 Minuten.
- I-12: Ricardo Arévalo Higuera (Direktor von Radio Santa Maria): Coyhaique, Januar 2011, persönliches Interview. Länge: 43 Minuten.
- I-13: Daniela Castro (Ingenieurin und Mitglied des CDP): Coyhaique, Januar 2011, persönliches Interview. Länge: 48 Minuten.
- I-14: Fernando Chimble (Gastronom Coyhaique): Coyhaique. Januar 2011, persönliches Interview. Länge: 41 Minuten.
- I-15: Bagual (Aktivist und Koordinator *asociaciones comunales*): Coyhaique. Januar 2011, persönliches Interview. Länge 54 Minuten.

10. Anhang

10.1 Abstract

In dieser Arbeit geht es um den Zusammenhang zwischen der staatlichen Umwelt- und Ressourcenpolitik in Chile und den sozialen Konflikten um Natur. Im ersten Schritt wird mithilfe einer historisch-materialistischen Perspektive das gesellschaftliche Naturverhältnis analysiert, welches in den staatlichen policies zum Ausdruck kommt. Dieses kennzeichnet sich durch Eigentumsverhältnisse an Wasser. Im zweiten Schritt liegt der Fokus auf der staatlichen Bearbeitung der hervorgerufenen Konflikte. Es wird gezeigt, wie auf dem Terrain der Umweltpolitik, Kämpfe um demokratische Gesellschaftspolitik ausgetragen werden. Was diese Kämpfe auszeichnet, welche Akteur_innen daran beteiligt sind und welche konkrete Regulierungsmaßnahmen angewandt werden, ist Gegenstand meiner Fallstudie, die den Konflikt rund um den Bau mehrerer Wasserkraftwerke in Patagonien beleuchtet.

10.2 Lebenslauf

Matthias Zitterbart

Geboren am 22. April 1983 in Schwaz/Tirol

Staatsbürgerschaft: Österreich

Kontakt: matthias.zitterbart@gmail.com

Ausbildung:

- 1989 – 1993 Besuch der Volksschule Schwaz
- 1993 – 1997 Besuch der Hauptschule Schwaz
- 1997 – 2000 Besuch der Handelsschule Schwaz
- 2000 – 2003 Besuch des Aufbaulehrgangs Telfs
- 2003 – 2004 Zivildienst im Bezirkskrankenhaus Schwaz
- 2003 – 2005 Berufsreifeprüfung am BFI Schwaz/Innsbruck (Matura).
- 2005 – 2012 Studium der Politikwissenschaft in Wien
- 2008 – 2009 Auslandsstudium (Erasmus) an der Universidad de Cantabria in Santander (Spanien).
- 2010 – 2011 2-monatiger Forschungsaufenthalt in Chile

Praxiserfahrung:

- 2010 3-monatiges Praktikum am Lateinamerika Institut Wien

Studienrelevante Tätigkeiten:

- 2011 Teilnahme an der Tagung Sozialwissenschaftliche Forschung in der Ökologischen Krise, Wien
- 2011 Teilnahme an der Jahrestagung der Lateinamerikaforschung Austria, Strobl, Salzburg